



# FORUM



## Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag Konferenz »Quo vadis, Mitteleuropa?«

am 17. Mai 2019

im Sächsischen Landtag in Dresden



Sächsischer Landtag

Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



**Heft 1 (Deutsch)**  
Aufaktveranstaltung  
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



**Heft 7 (Deutsch/Ungarisch)**  
Konferenz  
„Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest



**Heft 2 (Deutsch)**  
Podiumsdiskussion  
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



**Heft 8 (Deutsch/Slowakisch)**  
Konferenz  
„Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur“ am 17. Oktober 2017 im Historischen Nationalratsgebäude in Bratislava



**Heft 3 (Deutsch)**  
Konferenz  
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



**Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)**  
Konferenz  
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



**Heft 5 (Deutsch/Polnisch)**  
Konferenz  
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



**Heft 6 (Deutsch)**  
Konferenz  
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter [www.forummitteleuropa.eu](http://www.forummitteleuropa.eu). Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de) oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

# FORUM

Forum Mitteleuropa  
beim Sächsischen Landtag



## Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Quo vadis, Mitteleuropa?«**

am 17. Mai 2019

im Sächsischen Landtag in Dresden

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2019 kehrte das Forum Mitteleuropa nach Dresden zurück, wo es 2011 ins Leben gerufen worden war. Auf Einladung des Landtagspräsidenten diskutierten am 17. Mai 2019 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags internationale Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu den Themen „Mitteleuropas Staaten in Europa: Gegeneinander, Nebeneinander, Miteinander?“ sowie „Mitteleuropa und seine Nachbarn – Herausforderungen und Perspektiven“. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

# Inhalt

## Auftakt 6

Dr. Matthias Rößler ..... 8  
*„Mitteleuropa steht in der Verantwortung für Europa“*

## Thema I 12

*Mitteleuropas Staaten in Europa: Gegeneinander,  
Nebeneinander, Miteinander?*

Dr. László Kövér ..... 14  
*„Zivilisationskampf in Europa und Mitteleuropa“*

Wolfgang Sobotka ..... 22  
*„Mitteleuropa als Kraftzentrum für Europa“*

Podiumsdiskussion ..... 28

## Thema II 60

*Mitteleuropa und seine Nachbarn – Herausforderungen und Perspektiven*

Janusz Reiter ..... 62  
*„In Europa wird heute wieder Politik gemacht“*

Michael Kretschmer ..... 68  
*„Uns gemeinsam auf den Weg machen“*

Podiumsdiskussion ..... 72

## Vitae 102

### Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,  
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden  
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des  
Sächsischen Landtags durch den Präsidenten  
Dr. Matthias Rößler vertreten.  
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag  
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag  
Übersetzung: Jana Freise Váňová, Till Attila  
Fotos: Steffen Giersch, Anita Kluge, Thomas Schlorke,  
gettyimages (dmitriymoroz, querbeet, RudyBalasko)  
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden  
Druck: Elbtal Druck & Kartonagen GmbH, Dresden  
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag  
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben  
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de  
erhältlich.



**Sächsischer Landtag**  
**Sakski krajny sejm**



# Auftakt





Forum Mitteleuropa  
beim Sächsischen Landtag

Brauchen  
wir  
Europa?

LAND  
WIRTSCHAFT  
SACHSEN

Plenarsaal



## „Mitteleuropa steht in der Verantwortung für Europa“

Dr. Matthias Rößler

» Meine geehrten Herren Präsidenten, verehrter László Kövér, verehrter Wolfgang Sobotka, verehrter Milan Štěch, meine Herren Botschafter und Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps, lieber Kollege Wilfing, verehrte Frau Präsidentin Schlupp, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags, liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa beim

Sächsischen Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie im Plenarsaal des Sächsischen Landtags willkommen zu heißen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Forum Mitteleuropa ist nach Dresden zurückgekehrt, dahin, wo im

Jahr 2011 alles begann. Es ist nach Sachsen zurückkehrt, in ein Land, das historisch wie kulturell immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte hinweg den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt hat. Viele langjährige Wegbegleiter des Forums Mitteleuropa sind heute hier im Plenarsaal. Sie haben uns unterstützt, unsere Idee getragen und uns die Treue gehalten. Ich nenne bewusst keine Namen, aber ich empfinde große Dankbarkeit.

**Wir Sachsen pflegen offenen Herzens ein enges Verhältnis zu unseren östlichen und südlichen Nachbarn: zu Polen, zu Tschechien, zur Slowakei, zu Österreich und zu Ungarn. Dialog und Kooperation auf Augenhöhe stehen für uns an vorderster Stelle.**

Wir wissen, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde und zollen dem höchste Anerkennung. Weil das aber nicht überall in Europa so gesehen wird, will das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag als Brückenbauer und Kommunikator dienen – von Mitteleuropa nach Deutschland wie nach Europa hinein. Wir verstehen Mitteleuropa und können es jenen vermitteln, die in einem durch den „Eisernen Vorhang“ geteilten Europa eine andere Geschichte erlebt haben. Wir wollen aus dem Herzen Europas heraus Impulse geben.

Ein Format wie das Forum Mitteleuropa dient deshalb einerseits dem gegenseitigen Austausch. Es hält sich daher etwas abseits von den heißen politischen Auseinandersetzungen, gerade in Zeiten des Wahlkampfes, ohne sich den

notwendigen Debatten zu entziehen. Im Gegenteil, das Forum Mitteleuropa verleiht den Diskussionen über die politischen Fragen unserer Zeit Stimme und Gewicht.

Andererseits geht es uns beim Forum Mitteleuropa um das Verstandenwerden. Wollen wir in Europa die Probleme lösen, müssen wir lernen, uns zu verstehen. Sein Gegenüber zu verstehen ist die Grundlage, um Vertrauen entwickeln zu können. Vertrauen wiederum ist die Voraussetzung für ein Miteinander der Staaten in Europa und Mitteleuropa sowie innerhalb unserer Gesellschaften.

Ein guter, ein erfolgreicher Weg liegt hinter uns, viel des Weges haben wir noch zu gehen. Wenn wir also heute danach fragen, wohin Mitteleuropa geht, dann haben wir als Forum Mitteleuropa nicht nur das Ziel im Sinn, sondern eben auch den Weg. Quo vadis, Mitteleuropa? Wohin gehst du, Mitteleuropa? Gehst du neue Wege in Europa, mit Europa? Wenn ich diese Fragen stelle und mir Europa gegenwärtig ansehe, dann erinnert mich das an den Satz des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard: „Nicht der Weg ist das Schwierige, vielmehr ist das Schwierige der Weg.“

Meine Damen und Herren, es war in Europa immer schwierig, es ist schwierig und es wird wohl – leider – immer schwierig sein. Allein die Art der Schwierigkeiten wandelt sich, wie ich meine, zum besseren hin. Zeiten des Krieges prägten Europa in der Vergangenheit. Heutige Freunde waren einst „Erbfeinde“, Nachbarn bekämpften sich erbittert, Nationalismen brachten Tod und Vernichtung über Teile des Kontinents. Die Schwierigkeiten der Vergangenheit hätten Europa fast um seine Zukunft gebracht – fast. Mit der Europäischen Union haben wir Gott sei Dank aus der Vergangenheit gelernt und

ein Friedensprojekt geschaffen, das die Konflikte zivilisiert hat und zentralen europäischen Werten wie Freiheit, Frieden, Demokratie, Würde des Menschen und Rechtsstaatlichkeit zur Geltung verhilft. Statt auf dem Schlachtfeld wird nun am Verhandlungstisch gekämpft. Manch einer mag die EU-Gipfel ermüdend und die „Brüsseler Kompromisse“ faul finden – aber sind sie nicht Ausdruck des Aufeinanderzugehens, von dem ich sprach? Die bessere Art der Konfliktbewältigung sind sie allemal.

**Mitteleuropas Rückkehr nach Europa im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen unseres europäischen Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten und die Spaltung Europas überwandten, verbindet uns Mitteleuropäer. Diese Rückkehr ist unser Auftrag.**



Denn zu ihr gehören unverbrüchlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese einstigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegungen sind und bleiben in Europa wie in der Europäischen Union der einzige für uns gangbare Weg im 21. Jahrhundert.

Aber auch hier sehen wir uns mit Schwierigkeiten konfrontiert, neuen Schwierigkeiten. Von Václav Havel stammt das Zitat: „Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Unmöglichen.“ Darum geht es gegenwärtig in Europa; nicht um hochfliegende Visionen, sondern um Realitäten und die damit verbundenen politischen Unmöglichkeiten. Besonders sichtbar wird das etwa bei einer europäischen Flüchtlingspolitik. In den Ländern der EU existieren dazu ganz unterschiedliche Vorstellungen. Das ist die schwierige Realität in Europa. Das ist unsere Aufgabe.

Eine andere dieser Realitäten ist der Brexit und die mit ihm einhergehende Warnung für Europa. Machen wir uns nichts vor, der Brexit schwächt Großbritannien und den europäischen Staatenverbund. Hier passiert, was nie hätte passieren dürfen. Und: Derlei Desintegration darf sich in der EU nicht wiederholen. Die EU muss für ihre Mitgliedstaaten attraktiv sein. Sie muss für jedes einzelne Mitglied immer die beste Wahl darstellen. Das sollte die Grundlage jeder Reformüberlegung sein. Den Brexit können wir wohl nicht mehr abwenden, eine Wiederholung aber verhindern.

Wenn wir uns deshalb die Optionen Europas ansehen, dann bin ich Milan Štěch dankbar, dass er uns 2017 in Bratislava aufgezeigt hat, was etwa ein Europa der zwei Geschwindigkeiten für die Staaten Mitteleuropas bedeutet: die Rückkehr in der Zeit und das Aufgeben des Grundgedankens der euro-

päischen Integration. Auf unseren Konferenzen wurde eines sehr deutlich: Viele in Mitteleuropa sind der Meinung, dass die Europäische Union gegenwärtig einen Weg beschreitet, der sich immer mehr von den ursprünglichen Ideen, von den Gründungsvisionen, entfernt. Viele konnten stattdessen einer Europäischen Union, einem Europa vitaler Nationalstaaten, das sich auf das Wesentliche konzentriert, auf Bereiche, die gemeinsames Handeln erfordern, auf Binnenmarkt, Außenhandel, Grenzschutz und Verteidigung, viel abgewinnen.

Wie immer der Weg am Ende aussieht, in jedem Fall muss sich Europa einig sein, um den gegenwärtigen globalen Herausforderungen die Stirn bieten zu können. In einer Welt, in der unsere ökonomischen Kontrahenten die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten sind, muss Europa gemeinsam agieren und darf sich weder von außen noch von innen auseinanderbringen lassen. Die Europäische Union muss ein „Global Player“ sein. Europäische Nationalstaaten können heute auf sich allein gestellt in keinem Bereich mehr mit internationalen Großmächten, darunter Russland, mithalten. Das gilt für kleinere Länder, das gilt aber auch für politische Mittelkräfte wie Deutschland, Frankreich oder Polen.

**Als Mitteleuropäer sollten wir uns unserer Kraft bewusst sein, die wir an dieser Stelle für Europa, ich betone für Europa, in die Waagschale werfen können.**

Wir müssen dabei insbesondere der großen Gefahr entgegenwirken, dass Europa an Integrationskraft verliert. Das ist in unserem ureigenen Interesse. Unser gemeinsames Ziel kann nur sein, dass die Europäische Union wieder an

Attraktivität gewinnt – nicht trotz, sondern wegen Mitteleuropa. Wir sollten daher an seiner Stärkung arbeiten, gern auch mit Lösungen jenseits der bekannten Schablonen.

Die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten und Südosten, deren 15. Jubiläum wir in diesen Tagen mit großer Freude begehen, hat auch den Charakter und die Mentalität des europäischen Staatenverbundes verändert. In der EU treten die Mitteleuropäer immer selbstbewusster neben die bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäer. Das ist gut so, nur ist es nun wichtig, dass wir uns über den gemeinsamen Weg in Europa einigen. Mitteleuropa steht in der Verantwortung für Europa. Handeln wir verantwortungsbewusst, es geht in Europa nur gemeinsam.

Unsere Konferenz will verschiedene Perspektiven aufzeigen, wohin sich Europa und speziell Mitteleuropa bewegen kann, welchen Weg es gehen kann. Sie wird dabei nach den jeweiligen Befindlichkeiten in Mitteleuropa fragen, indem Akteure aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Österreich und Deutschland zu Wort kommen. Am Vormittag geht es um die Rolle von Mitteleuropas Staaten in Europa, am Nachmittag richten wir den Blick auf Herausforderungen und Perspektiven im Verhältnis von Mitteleuropa zu seinen Nachbarn. Denn auch hier sollten die mitteleuropäischen Staaten verantwortlich für Europa handeln.

Meine Damen und Herren, ich kehre an den Anfang meiner Ausführungen zurück. Es ist mir eine außerordentliche Freude und große Ehre, Sie im Plenarsaal des Sächsischen Landtags willkommen heißen zu dürfen. Ich freue mich auf eine aufschlussreiche Konferenz. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Thema I

# Mitteleuropas Staaten in Europa: Gegeneinander, Nebeneinander, Miteinander?



A photograph of Dr. László Kövér, a man with grey hair, a mustache, and glasses, wearing a dark suit and tie. He is standing at a podium with two microphones, looking slightly to his right. The background is a blurred indoor setting with large windows and greenery.

Impulsreferat

## „Zivilisationskampf in Europa und Mitteleuropa“

Dr. László Kövér

» Sehr verehrter Herr Landtagspräsident Rößler, sehr verehrter Herr Nationalratspräsident Sobotka, sehr verehrter Herr Vizepräsident Štěch, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Herren Botschafter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dank, Anerkennung und Wertschätzung – zu allererst habe ich das in meinem eigenen Namen und im Namen des

ungarischen Parlaments den Gastgebern der heutigen Konferenz zum Ausdruck zu bringen. Unsere Anerkennung gebührt Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler dafür, 2011 die Entstehung des Forums Mitteleuropa angeregt zu haben. Unser Dank gebührt dem Sächsischen Landtag dafür, die Idee des Forums aufgegriffen und es zu einem der am höchsten angesehenen Foren für den politischen und wissenschaftlichen Austausch entwickelt zu

haben. Schließlich, aber nicht zuletzt danke ich für die Ehre, von Ihnen angefragt worden zu sein, heute eines der Impulsreferate halten zu dürfen.

Kaum mehr als eine Woche vor den Wahlen zum Europäischen Parlament herrscht lautstarkes politisches Schlachtgetöse in der Europäischen Union, daher besteht für einen Politiker in diesen Zeiten eine besonders große Versuchung, eine Wahlkampfrede zu halten. Im mitteleuropäischen Zusammenhang möchte ich Ihnen jedoch heute weniger über die Oberfläche der europäischen Politik, sondern vielmehr über die tieferen Vorgänge einige Gedanken vermitteln, weil ich glaube, dass man die wirklichen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Besonderheiten, Chancen und die Bedeutung Mitteleuropas in diesen Zeiten nur dann verstehen kann, wenn wir sie im Hinblick auf das aktuelle Gerangel um die europäische Zivilisation betrachten.

Derzeit findet nämlich, sehr verehrte Konferenzteilnehmer, ein Kampf um die europäische Zivilisation zwischen den Anhängern von zwei unterschiedlichen und sich gegenseitig ausschließenden Wertesystemen in Europa statt. Auf der einen Seite der Barrikaden stehen die Kräfte, die Europa nach christlichen und nationalen Grundsätzen erhalten wollen, und auf der anderen Seite stehen jene Kräfte, die die Zukunft unseres Kontinents auf sogenannte postchristliche und postnationale Weise sehen möchten. Dieser Kampf ist in Europa und selbst in der Europäischen Union nicht neu entstanden. Er geht auf historische Wurzeln zurück und war bereits im 20. Jahrhundert spürbar, allerdings würde die ausführliche Darlegung dieser Fragestellung den zeitlichen Rahmen unserer Konferenz sprengen. Was an dieser alten Auseinandersetzung wiederum neu ist, ist die zunehmende ideologische Ag-

gression seitens der eine postchristliche und postnationale Epoche anstrebenden Akteure sowie der Einsatz neuer, bis dato nicht eingesetzter Waffen in diesem Kampf, etwa die Waffe der auf Europa gerichteten, organisierten und massenhaften illegalen Migration.

**Es ist mir wichtig, zu betonen, dass dieser Kampf um die Zivilisation – sowohl auf Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene – die herkömmlichen parteipolitischen Grenzen immer mehr hinter sich lässt.**

Sowohl im Lager derjenigen, die Europa auf den christlichen und nationalen Grundfesten zu bewahren beabsichtigen, als auch im Lager derer, die dem widersprechen, finden sich sowohl rechte, konservative, linke und liberale Kräfte. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit in Mitteleuropa im Rahmen der vier Visegrád-Staaten, denn in Polen wird der Ministerpräsident von einer konservativen, in der Tschechischen Republik von einer liberalen, in der Slowakei von einer sozialistischen und in Ungarn von einer der Europäischen Volkspartei angehörigen Partei gestellt. Die von ihnen geführten jeweiligen Regierungen sind nicht nur zu einer wirkungsvollen und pragmatischen regionalen Zusammenarbeit fähig, sondern können auch ein strategisches Bündnis im Zivilisationskampf für die Zukunft Europas miteinander eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Dresden ist vor 74 Jahren zum Opfer eines wahrhaften Bombenteppichs geworden und Europa ist heute das Ziel eines ideologischen Bombenteppichs. In der Politik, der Wirtschaft, in der

Wissenschaft, der Kultur und in den Medien wird im Rahmen der Werteneutralität eine Christenfeindlichkeit, im Namen des Multikulturalismus eine Ablehnung von Nationen und unter Berufung auf den Globalismus eine Staatsfeindlichkeit angeheizt und gepriesen von denjenigen, die im Zeichen ihrer eigenen Machtziele der Zeit des Christentums, der Nationen und der Nationalstaaten in Europa ein Ende bereiten wollen. Jeder europäische Staat und jede europäische Nation steht zusammen mit unseren christlichen Kirchen im Sperrfeuer politischer und ideologischer Angriffe. Dabei geht es darum, das ausschließliche Verfügungsrecht über die materiellen, finanziellen und geistigen Ressourcen Europas zu erlangen, das gesellschaftliche Wertebewusstsein und die demokratische Ordnung, die zur Fähigkeit der eigenen Verteidigung beitragen, zu zerrütten und aufzulösen.

Wir Mitteleuropäer – die wir uns vielleicht damit am tiefsten definieren, dem Osten als der Westen und dem Westen als der Osten zu erscheinen – haben von Dresden bis Budapest und von Warschau über Prag bis Bratislava in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits mehr als vier Jahrzehnte in einer „postchristlichen“ und „postnationalen“ Union, das heißt unter einer christenfeindlichen und nationenfeindlichen antidemokratischen Herrschaft, damals bezeichnet als Sowjetunion, gelebt und gelitten. Diese vier Jahrzehnte währende gemeinsame Erfahrung mag vielleicht die naheliegendste Erklärung dafür sein, dass das historische Gefährdungsempfinden der mitteleuropäischen Länder heute stärker ausgeprägt ist, als das derjenigen Länder, die an einen glücklicheren Ort innerhalb des in Jalta aufgeteilten Europas geraten sind. Das ist vielleicht der Grund, dass parallel mit der Ausweitung der Kämpfe um die europäische Zivilisation Mitteleuropa eine Aufwertung

erfährt, wie auch die Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten und die jeweilige Identität der Nationen und Regionen stärker ausgeprägt sind.

„Die Zukunft wird nicht aus Stärke oder Machtgelüsten, sondern aus der geduldigen Anwendung der demokratischen Methode, aus dem konstruktiven Geist der Vereinbarungen und dem Respekt vor der Freiheit aufgebaut“ – sagte einer der Gründerväter der Europäischen Union, der Italiener Alcide De Gasperi 1952 bei der Entgegennahme des Karlspreises zu Aachen, der ihm für sein Lebenswerk in der Schaffung der europäischen Einheit verliehen wurde. Konrad Adenauer meinte, dass nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges „Einheit und Frieden des europäischen Lebens einzig durch die Rückkehr zu der aus dem Christentum hervorgegangenen Zivilisation wiedererlangt werden können“. Das war der Geist und das war die Methode, deren Erfolge die Europäische Union an den Höhepunkt der ihr christliches und nationales Erbe respektierenden Europäischen Union gebracht haben. Diesen Höhepunkt sehen wir Ungarn in der Wiedervereinigung der westlichen und östlichen Hälfte Europas – und damit auch Deutschlands –, die Frieden, Demokratie und verhältnismäßigen Wohlstand versprach. Dies war eine weltgeschichtliche Leistung der westlichen Welt und der Europäischen Union, die Europa geopolitisch gestärkt und die Hoffnung für die heranwachsenden Generationen in Europa mit sich gebracht hat, in einer größeren, sichereren Demokratie und auf einem noch höheren Lebensstandard leben zu werden, als ihre Eltern und Großeltern gelebt haben.

Obwohl wir geneigt sind zu denken, dass die Gründerväter der Europäischen Union in allen Punkten Einvernehmen gefunden haben, war dem bei Weitem nicht so.



Allerdings gab es gemeinsame Grundlagen aus der christlichen Idee, auf denen der Aufbau Europas begonnen werden konnte. Zum Beispiel gehörte eine Idee dazu, die zugleich universell und einzigartig europäisch ist, die zugleich das Individuum und die Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt, die genauso auf Prinzipien beruht wie pragmatisch ist und die eine feste Grundlage für politische Nüchternheit und die Suche nach Kompromissen darstellt. Diese Idee ist die Subsidiarität. Sie besagt – wie auch in den 1891 und 1931 erlassenen päpstlichen Rundschreiben festgehalten – dass „all das, was eine kleinere und auf einer niedrigeren Ebene organisierte Gemeinschaft umzusetzen und wahrzunehmen vermag, auf einen

größeren und auf einer höheren Ebene organisierten Zusammenschluss abzuwälzen, wider das Recht und eine Sünde“ sei.

**Das Subsidiaritätsprinzip ist also nicht eine Erfindung der Europäischen Union, sondern das christliche Erbe Europas, hinterlassen vom Heiligen Thomas von Aquin.**

Es ist kein Zufall, dass sich in der erfolgreichsten Epoche der Europäischen Union der christdemokratische Gedanke in der europäischen Politik als am stärksten erwiesen hat. Denn

seine Wurzeln gehen auf die Gesellschaftslehre der katholischen Kirche sowie auf die Gesellschaftsethik der Protestanten zurück. Die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa verabschiedeten Verfassungen waren grundlegend von der christlichen Sozialethik beeinflusst, die zum Beispiel dem Privateigentum als schützenswertem Gut zugleich auch die gesellschaftliche Verantwortung zugeordnet haben.

Die gemeinschaftsbildende Kraft des christlichen Gedankens spielte auch im 20. Jahrhundert eine Schlüsselrolle im Leben Europas, in der wirtschaftlichen Wiedererstarkung der Länder Westeuropas, der Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung gesellschaftlichen Friedens. Trotzdem durfte der Verweis auf die christlichen Wurzeln Europas infolge der postchristlichen politischen Mächtigegruppierungen nicht mehr in die Präambel des europäischen Verfassungsentwurfs aufgenommen werden. Stattdessen wurde im Dokumentenentwurf, der die Fassung der politischen und ideellen Grundwerte Europas hätte bilden sollen, nur das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe“ erwähnt.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren, schwerwiegende moralische, politische und wirtschaftliche Folgen der Aufgabe von christlichen und nationalen Werten Europas zeichnen sich in der Europäischen Union ab und werden weiter vertieft.**

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle nur die Anzeichen der Krise hervorzuheben, die ich als besonders schwerwiegend betrachte.

In der gesamten Europäischen Union liegt ein demografischer Niedergang vor. Die Einkommensverhältnisse der Mittelschicht in den EU-Mitgliedsstaaten mit den stärksten wirtschaftlichen Kennzahlen verschlechtern sich und die kumulierte Gesamtverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten hat bereits 90 Prozent des gesamten Inlandsproduktes der EU überschritten und steigt allmählich weiter an. Das heißt, die Gesamtheit der Europäischen Union wird auf alarmierende Weise verschuldet. Eine Prämisse für die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union ist die Anzahl und die Qualität der verfügbaren Arbeitskräfte, die im glücklichen Fall in einer 500 Millionen Menschen zählenden Gemeinschaft wie der Europäischen Union aus eigener Kraft abgesichert werden können sollte. Das heißt, sie sollte abgesichert werden können, wenn die durchschnittliche Fertilität in Europa – also der Durchschnitt der Geburten für eine europäische Frau im gebärfähigen Alter – 2,1 erreichen oder überschreiten würde. Während diese Rate weltweit bei 2,43 liegt, ist sie in Europa durchschnittlich bei 1,6. Selbst die europaweit höchste Fertilität in Frankreich liegt bei nur 1,9. Es ist daher offensichtlich, dass die EU aus demografischen Gründen immer mehr einen Wettbewerbsnachteil in der Weltwirtschaft erleidet. Dieser Arbeitskräftemangel wird weder von einer in die Europäische Union gerichteten externen Migration, noch von einer inneren Migration innerhalb der EU gelöst werden.

Während die Führung der Europäischen Union in der illegalen Migration, die ihre Spitze 2015 erreicht hatte, eine Möglichkeit sieht, den Arbeitskräftemangel zu lindern und sie die Ankömmlinge von außerhalb Europas um jeden Preis integrieren will, tut die gleiche EU-Führung praktisch nichts



dafür, die in der Europäischen Union geborene Altersgruppe von etlichen zehn Millionen arbeitslosen Menschen unter 28 Jahren dem innergemeinschaftlichen Arbeitsmarkt zuzuführen. Auch die Migration innerhalb der EU stellt keine Lösung für den Arbeitskräftemangel dar, unter dem die Wirtschaft der Gemeinschaft leidet. Zahlen aus einer Forschungsarbeit der Weltbank besagen, dass von 1990 bis heute knapp 25 Millionen Arbeitnehmer Ost- und Mitteleuropa verlassen haben und in den Westen, größtenteils – im Alter von 25 bis 45 Jahren – in die westlichen Mitgliedsstaaten der EU gegangen sind. Laut Prognosen könnten sich bis 2050 weitere 20 Millionen auf diesen Weg machen.

Das ist eine Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union, die als kannibalisch bezeichnet werden kann und mit der – unter Berufung auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit – reiche westliche Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropa eigentlich langfristig ihrer biologischen Ressourcen berauben, die sie benötigen, um zu überleben. Ganz zu schweigen von den materiellen Ressourcen, denn vorsichtigen Schätzungen nach liegen die Kosten der Ausbildung der Arbeitnehmer, die Mittel- und Osteuropa seit 1990 verlassen haben, bei über 1000 Milliarden Euro. Das heißt, die Steuerzahler in den Staaten Mittel- und Osteuropas haben – ungeachtet dessen, ob sie EU-Mitgliedsstaaten sind oder nicht – den Arbeitsmarkt der westlichen Mitgliedsstaaten der EU um diesen Betrag mitfinanziert. Die einzige und langfristige Lösung für den Arbeitskräftemangel, unter dem die Europäische Union leidet, ist nichts weiter, als die Sicherstellung einer EU-weiten Reproduktion der Gesellschaft, das heißt einer Reproduktionsrate von 2,1 in jedem EU-Mitgliedsstaat. Das ließe sich mit einer entsprechenden Familienpolitik und einer entsprechenden Sozialpolitik lösen, also mit alldem, von dem sich die aktuelle Führung der Europäischen Union fernhält.

Eine ähnlich falsche Antwort hat die Führung der Europäischen Union auch für den Einkommensrückgang der Mittelschicht in den EU-Mitgliedsstaaten parat. Nicht, dass sie eine nationale Steuerpolitik unterstützen würde, die die Angehörigen der Mittelschicht finanziell entlastet und zu weiteren Leistungen anspornt. Stattdessen drängt sie auf eine Steuerpolitik, die ihre Steuerlasten kontinuierlich erhöht und ihren wirtschaftlichen Bewegungsspielraum einschränkt. Die Mittelschichten der europäischen Länder sind nicht nur die Eckpfeiler der EU-Wirtschaft, sondern

auch der europäischen Demokratie. Das ist es, was die Führung der Europäischen Union außer Acht lässt. Bedenklich ist auch, wie die im Zeichen des Multikulturalismus geführten Grabenkämpfe das Nationalbewusstsein der EU-Bürger beeinflussen. Während zum Beispiel in Ungarn und in Polen 68 respektive 56 Prozent der Bevölkerung den Respekt vor der nationalen Kultur, den Traditionen und dem Brauchtum für sehr wichtig hält, damit jemand die Staatsangehörigkeit erhalten kann, liegen diese Anteile in Deutschland und Schweden bei lediglich 29 und 26 Prozent.

Die Verschuldung der EU-Mitgliedsstaaten nimmt kontinuierlich zu. Die Europäische Union verschuldet sich immer mehr, weil die derzeitige Führung der EU dafür steht, dass die Profite aus dem 500 Millionen Menschen zählenden europäischen Markt zumeist von multinationalen Akteuren abgeschöpft werden und die Nationalstaaten die zusätzlichen Belastungen durch die Märkte tragen sollen. Genauso wie es bei der globalen Finanzkrise 2008 in Europa passiert ist, als der schwerwiegende Preis für die verantwortungslose Geschäftspolitik der internationalen Bankennetzwerke aus dem Haushalt der EU-Mitgliedsstaaten, also mit dem Geld der europäischen Steuerzahler bezahlt wurde. Die derzeitige Führung der Europäischen Union ist nicht in der Lage, die Interessen der europäischen Steuerzahler gegenüber den internationalen Kreditgebern, die an einer weiteren Verschuldung der europäischen Länder interessiert sind, erfolgreich zu vertreten. Sollte sich all das nicht ändern, so wird die Wirtschaftskraft der Europäischen Union in den kommenden Jahren weiter schwinden, während die Belastungen der europäischen Bürger zunehmen werden.



Die genannten Symptome der Krise spüren auch die Bewohner Europas. Das belegen nicht zuletzt die Ergebnisse zahlreicher Erhebungen. Laut dem Ergebnis dieser Befragungen haben immer mehr Menschen das Gefühl, dass sich die Europäische Union grundsätzlich nicht in eine gute Richtung bewegt und sich die Zukunft für ihre Kinder verdunkelt. Vielsagend ist, dass das eigene Meinungsforschungsinstitut der Europäischen Union (Eurobarometer) meint, dass im April 2018 etwa 42 Prozent der EU-Bürger der Meinung waren, dass die europäische Kooperation grundsätzlich in die falsche Richtung läuft. Lediglich 32 Prozent haben sich dazu positiv geäußert. Ebenfalls wird gut erkennbar, dass der von der Elite der Europäischen Union propagierte föderalistische Kurs nicht der Meinung der EU-Durchschnittsbürger entspricht. Laut einer Erhebung von Project28 aus dem Jahr 2018 bevorzugen zwei Drittel der Befragten kein föderatives Europa, sondern ein auf der Zusammenarbeit von Nationen aufgebautes Europa.

Verehrte Konferenzteilnehmer, wenn die genannten Veränderungen und Daten wahr sind, stellt sich die Frage, ob die Europäische Union in der Lage ist, zu ihren christlichen und nationalen Grundfesten zurückzukehren, ob sie in der Lage ist, ihr inneres demokratisches Gleichgewicht herzustellen, ob sie in der Lage ist, die ausgleichende und vermittelnde geopolitische und geoökonomische Rolle zwischen dem atlantischen Raum und dem eurasischen Raum, zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, einzunehmen. Wir Ungarn, deren Geschichte in den vergangenen 500 Jahren einzig von unserem, riesige Opfer fordernden Kampf handelte, um unsere nationale Kultur, unseren christlichen Glauben und unsere eigenständige Staatlichkeit aufrecht zu erhalten, wir Ungarn glauben zutiefst an die Berufung Europas.

Daher denken wir und bereiten uns auch darauf vor, dass die Europäische Union sehr wohl – früher oder später – zu dieser Wende fähig sein wird. Wir denken, dass die Staaten und Nationen Mitteleuropas bei dieser Wende der EU wichtige Ressourcen an geistiger, politischer und materieller Kraft bieten und für historische Erfahrungen stehen.

**Über Mitteleuropa gibt es viele verschiedene Theorien, aber eine Gemeinsamkeit findet sich bei allen Auslegungen: die Möglichkeit dieser Region, einen Ausgleich und eine Verbindung zwischen den westlichen und östlichen Teilen Europas herzustellen.**

Diese Berufung ist ähnlich wie jene, welche die Geschichte in der Vermittlung und dem Ausgleich zwischen West und Ost Europa selbst zugeschrieben hat. Für Mitteleuropa galt im Verlauf seiner Geschichte immer das Verhaltensmuster, dem Vorbild Westeuropas zu folgen. Das ändert sich in unserer Zeit. In dem für ein auf christlichen und nationalen Grundsätzen beruhendes Europa geführten Kampf kann Mitteleuropa dem westlichen Teil Europas als Vorbild dienen, und zwar sowohl im geistigen, als auch im politischen Sinne. Im 20. Jahrhundert haben wir Mitteleuropäer daran geglaubt, und es hat uns in historischen Krisenzeiten Kraft gespendet, dass Europa unsere Zukunft ist. Im 21. Jahrhundert meinen wir, und das bringt uns Haltung, dass Mitteleuropa, also wir, die Zukunft Europas sind. Der Herr der Geschichte mag uns alle dabei unterstützen, den richtigen Weg zu finden.

A photograph of Wolfgang Sobotka, a middle-aged man with short grey hair, wearing a dark blue suit, a light blue shirt, and a green striped tie. He is standing behind a wooden podium with two microphones, looking slightly to his right. The background is a bright, out-of-focus room with a green wall and a white cross-like structure.

Impulsreferat

## „Mitteleuropa als Kraftzentrum für Europa“

Wolfgang Sobotka

» Sehr geehrter Herr Präsident Rößler, sehr geehrter Kollege Kóvér und Vizepräsident Štěch, sehr verehrte Exzellenzen, mein sehr geehrten Damen und Herren Kuratoren und Gäste!

Dieses beeindruckende Forum, das nunmehr das neunte Mal stattfindet, wird uns, da bin ich mir sicher, gerade in diesen Zeiten etwas mitgeben. Ich gratuliere jedenfalls dem Sächsischen Landtag und seinem Präsidenten, dass er die

Stärkung der mitteleuropäischen Verbundenheit als ein großes Ziel ansieht. Ich kann Ihnen versichern, das ist nicht nur ein sächsisches Anliegen, sondern auch ein zutiefst österreichisches.

Der von Ihnen gewählte Titel „Quo vadis, Mitteleuropa?“ impliziert zwei Fragestellungen. Die eine lautet: Was ist eigentlich Mitteleuropa? Ist es ein geografischer, ist es ein

kultureller, ist es ein wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Raum? Und die zweite lautet: Wohin gehen wir? Wenn man fragt, wohin gehen wir, muss man auch wissen, woher man kommt und was Mitteleuropa bisher geprägt hat. Ich möchte selbst der Frage nachgehen und Anmerkungen vornehmen: Was ist Mitteleuropa oder was könnte Mitteleuropa sein? Von welchem Raum sprechen wir da – sprechen wir von einem geografischen Raum, der sich zwischen Russland und Deutschland erstreckt, der sich in einer geografischen Mitte verortet, die eigentlich nur die deutschsprachigen Länder Europas umfassen würde, oder ist es doch auch ein Raum, der wesentlich weiter ausgreift?

Aus der österreichischen Perspektive ist Mitteleuropa ein offener Raum, der offen ist in Richtung Süden – wir denken, dass Oberitalien, Slowenien, Kroatien doch auch Teile Mitteleuropas sein könnten. Er ist offen hin nach Westen: Er berührt die Schweiz, Liechtenstein und auch die Räume, die sich zwischen Frankreich und Deutschland in der Geschichte oft wechselweise bezogen und entwickelt haben; Teile Frankreichs dürfen wir durchaus auch als mitteleuropäisch bezeichnen. Er ist offen nach Osten, was lange Zeit in Österreich überhaupt nicht in diesem Maße gegenwärtig war. Denken Sie nur – von Wien nach Lemberg ist es nur unwesentlich weiter als von Wien in unsere westlichste Landeshauptstadt, nach Bregenz. Und er ist natürlich auch offen in Richtung Nordeuropa. Selbstverständlich zählt Deutschland mit seinen Bundesländern ganz wesentlich dazu. Vermeintlich, von der Landkarte inspiriert, könnte man hier das Zentrum Mitteleuropas verorten.

Ich begreife aber Mitteleuropa insbesondere als kulturelle, als geistige Entität. Die Wurzeln und vor allem die Gemein-

samkeiten lassen sich dort am klarsten fassen, wo sie den Lebensraum der Menschen als einen Erfahrungsraum geprägt haben. Sie haben ihn in der Vergangenheit geprägt und sie prägen ihn bis heute. Da komme ich wieder auf den Titel dieser Konferenz zurück: „Quo vadis?“ Das Lateinische war durch Jahrhunderte hindurch die Lingua franca Mitteleuropas. Es war immer eine Brücke, die grenzüberschreitend für die Vermittlung von Kunst, Wissenschaft, Religion und Philosophie gedient hat. Sie hat so auch unser christlich-humanistisches Erbe transportiert, das wiederum seinen Ausdruck im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gefunden hat. Und die Entwicklungslinien von damals lassen sich bis heute treffend in vielen mitteleuropäischen Regionen klar nachvollziehen.

**Prägend für Mitteleuropa ist in meinen Augen die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Hier entwickelt sich Mitteleuropa zu einem intellektuellen Kraftzentrum der Moderne, der Wissenschaft und Kunst.**

Es sind nicht nur die Verknüpfungen zwischen den Metropolen Berlin-Prag und Wien-Dresden, sondern es ist letzten Endes auch eine Verbindung von vielen Persönlichkeiten. Denken Sie nur an die Wissenschaftler dieser Regionen: Einstein, Schrödinger, Heisenberg, Mendel, Mach, Wittgenstein. Die Reihe derer ließe sich beliebig fortsetzen, die bis heute unsere Wissenschaften beeinflussen und auch in der nächsten Zeit beeinflussen werden. Nicht anders ist es in der Kunst, ausgehend von Klimt, Schiele, Kokoschka, Loos und Hoffmann finden Sie gerade hier in Dresden mit der Brücke, mit Kirchner, mit Beckmann, mit Pechstein, mit

Nolde viele Vertreter, die ganz wesentlich europäische, mitteleuropäische Malerei beeinflusst haben. Und nicht zu vergessen die Autoren Kafka, Roth oder Rilke und der Musiker Strauß, der auch hier gerade in Dresden wirkte, aber darüber hinaus in ganz Mitteleuropa arbeitete. Und es ist entscheidend, dass dieser Raum ganz wesentlich inspiriert wurde von unseren jüdischen Mitbürgern. Sie waren Impulsgeber, sie waren Träger des kulturellen und des wissenschaftlichen sowie des gesellschaftlichen Aufbruchs dieser Zeit.

Wir müssen bekennen: Mitteleuropa hat mit der Geschichte des Nationalsozialismus und mit der Shoa eine Zäsur erfahren. Die Ermordung der jüdischen Intelligenz, die Vertreibung der jüdischen Intelligenz, der Tod und die Verfolgung von vielen anderen Menschengruppen haben diese Prägung des mitteleuropäischen Raums zerstört. Bis heute ist es unsere Verantwortung und auch unser Erbe, sich nicht nur dessen zu erinnern, sondern auch daraus unsere Handlungen abzuleiten. Mitteleuropa hat aufgrund der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges auch ein weiteres totalitäres Regime hautnah zu spüren bekommen. Wenn nicht die Dissidenten aus Polen, aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei damals den Anfang gesetzt hätten, die Grenzen zu überwinden und wieder Teil Mitteleuropas zu sein, dann wäre vor 30 Jahren der Eisernen Vorhang nicht gefallen. Die Überwindung dieser Teilung hat sich tief in das europäische, in das kollektive Gedächtnis eingegraben. Mitteleuropa war für diese Länder nach dem Ende des Kommunismus so etwas wie eine Brücke nach Europa, es war eine Brücke zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit. Es war die Möglichkeit, die Teilung, die Europa gerade in Mitteleuropa erlebt hat, nachhaltig zu überwinden. Der Kommunismus hat in diesen Ländern deutliche

Spuren hinterlassen – in der Zivilgesellschaft und in vielen anderen Strukturen. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges, der Vertreibung vieler Deutscher und anderer Ethnien, sie sind bis heute eine offene Wunde in vielen Staaten.

Aus all dem heraus muss sich mitteleuropäisches Handeln verantwortlich der Frage stellen, wie wir damit umgehen, auch mit der Restitution. Wie bekämpfen wir heute Antisemitismus? Wie bekämpfen wir importierten Antisemitismus? Mir erscheint das sehr wichtig. Deborah Lipstadt, eine Antisemitismusforscherin, hat es sehr klar gefasst: Antisemitismus ist nicht nur der Hass gegen die Juden, er ist vielmehr fremdenfeindlich, er ist rassistisch, er ist ausgrenzend, er ist demokratiefeindlich und er ist letzten Endes zerstörend für unsere gesellschaftlichen Strukturen. Aus dieser Haltung heraus müssen wir vieles tun, um gerade jüdische Kulturen sowie Kulturen von Minderheiten in besonderer Art und Weise zu schützen. Der geistesgeschichtliche, der kulturelle Rahmen dafür ist meines Erachtens Mitteleuropa.

**Mitteleuropa unterscheidet sich heute doch ganz wesentlich von anderen großen europäischen Gebieten. So haben wir zum Beispiel in Mitteleuropa keine Mega-Cities wie Paris und London. Im Unterschied dazu ist ein intensiver Dialog zwischen den ländlichen Regionen und den urbanen Gebieten entstanden.**

Ja, es gibt den Trend zur Urbanisierung auch in Mitteleuropa. Die Studien besagen, dass bis 2050 circa 70 bis 75 Prozent der Menschen in Städten leben werden. Aber es gibt kaum in einer anderen Region so viele Initiativen, die



Menschen auf dem Land zu halten. Mitteleuropa zeichnet sich durch eine Diversität seiner Wirtschaftsstrukturen und Betriebe aus. Es gibt kaum eine Region Europas, die so stark von Familienbetrieben der kleinen und mittleren Größe bestimmt ist.

Es ist ein ganz wesentliches Kennzeichen Mitteleuropas, dass es den Bildungsbegriff in besonderer Art und Weise versteht. Nicht nur, dass in deutschsprachigen Ländern durchaus noch Latein in den Gymnasien zum Schulbetrieb gehört, ein wesentliches Momentum erscheint mir die duale Ausbildung zu sein, die uns jene Fachkräfte sichert, die es ermöglichen, auch durch Mechanisierung, durch Computerisierung und durch dementsprechende Steuerung die

Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu bewältigen. Mitteleuropa ist wie kaum ein anderes Gebiet Europas bemüht, seine kulturellen Schätze, sein materielles wie sein immaterielles Weltkulturerbe zu bewahren. Mitteleuropa gehört zu den Kraftzentren Europas. Und der mitteleuropäische Raum sieht sich deshalb nicht nur als ein Teil Europas, sondern er sieht sich auch für Europa verantwortlich: Weil er sowohl in geografischer wie in politisch-kultureller Hinsicht eine Offenheit beweist. Offenheit deshalb, weil dieser Raum seit Jahrzehnten versucht, Grenzen zu überwinden und er aus den überwundenen Grenzen Kapital schlägt. Manchmal ist das nur einer Geste des Grenzüberwindens und des gegenseitigen Verstehens und Respekts geschuldet, aber es ist vor allem ein Bewusstsein in den Menschen selbst.

So kommt Mitteleuropa eine ganz wesentliche Brückenfunktion zu, wenn es darum geht, die Grenzen Europas in Richtung der sechs Balkanstaaten zu erweitern. Das ist für Europa zwingend notwendig. Wenn wir immer wieder über die Friedensfunktion Europas in den letzten 70 Jahren reden, dann muss uns bewusst sein, dass wir nur mit einem Auge auf Europa blicken. Ja, die große Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland wurde nachhaltig beseitigt. Aber der Krieg in Ex-Jugoslawien, die Auseinandersetzungen, die bis ins 21. Jahrhundert gedauert haben, die sind noch sehr frisch und bei den Menschen in diesen Regionen lebendig. Dort die Brücke zu bauen, um sie nach Europa zu führen, ist vor allem eine Aufgabe Mitteleuropas.

Mitteleuropa ist für mich auch Vorreiter für föderalistische Strukturen in Europa, weil es selbst föderal ist – ob es sich um Woiwodschaften handelt, um Komitate, um Kreise

oder um Länder. Das sind die Strukturgebiete, die am längsten in der Geschichte Bestand hatten. Es waren nicht die Gemeinden, und es waren schon gar nicht die Nationalstaaten. Besonders die Nationalstaaten hatten in der Geschichte eine wechselvolle Größe und eine wechselvolle Bedeutung. Aber die föderalen Strukturen gehen bis ins 13. und 14. Jahrhundert zurück und haben in ihren Größen und in der Bezugssituation zu ihren Menschen, in Kultur, Brauchtum, Sprache sowie Lebendigkeit ihre Identität erhalten.

**Wohin soll sich nun dieses Mitteleuropa entwickeln? Mitteleuropa hat die Chance, die Debatte um die Zukunft Europas zu gestalten und die Chance, Impulsgeber für die EU zu sein, Reformen voranzutreiben, in Europa wie in seinen Nachbarstaaten.**

Am Beispiel des Balkans habe ich es schon angesprochen, aber das Engagement in der Ukraine und in anderen Grenzregionen ist genauso wichtig. Die Richtschnur für Österreich ist dabei das vierte Szenario aus dem Weißbuch von Jean-Claude Juncker: Weniger, dafür effizienter handeln. Das sieht auch ein Großteil unserer Nachbarn so. Mitteleuropa muss sich als Vorreiter für mehr Subsidiarität positionieren. Es braucht weniger europäische Verordnungen und mehr Spielraum für nationale Parlamente. Und noch ein Gedanke: Wie kann man den Regionen auf der europäischen Ebene mehr Gewicht verleihen? Wie wäre es mit einem Ausschuss der Regionen in Form einer zweiten Kammer? Eine wesentliche Tradition föderaler Strukturen sind Zweikammer-Parlamente. Das Europäische Parlament ist die einzige

direkt legitimierte Institution in Brüssel. Es abzuschaffen, wie das manche Parteien fordern, wäre aus unserer Sicht der vollkommen falsche Weg.

Mitteleuropa muss die Europäische Union drängen, die großen Fragen in Angriff zu nehmen: die Außen- und Sicherheitspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, die Forschung und Innovation. Die EU muss den Mitgliedstaaten und Regionen den Freiraum geben, den sie zu ihrer Entfaltung brauchen, und den sie brauchen, um ihren Bürgern Europa als einen wesentlichen Schatz, als einen wesentlichen Teil ihrer Identität geben zu können. Wir benötigen daher, auch um die Effizienz zu steigern, Mehrheitsentscheidungen. Wir werden nicht um Mehrheitsentscheidungen herum kommen, wenn Europa jenes Gewicht in den großen Fragen haben soll, das es braucht, um in der Welt ernstgenommen zu werden.

Wir haben eine historische Verantwortung. In dieser Verantwortung ist es ein gemeinsames Anliegen, die Erweiterung der Europäischen Union stärker zu verfolgen. Und zwar nicht in der Form, zu warten, bis sämtliche Bedingungen auf Punkt und Komma erfüllt sind. Stattdessen sollten wir lernen, in Schritten zu denken. Sir Karl Popper hat in seinen Überlegungen immer dieses „Schritt für Schritt“ als Qualität einer guten Politik gesehen.

Den letzten Punkt meiner Ausführungen möchte ich dem Rechtsstaat widmen. Die Dissidenten in den kommunistischen Diktaturen haben gerade um diesen Rechtsstaat gerungen, der den Menschen Freiheit bringt und der den Menschen die Eigenverantwortung zurückgibt. Gerade diese Liebe zum Rechtsstaat prädestiniert Mitteleuropa, zum Anwalt der Rechtsstaatlichkeit zu werden. Dass sich im Rechts-

staat auch das Vertrauen der Bürger widerspiegelt, das Vertrauen in Europa, heißt, dass wir Regeln, die wir uns setzen, auch anwenden. Sie müssen für alle gelten und es muss im Inneren wie im Äußeren klar sein, dass man darauf vertrauen kann, dass ihr Bruch sanktioniert wird. Hier geht es um die Grundwerte der Europäischen Union, um die Grundfreiheiten, weshalb Rechtsverletzungen nicht stillschweigend hingenommen werden können, sondern Sanktionen nach sich ziehen, die einer Kaskade der Konsequenz folgen müssen und nicht beliebig sein dürfen. Nur die Einhaltung der Regeln schafft schlussendlich das nötige Vertrauen.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Ich halte das kulturpolitische Erbe, das Mitteleuropa auszeichnet, für besonders wichtig, um unsere Verantwortung wahrzunehmen, um unsere Vorbildfunktion zu erfüllen. Ich erachte Mitteleuropa als ein Kraftzentrum, das in der Lage ist, Europa zu verändern. Ich erachte es als Reformmotor, Brückenbauer und als Kämpfer für Subsidiarität. Wesentlich ist, dass Mitteleuropa kein festgefügtes Gebilde ist, sondern ein offener Raum, der zu verbinden versteht, der Meinungen zusammenführen und gegenseitigen Respekt erzeugen kann. Die Klammer dafür kann nur der Rechtsstaat oder rechtsstaatliches Handeln sein. Die Freiheit der Bürger bedingt den Schutz des Eigentums, die Freiheit der Bürger bedingt die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, bedingt vor allem auch die Pressefreiheit. Eigenverantwortung heißt, dass der Staat nur dann erforderlich ist, wenn es notwendig ist, solidarisch den Einzelnen zu stützen. Mit dieser Haltung nach Außen und nach Innen können wir die großen Herausforderungen nicht meistern, aber wir können ihnen mutig entgegentreten. Es ist eine Binsenweisheit: Ob es nun um die Wirtschaft geht, den Klimawandel, die Friedenspolitik im Nahen Osten oder in der



Ukraine, ob es um die technologischen Herausforderungen der künstlichen Intelligenz oder der Genetik geht, ob es um die sozialen Herausforderungen der Demografie, der Migration oder der Zivilgesellschaften allgemein geht. Europa hat so vieles in den letzten Jahrzehnten gemeistert. Es muss Mitteleuropa ein Ansporn sein, diesem Erbe zu folgen und neue Impulse zu setzen. Heute gehen sie von Sachsen aus, morgen sind wieder alle Regionen Mitteleuropas dazu aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten.



# Podiumsdiskussion



Sächsischer Landtag



## Podiumsdiskussion

Wolfgang Sobotka

Dr. László Kövér

Gerald Schubert  
(Moderation)

Richard Nikolaus Kühnel



### → Gerald Schubert (Moderator):

Sehr geehrte Präsidenten, Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Mein Name ist Gerald Schubert. Ich bin Redakteur der österreichischen Tageszeitung Der Standard und ich habe heute zum wiederholten Male die Freude und die Ehre, das Forum Mitteleuropa moderieren zu dürfen.

Herzlichen Dank nochmal für die beiden Eingangsreferate. Unsere beide Impulsreferenten habe ich schon vorgestellt, ich darf jetzt noch unsere anderen beiden Referenten und Podiumsteilnehmer kurz vorstellen. Das ist zum

einen Milan Štěch, er ist Vizepräsident des tschechischen Senats, das ist die obere Parlamentskammer in der Tschechischen Republik. Er war vorher auch Präsident des tschechischen Senats. Er gehört der sozialdemokratischen Partei in der Tschechischen Republik an und hat eine lange Vergangenheit in der böhmisch-mährischen Gewerkschaftskonföderation ČKMOS. Unser zweiter zusätzlicher Gast im Podium ist Richard Nikolaus Kühnel. Er ist Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland und er ist Österreicher so wie ich. Wir haben hier im Podium jetzt eine zufällige Mehrheit von Österreichern: Herr Präsident Sobotka, Herr Kühnel und ich. Aber



Milan Štěch



so ist das in Mitteleuropa. Sobotka, für die, die es nicht gehört haben, ist natürlich ein tschechischer Name, wie das in Österreich so üblich ist. Und ja, auch Vertreter der Europäischen Kommission fallen nicht vom Brüsseler Himmel. Herr Kühnel war vorher Vertreter der Kommission in Österreich.

Herr Štěch, ich habe es schon erwähnt, Sie haben einen sozialdemokratischen Hintergrund. Sie kommen aus einem Land, das einerseits Mitglied der Visegrád-Gruppe ist und diese kommunistische Vergangenheit Mittel- und Osteuropas hat. Andererseits ist doch die Tschechische

Republik das klassische mitteleuropäische Land. Sie sind geografisch sehr im Zentrum Europas, die Tschechische Republik hat eine Parteienlandschaft, die ja noch teilweise zurückreicht bis in die Habsburger Monarchie. Ich glaube, die sozialdemokratische Partei Tschechiens wurde in den 1870er-Jahren gegründet, im Gasthaus zur Kastanie. Wie sehen Sie das heute, wenn Sie sich ansehen, wie in Europa über die Tschechische Republik diskutiert wird, wenn die Tschechische Republik hauptsächlich als Teil der Visegrád-Gruppe wahrgenommen wird? Wenn plötzlich wieder in der Rhetorik vieler Politiker, auch vieler Medien, diese West-Ost-Trennung auftaucht? Ärgert Sie das? Wie ist momentan die Stellung und die Rolle Tschechiens in Mitteleuropa aus Ihrer Sicht?

### → Milan Štěch:

Vielen Dank. Zunächst möchte ich mich beim Präsidenten des Sächsischen Landtags dafür bedanken, dass er diesen mitteleuropäischen Staffellauf aufrechterhält und dass er ihn überhaupt ins Leben gerufen hat. Es ist toll, dass wir uns auf diese Art und Weise treffen und über uns selbst, über Mitteleuropa, sprechen können.

Zuerst möchte ich ganz kurz auf die Frage „Quo vadis, Mitteleuropa?“ eingehen, die als Motto und Gegenstand unseres Forums gewählt wurde. Ich bin der Meinung, dass Mitteleuropa Hand in Hand mit Europa geht. Wir sind ein Teil Europas. Wir in Tschechien fühlen uns als Europäer. Ich wage zu sagen, dass wir keine Minderwertigkeitskomplexe haben und auch nicht das Gefühl, dass uns jemand aus Europa ausschließen und weiter gen Osten verorten will. Aber auch solche Einzelstimmen gibt es. Präsident Kővér hat unser Land meines Erachtens gut

charakterisiert. Ich halte uns für ein wirklich liberales Land. Es gibt bei uns sowohl stark konservative als auch starke soziale oder sozialistische Strömungen. Letztlich bin ich selbst Sozialdemokrat, ich bin ein liberalsozialer oder sozialliberaler Politiker. Unsere politischen Repräsentanten sind sich seit Langem darin einig, was unser Land für die Investoren attraktiv macht. Wir sind eine offene Wirtschaft. Ich gehe sogar soweit und sage, dass wir heutzutage die offenste Volkswirtschaft in Europa und eine der offensten weltweit sind. Als Sozialist und Sozialdemokrat muss ich sagen, dass es sich für uns ausgezahlt hat. Unsere Arbeitslosigkeit liegt fast bei null, die Löhne steigen, die Renten steigen, bei uns gibt es große soziale Stabilität. Natürlich sehe ich ein, dass es auch dank unserer größten Partner, insbesondere dank Deutschland so ist. Vor einiger Zeit habe ich gesagt: Wenn die deutsche Wirtschaft unter einem Schnupfen leidet, droht uns eine Lungenentzündung. Dieses Zitat fand Eingang und gilt nach wie vor. Wir halten Deutschland und anderen Nachbarländern in wirtschaftlichen Fragen die Daumen, denn davon hängen auch bei uns viele Dinge ab.

Wohin wird Europa gehen? Das vom Präsidenten der Europäischen Kommission vorgelegte Weißbuch ist ein zu diskutierendes Material. Wenn ich nur für mich sprechen sollte, würde ich mich für das fünfte Szenario entscheiden: Mehr und schneller, viel mehr gemeinsames Handeln. Aber als Politiker muss ich Realist sein, denn hört ein Politiker auf, ein Realist zu sein, verliert er die Kraft, die Realpolitik zu beeinflussen. Die Situation entwickelt sich meines Erachtens in Tschechien weiter und ich habe das Gefühl, dass das auch für die meisten europäischen

Länder gilt. Wir werden nach einem Kompromiss suchen, wir werden weniger konsequenter machen müssen und wir müssen zur Subsidiarität zurückkehren, sie ernst nehmen. Wenn wir das nicht tun, und da gebe ich Herrn Kóvér recht, werden uns die Menschen nicht verstehen und werden uns nicht unterstützen. So sieht die Realität aus.

Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt, dass Europa genauso wie unser Land liberal ist. Ich verstehe die konservativen, christlichen Werte. Ich selbst stamme aus einer Familie, die sich zu diesen Werten bekennt. Aber lassen Sie uns beispielsweise die Scheidungsrate anschauen. In Tschechien gehen 50 Prozent der Ehen auseinander. Eine stabile Ehe ist ein konservativer Grundwert, und trotzdem funktioniert es nicht. Auch wenn sich die Leute zu diesem Wert bekennen, funktioniert es nicht. Die Familie ist die Grundlage des Staates und die Staaten sind Bindeglieder und Grundlagen unserer Europäischen Union. Deswegen müssen wir meiner Meinung nach Kompromisse machen, die wir aber nicht als Niederlage auffassen dürfen. Das Wort Demut ist in aller Munde, aber wir haben es nicht verinnerlicht, wir verhalten uns nicht danach. Hoffentlich wird sich die Überzeugung durchsetzen, dass Demut keine Schwäche darstellt. Demut ist einfach nur eine Voraussetzung für Übereinkunft, Weiterentwicklung und Stabilität.

Ich stimme allen zu, die behaupten, dass wir uns zuallererst dessen bewusst werden müssen, dass dank der europäischen Integration, dank der Europäischen Union die meisten von uns zu denjenigen gehören, die während ihres Lebens in Europa die Schrecken des Krieges nicht erleben mussten. Für diesen Ansatz werbe ich tatkräftig unter



meinen Wählern und Unterstützern seit mindestens zehn oder fünfzehn Jahren, seitdem wir Mitglied der Europäischen Union sind. Es ist das Schlimmste überhaupt, wenn Mütter ihre Söhne begraben müssen, die auf den Kriegsschauplätzen gefallen sind. Dies ist meines Erachtens eigentlich das Wichtigste. Die Europäische Union ist einfach eine Form, die uns ermöglicht zu kommunizieren und den größten Tragödien und Unglücken vorzubeugen.

Bezüglich der weiteren Entwicklung oder der gestellten Fragen: Ja, wir sind ein Bestandteil der Visegrád-Gruppe, wir unterstützen sie auch im Format Visegrád plus. Es ist

effektiv und erforderlich. Es entspricht unserer Philosophie und auch dem, was das Motto dieses Forums ist. Des Weiteren will ich hinzufügen, dass wir die Visegrád-Gruppe nicht als irgendein Gegengewicht zu Brüssel verstehen, und das ist auch keineswegs unser Ziel. Auf keinen Fall. Wir haben aber eben unsere Vergangenheit und eigene Probleme. Sie und andere Fragen besprechen wir im Rahmen der V4. Wir fühlen uns ohne Zweifel als vollberechtigte und durchaus geachtete Mitglieder der Europäischen Union, und wir wollen auf sie Einfluss nehmen. Die größte Differenz, die es zwischen uns in der letzten Zeit gab, entstand bei den Themen Migration und Verteilungsquoten. Dafür wäre aber eine gesonderte Diskussion erforderlich. Die Entwicklung hat meiner Meinung nach gezeigt, dass die Visegrád-Staaten diesbezüglich in vielerlei Hinsicht recht gehabt haben. Ich weiß den Meinungsumschwung von Österreich, von Kanzler Sebastian Kurz, in diesen und in anderen Fragen zu schätzen. Ich sehe das so, dass der Graben, der zwischen V4 und Westeuropa in der Frage der Verteilungsquoten aufgerissen wurde, langsam verschwindet. Wir werden es nicht mehr derart angehen.

Ich stimme diesbezüglich den Kollegen aus Ungarn zu. Europa gehört einfach uns. Europa basiert auf christlichen Wurzeln. Wir brauchen Europäer in Europa. Das heißt allerdings nicht, dass wir Menschen nicht aufnehmen sollten, die es nötig haben. Aber es geht darum, dass wir nur die bedürftigen Menschen und nicht Wirtschaftsmigranten aufnehmen. Wir sollten in dieser Hinsicht ausharren. Früher wurden Gebiete durch grausame Kriege erobert, heute gibt es modernere Mittel. Ich will nicht, dass wir den nächsten Generationen ein Europa

übergeben, das sich nicht zu christlichen Wurzeln bekennen würde. Das wäre ein großer Fehler. Ich stimme zu, dass es im Rahmen der Europäischen Union erforderlich ist, die Kräfte zur Unterstützung von Familien und jungen Menschen zu stärken, damit es hier genügend Europäer gibt, damit wir auch wirtschaftlich den künftigen Herausforderungen standhalten können. Soviel für den Anfang. Vielen Dank.

### → **Gerald Schubert:**

Herr Kühnel, für Sie vielleicht eine ähnliche Frage zur Rolle Mitteleuropas. Jetzt vor der Wahl gibt es viele Diskussionsbeiträge – es gibt Fernsehdebatten in den einzelnen Ländern und gesamteuropäische Fernsehdebatten. Mir ist dabei aufgefallen, dass manchmal sogar wirklich glaubhafte europäische Föderalisten sagen, man könne die Kommission ruhig verkleinern, dann habe man eben selbst keinen Kommissar mehr. Im Gegenteil, es könne vielleicht sogar sein, dass Kommissare aus weniger Ländern kommen, als die EU Mitglieder hat. Weil nichts dagegen spräche, dass ein Land, das eben in einem bestimmten Bereich kompetente Leute hat, dann gleich zwei oder drei Kommissare hat und ein anderes vielleicht weniger. Bei diesen Ländern mit dann vielleicht zwei oder drei Kommissaren fallen immer die Worte Deutschland, Frankreich, Italien. Selbst bei denen, die sehr pro-europäisch und für die Vertiefung der europäischen Integration sind. Auch in der jüngeren Generation habe ich ehrlich gesagt manchmal den Eindruck, dass Mittel- und Osteuropa immer noch ein bisschen ausgeblendet wird. Ist das auch Ihre Wahrnehmung auf Seiten der Europäischen Kommission und was kann man dagegen tun?

### → **Richard Nikolaus Kühnel:**

Ich glaube, wir müssen unterscheiden, worum es in Europa wirklich geht. Die Stärkung der Zusammenarbeit und der Kooperation in Europa ist das eine. Die Frage, wie wir uns institutionell aufstellen, das ist das andere. Und da kann man unterschiedliche Meinungen haben, da kann man unterschiedliche Geschwindigkeiten bevorzugen und unterschiedliche Institutionen stärker oder schwächer aufstellen. Das sind alles Instrumente. Die Größe der Europäischen Kommission ist nicht sakrosankt. Es steht sogar im Lissabon-Vertrag, dass sie verkleinert werden soll im Sinne einer erhöhten Effizienz. Aber wir dienen ja



alle der gleichen Sache, nämlich dem gemeinsamen Interesse unseres ultimativen Souveräns, der Bürger in Europa. Und ob jetzt in einzelnen Bereichen die EU handelt oder die Mitgliedsstaaten oder die Regionen oder die Kommunen, das ist eine Frage der inneren Aufgabenverteilung. Und das kann man so oder so organisieren. In der Tat erklingen in dieser Debatte jetzt von vielen Seiten Stimmen, auch aus Mittel- und Osteuropa. Es gab vor kurzem die Warschauer Erklärung, die ein konstruktiver Beitrag zu dieser Debatte ist. Ich meine, wir dürfen da keine alten Heiligtümer versuchen zu retten, sondern müssen darüber offen und ehrlich diskutieren.



Was bringt uns in der Zukunft voran? Es ist schon wichtig zu wissen, woher wir kommen. Aber die noch wichtigere Frage heute für die Menschen in Europa ist: Wohin geht die Reise? Auch angesichts unserer globalen Stellung und dem was um uns herum passiert und was in unserer Gesellschaft passiert, lautet die Frage: Wie stellen wir uns möglichst gut auf? Und da ist es wichtig, dass wir innerhalb Europas zusammenfinden, den Zusammenhalt haben, den Zusammenhalt stärken, auch Vertrauen aufbauen. Ich bin Präsident Rößler in diesem Sinne dankbar für dieses Forum, für diese Diskussion, für das Einanderzuhören. Ich habe zum Beispiel Präsident Kóvér sehr genau und interessiert zugehört, weil mich interessiert, woher die ungarische Position kommt. Das ist eine Voraussetzung für das Vertrauen, das wir brauchen, das wir aufbauen müssen. Präsident Juncker sagt ganz bewusst: Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen. Es kann nicht sein, dass wir nur mit dem westlichen weiteratmen. Wir brauchen beide Lungenflügel. Jetzt sage ich natürlich in diesem Forum gerne dazu: Zwischen den beiden Lungenflügeln liegt das Herz. Das ist Mitteleuropa, und das braucht Europa. Aber es ist ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis.

Die EU kann ohne Mitteleuropa nicht sein, aber Mitteleuropa hätte ohne eine starke Europäische Union im 21. Jahrhundert ebenfalls keine Zukunft. Daher glaube ich, dass wir jetzt alle zusammen über die zukünftigen Entwicklungen der EU sprechen müssen. Wir haben eine gemeinsame Mitverantwortung, ob man nun jetzt in einer europäischen Institution sitzt, in einer nationalen Regierung, in einer Landesregierung oder in einem

Landesparlament – wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Europa. Und da ist das Thema Subsidiarität ein wichtiges. Natürlich kommt diese – da hat Präsident Kóvér Recht – auch aus der katholischen Soziallehre, und ich erinnere gern daran, dass die Gründerväter der Europäischen Union allesamt sehr stark durch die christliche Soziallehre beeinflusst waren. Sie ist immer noch Teil unserer DNA, daran hat sich nichts geändert. Subsidiarität ist wichtig. Aber sie ist eben keine Einbahnstraße, mit deren Hilfe wir allein Kompetenzen aus Europa zurückübertragen. Sondern Subsidiarität heißt, es soll auf der Ebene entschieden und gehandelt werden, die die am besten geeignete Ebene für eine bestimmte Aufgabe ist.

Bei großen Themen, ob das Außen- und Sicherheitspolitik ist, zunehmend auch Verteidigungspolitik, bei Digitalisierung, Klimawandel, auch im Umgang mit der Frage Außengrenzschutz, Migration, bei so grundlegenden Fragen liegt es für mich auf der Hand, dass nur Europa die Handlungsebene sein kann. Entweder bewegen wir es europäisch oder wir werden es gar nicht bewegen. Und dann stellt sich die Frage nach den Mehrheitsentscheidungen. Wollen wir in diesen Bereichen weiterhin ein Einstimmigkeitsprinzip, wenn das Einstimmigkeitsprinzip Vetorecht mal 27 heißt? Und vergeben wir damit nicht die Chance, Entwicklungen global mit anzustoßen? Das Beispiel mit der Brücke wurde genannt, aber es gibt andere Beispiele, wo wir es aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips nicht schaffen, als Europa gemeinsam zu handeln.

Neben dem Subsidiaritätsprinzip gibt es aber übrigens noch ein anderes Grundprinzip der katholischen Soziallehre, das Solidaritätsprinzip. Das gehört ebenso dazu.

Wer Subsidiarität im christlichen Sinne sagt, muss auch Solidarität im christlichen Sinne sagen. Und die Solidarität innerhalb Europas ist eine Voraussetzung dafür, dass wir auch eine gerechte innereuropäische Gesellschaft aufbauen. Wichtig ist dabei die Einbindung aller wesentlichen Akteure. Wir haben als Kommission einen Subsidiaritätsbericht in Auftrag gegeben, übrigens unter Teilnahme eines Sachsen und eines Steirers in dieser Task Force, der ganz klar betont, wie wichtig es ist, regionale und nationale Parlamente miteinzubeziehen und miteinander aufzubauen. Europa ist eben ein gemeinsames Verantwortungsprojekt. Es gilt nicht Brüssel gegen die Nationalstaaten, sondern es geht nur gemeinsam – Brüssel und die Nationalstaaten, sonst geht es gar nicht.

### → **Gerald Schubert:**

Präsident Kóvér, das Wort Subsidiarität ist jetzt häufig gefallen. Sie haben selbst gesagt, dass das keine Erfindung der Europäischen Union ist, dass diese Idee der Subsidiarität zurückgeht auf die christliche Lehre. Damals war aber wahrscheinlich nicht der Nationalstaat – den es so noch nicht gab – gemeint, wahrscheinlich waren damals kleinere Einheiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeint. Ist es nicht so, dass die Europäische Union da auf dem richtigen Weg ist, weil sie auch eine Regionalisierung der Politik will? Häufig wird von einem Europa der Regionen gesprochen und eigentlich ist es nur der Nationalstaat, der Kompetenzen abgeben soll, und zwar in beide Richtungen. Ist da in Ihren Augen etwas dran?

### → **Dr. László Kóvér:**

Ungarn ist in der glücklichen Lage, so groß zu sein, wie einzelne Regionen in den größeren Mitgliedsstaaten Eu-



ropas es sind. Deshalb sind wir kaum von derartigen Brüsseler Bestrebungen betroffen, sich anstelle der Nationalstaaten eher auf größere Regionen zu konzentrieren. Wenn wir Regionen als die Kooperation mehrerer kleinerer Mitgliedsstaaten auffassen, dann ist das für das gute Funktionieren der Europäischen Union in Zukunft ausgesprochen förderlich und unerlässlich. Die Zusammenarbeit der vier Visegrád-Staaten ist keine geniale Erfindung, denn nicht wir haben uns diese Formation einfallen lassen, sondern es waren die Benelux-Staaten. Ich glaube,

dass dort zum ersten Mal eine Zusammenarbeit dieser Art entstanden ist, die im Verhältnis zu uns noch höher entwickelt und institutionell besser ausgearbeitet ist. Sie haben etwa ihre eigene parlamentarische Versammlung. Aber ich könnte auch die baltischen Staaten oder das nordische Staaten-Bündnis erwähnen, die uns in dieser Hinsicht ebenfalls voraus sind. Diese Art von regionaler Zusammenarbeit ist nützlich für die Europäische Union, weil dadurch Meinungen konzentriert und Vorab-Diskussionen angeregt werden.

Präsident Rößler hat Václav Havel mit den Worten zitiert, dass „die Politik die Kunst des Unmöglichen“ sei. Meine sehr geehrten Damen und Herren – und das sage ich auch zur Entschuldigung der Europäischen Union, der Brüsseler Bürokraten –, die Europäische Union ist selbst ein Ding der Unmöglichkeit. Bedenken wir nur: alle vier Jahre zu unterschiedlicher Zeit in sämtlichen Farben des Regenbogens gewählte Regierungen von 27 Mitgliedsstaaten sprechen in einer Kakophonie davon, was die europäische Lösung sei. Völlig unmöglich! Wir dürfen also gar nicht anstreben, uns ein System von Institutionen einfallen zu lassen, die dann jeden Streit lösen, das Ende der Geschichte bereiten und die Zeit himmlischen Friedens einläuten, wie die Liberalen erhoffen. Die Europäische Union wird dann gesund sein, wenn sie in der Lage ist, echte, offene, vorurteilsfreie Diskussionen zu führen, ohne dabei zweierlei Maß anzusetzen. Ich meine, dass die genannten Formen der regionalen Zusammenarbeit eine große Hilfestellung dafür bieten, dass diese Diskussionen doch einen rationalen Ausgang finden und zu einem gemeinsamen Ergebnis, zu einem Kompromiss welcher Art auch immer führen.

Heutzutage habe ich das Gefühl, dass den vier Visegrád-Staaten in der westlichen Hälfte Europas – insbesondere in Brüssel – die Rolle des schwarzen Schafes zuteilwird und bei dieser Beurteilung vielleicht Ungarn der Vorreiter sein mag, obwohl man in Brüssel Mitteleuropa gegenüber dankbar für diese Zusammenarbeit sein sollte. Ebenso verstehe ich, dass aus gewissen Blickwinkeln in Brüssel diese Art von Zusammenschluss, auf dessen Vielfalt ich hingewiesen habe, unbequem erscheinen mag. Brüssel möchte die eigene Leistung, die es als eigenes Friedensprojekt betrachtet, so darstellen, als würde ohne sie auf der Bühne Europas, im Schatten der Nationalismen, wieder totales Chaos und das gegenseitige Dahinschlachten herrschen. Der Zusammenschluss der vier Visegrád-Staaten ist für die Repräsentanten dieses Standpunktes auch deshalb ein wenig unangenehm, weil nicht nur vier Regierungen von völlig unterschiedlicher politischer Orientierung ausgezeichnet zusammenarbeiten können, sondern weil man es geschafft hat, die aus der gemeinsamen Geschichte stammenden Kontroversen zwischen Slowaken und Ungarn hinter sich zu lassen.

Dieses Verhältnis ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts – gelinde gesagt – wolkenverhangen. Die Großmächte haben einen Teil des historischen Ungarns weggenommen und daraus zur Hälfte die Tschechoslowakei entstehen lassen. Dann hat sich dieses Land aufgespalten und etliche hunderttausend Bürgerinnen und Bürger ungarischer Nationalität sind in der Slowakei verblieben. Über ihre Rechte wurde zwischen den beiden Weltkriegen, aber selbst nach der Wende in den einzelnen Ländern kontinuierlich gestritten. Diesen Streit können wir jetzt beiseitelegen, ordentlich damit umgehen und hinter einer anderen



Tür diskutieren. Damit arbeiten zwei Länder zusammen, von denen in manchen Hauptstädten Westeuropas behauptet wird, sie seien nationalistisch und wenn es an ihnen läge, würde in Europa die Hölle losbrechen. Allerdings stellt sich heraus, dass die Hölle nicht losbricht und wir hervorragend zusammenarbeiten können. Parlamentspräsident Andrej Danko ist ein ordentlicher slowakischer Nationalist, und dafür respektiere ich ihn sehr. Wir können uns nicht nur über die europäische Politik, nicht nur über das slowakisch-ungarische Verhältnis, sondern sogar über das Befinden unserer Familien und über unsere jeweiligen



Lieblingsweine sehr gut unterhalten. Damit will ich sagen, dass man vielleicht mit einem größeren Maß von Verständnis, mit einem größeren Maß an Akzeptanzfähigkeit und – wie mein Präsidentenkollege formuliert hat – mit einem größeren Maß an Demut mitunter mehr erreichen würde, als wenn man denkt, man hätte den Stein der Weisen in der Hosentasche.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen Dank, eine kurze Nachfrage vielleicht noch. Herr Präsident, ich weiß, dass Historikern die Was-Wäre-

Wenn-Frage verboten ist, aber ich bin kein Historiker, deshalb darf ich sie stellen. Glauben Sie, dass das Verhältnis zwischen Ungarn und der Slowakei auch so gut wäre und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern so gut klappen würde, wenn nicht beide Länder vor ziemlich genau 15 Jahren der Europäischen Union beigetreten wären? Die Visegrád-Gruppe gab es ja schon vorher. Welche Auswirkung hat die Europäische Union auf die Visegrád-Gruppe und auf ihr Verhältnis untereinander gehabt? Ich habe den Eindruck, eine positive.

→ **Dr. László Kövér:**

Insoweit, dass die schlechten Politiken der Europäischen Union als gemeinsame Bedrohung uns wieder Seite an Seite zusammengebracht haben. Brüssel hatte also in der Tat einen Effekt, und zwar einen positiven Effekt auf die Zusammenarbeit. Vielleicht gibt es an allem Schlechten etwas Gutes. Daraus erkennt man auch, dass Gottes Wege unergründlich sind und dass er das Schlechte manchmal zu etwas Gutem benutzt. Ich vertraue darauf, dass diese uns alle betreffende Bedrohung, die aus dem komplett falschen Verständnis und der komplett falschen Behandlung der Problematik der massenweisen Migration entsteht, und die uns näher zueinander gebracht hat, dazu führen wird, dass wir nicht nur in der Abwehr von Bedrohungen von außen zusammenarbeiten können, sondern auch im gemeinsamen Aufbau der Zukunft.

Zweifellos sind wir, nachdem wir über wettbewerbsfähige Volkswirtschaften verfügen, aus unterschiedlichen historischen Gründen heraus, im wirtschaftlichen Sinne eher Wettbewerber untereinander. Es wird daher kein Leichtes sein. Allerdings streben wir immer mehr danach,

Projekte zu identifizieren – wie das gemeinsame Engagement Mitteleuropas in der Verteidigungskooperation oder der gemeinsame Ausbau der Infrastruktur –, über die wir die historische Konstellation hinter uns lassen können, bei der es darum ging, dass die Wege zwischen Ost und West Mitteleuropa definiert haben. Auf der anderen Seite wurden die Wege einer Nord-Süd-Verbindung, die vom Baltikum ausgehend bis zum Balkan ein Mitteleuropa im erweiterten Sinne hätten stärker verbinden können, nicht nur nicht ausgebaut. Vielmehr haben die außerhalb unserer Region stehenden und uns als eine ihrer Einflussphären betrachtenden Großmächte akribisch darauf geachtet, dass es zu keiner Zusammenarbeit welcher Art auch immer unter diesen Ländern kam. So entstand die absurde Situation, dass man von Ungarn mit dem Zug eher nach Paris kommt, als sagen wir nach Warschau. Aber das gleiche ließe sich über den Handel oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit sagen.

Wir haben in der Hinsicht einen sehr guten Weg eingeschlagen. Wenn wir einmal die Fragen gelöst haben werden, die wir gemeinsam als Bedrohung auffassen, dann wird dadurch die Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten nicht zum Erliegen kommen, ganz im Gegenteil: ein auch im wirtschaftlichen Sinne integriertes Mitteleuropa wird zu einem wichtigen Akteur Europas. An dieser Stelle darf ich auf die kaum bekannte Tatsache hinweisen, dass der Umfang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den vier Visegrád-Staaten – nach meiner Kenntnis – 50 Prozent über dem deutsch-französischen Handelsvolumen liegt, auf das die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vorfeld zur Europäischen Union aufgebaut worden war. Das heißt, die vier Visegrád-Staaten stellen heute zusammen-

genommen für Deutschland einen wichtigerer Partner dar, als Frankreich. Das wird früher oder später auch entsprechende politische Konsequenzen haben. Selbstverständlich möchte ich dabei, dass auch Berlin Mitteleuropa als eine eigenständige Entität betrachtet, die über eigenständige Interessen verfügt, die sich von den eigenen unterscheiden, die trotzdem aber Berücksichtigung verdienen.

### → **Gerald Schubert:**

Herr Präsident Sobotka, ich habe schon eingangs erwähnt, dass die leichte Österreichlastigkeit unseres Panels reiner Zufall ist. Nichtsdestotrotz hat das einen inhaltlich spannenden Aspekt, weil Österreich in der Debatte schon ein sehr interessantes Land ist. Wir sind geografisch ganz in diesem mitteleuropäischen Raum drinnen. Mittlerweile dürfte sich herumgesprochen haben, aber ich glaube lange Zeit hat es in Wien blankes Erstaunen ausgelöst, dass Prag nordwestlich von Wien liegt. Österreich ist ein mittelgroßes Land, ungefähr vergleichbar mit der Tschechischen Republik, mit Ungarn, doch etwas größer als die Slowakei. Wenn man so auf die Landkarte Mitteleuropas sieht, dann drängt sich dieses Bild auf, dass Österreich da einfach dazugehört. Auf der anderen Seite: Österreich hatte nach dem Zweiten Weltkrieg das Glück, sich als demokratischer Staat zu entwickeln. Wir mussten die Freiheitsrevolutionen des Jahres 1989 nicht mitmachen, hatten da schon eine ganz andere Startposition. 30 Jahre nach diesen Freiheitsrevolutionen, 15 Jahre nach der EU-Erweiterung, welche Rolle kann da Österreich spielen? Es hat schon eine interessante Scharnierfunktion; auch von Seiten der Bundesregierung wird immer das Wort Brückenbauer in die Diskussion gebracht. Mir scheint es logisch zu sein, aber ganz leicht ist es nicht, oder?

→ **Wolfgang Sobotka:**

Die Funktion, die Österreich in Europa hat, ist eine wechselnde. Ich denke, wir sollten vermeiden, dass es heißt: Wir und Europa. Wir sind Europa. Ich halte es nicht für zielführend, so sehr wir Mitteleuropa auch als einen Raum erfassen, dass wir das in Gegenposition zu Europa sehen. Dort hat Österreich eine Aufgabe wie alle anderen, immer das gemeinsame Europäische zu sehen. Ich glaube, wenn wir dieses gemeinsame Europäische aufgeben, dann brauchen wir wesentlich mehr Kraft bzw. sind wir nicht in der Lage, den großen Herausforderungen zu begegnen. Wo ist etwas beheimatet, wo ist etwas rechtlich fixiert? Diese Begriffe werden sich in 20 Jahren nicht mehr in dieser Schärfe stellen wie heute. Jedoch wird es auch dann unterschiedliche Ebenen geben. Daher ist der richtige Ansatz zu sagen: Europa soll sich um das kümmern, was wirklich der einzelne Staat für sich nicht lösen kann. Das entspricht ganz dem Subsidiaritätsprinzip. Künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen – das kann weder Österreich noch die Visegrád-Gruppe noch Deutschland lösen, vor allem dann nicht, wenn es gegenüber China, gegenüber Indien und gegenüber Amerika gelingen soll.

Das heißt, Europa ist, wenn es nicht wieder zerfallen möchte, gezwungen, einen Weg aus unterschiedlichen Positionen zu finden und das Gemeinsame zu suchen. Österreich ist vielleicht dasjenige Land, das diese verbindende Funktion hat, um unterschiedliche Positionen zusammenzuführen. Es muss sich zumindest darum bemühen. Ich sage dazu nicht Brückenbauer – das ist immer eine Funktion, die auch von anderen angenommen werden muss. So sehen wir aus parlamentarischer Sicht, dass wir mit



den sechs Balkan-Staaten, die nicht in der Europäischen Union sind, sehr gut zusammenarbeiten. Wir haben dort Programme geschaffen und schauen, dass wir unsere Unterstützung anbieten. Die empfinden uns daher als Brückenbauer. Ob uns andere Länder als Brückenbauer bezeichnen oder sehen, das müssen sie selbst entscheiden. Ich glaube schon, dass Österreich immer wieder eine vermittelnde Rolle einnehmen kann, wenn es sich in die europäische Politik einbringt. Das halte ich für notwendig. Das liegt auch ein wenig an unserer geografischen Position sowie an unserer historischen Position.

Wenn wir heute den Rückgriff auf die Lingua franca des Lateins haben, dann könnte nach dem Brexit Englisch zur Lingua franca Europas werden. Ich glaube, ein

wesentlicher Grund, warum die Europäer sich nicht wirklich als Europäer empfinden, ist die fehlende gemeinsame Sprache. Das ist eines der wesentlichen Momente, um sich gemeinsam zu fühlen. Wir müssen uns fragen, was die nächste Generation für eine Idee von Europa hat. Europa muss auch emotional spürbar werden. Das ist ja ein Grund, weshalb sich Ländergruppen finden, weil Europa für sie letzten Endes nicht diese Heimat bringt. Die Benelux-Länder haben sich eben geformt, weil sie Nähe gesucht haben, das Gemeinsame in ihrer Region gesucht haben, das sie sonst nicht fanden oder weil sie von den beiden großen Ländern Frankreich und Deutschland nicht so wertgeschätzt wurden.

Es geht auch immer um Wertschätzung sowie um Groß gegen Klein. Es darf in Europa keine wesentliche Rolle spielen, wie groß jemand ist. Wir haben ganz kleine Länder wie Malta und die baltischen Länder. Und die Großen müssen auf die Kleinen auch zugehen, die müssen auch dort eine Vorleistung erbringen. Wenn Europa sich reduziert auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, wo man das Gefühl hat, die beiden Länder bestimmen die europäische Politik und die anderen dürfen gelegentlich mal etwas aufzeigen, dann wird Europa langfristig nicht den Bestand haben, den es bislang hatte.

### → **Gerald Schubert:**

Milan Štěch, Präsident Sobotka hat auch die nächste Generation erwähnt. Mich würde interessieren, wie aus Ihrer Sicht die junge Generation in der Tschechischen Republik auf Europa blickt und auf die eigene Vergangenheit der Demokratisierung. Ich darf hier ein kurzes polnisches Element miteinbringen: Es ist kein Pole im Podium, aber ich

war in den letzten drei Tagen auf einer Pressereise durch Warschau und Krakau mit dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM). Was ich daraus mitgenommen habe ist: Die Gesellschaft ist extrem gespalten. Das sagen Ihnen alle, es bestätigen Ihnen alle, egal auf welcher politischen Seite die Gesprächspartner stehen. Und diese Spaltung hat zu tun mit der Rolle der katholischen Kirche, diese Spaltung hat zu tun mit Rechtsstaatlichkeit und diese Spaltung hat auch zu tun mit dem Jahr 1989. Besonders mit Blick auf 1989 gibt es immer noch zwei Denkschulen. Die einen sagen: Wir hätten damals überhaupt nicht mit den Kommunisten reden sollen, wir haben uns auf zu viele Kompromisse eingelassen. Die anderen sagen: Nein, das war damals der einzige Weg, um diese Wende über die Bühne zu bringen und nachher demokratisch und in



Frieden miteinander zu leben. Meine Frage an Sie wäre: Gibt es diese Diskussion in der Tschechischen Republik heute auch so? Und wenn ja, wie sieht die Jugend das, interessiert die das überhaupt noch?

→ **Milan Štěch:**

Diese Diskussion spielt sich auch in Tschechien ab, aber es ist kein so tragendes Thema wie in Polen. Ich behauptete sogar, dass die junge Generation das Leben genießt. Wir haben keine ernsthafteren wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Natürlich gibt es auch Probleme. Die großen Städte haben zum Beispiel in den letzten Jahren einen enormen Preisanstieg bei Wohnungen verzeichnet, der durch einen großen Zustrom von Ausländern insbesondere aus Osteuropa, aus der Ukraine, aber auch aus den Balkanländern verursacht ist. Das hat die Wohnpreise in die Höhe getrieben. Das ist für unsere Kaufkraft ein ernsthaftes Problem. Es stimmt, dass in der letzten Zeit auch in Prag Demonstrationen, sogenannte Montagsdemos, stattgefunden haben. Die Teilnehmer haben dort gegen Bemühungen einiger Politiker um Einflussnahme auf die Polizei oder Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung von einigen Fällen, die unseren Ministerpräsidenten Andrej Babiš betreffen, demonstriert. Sie sehen darin ein Risiko. Aber diese Frage will ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen. Damit befasst sich auch die Europäische Kommission.

Aber was die Einstellung der jungen Generation angeht, kann man nicht behaupten, dass sie eine einheitliche Meinung vertritt. Das ist einfach nicht der Fall. Auch die junge Generation ist heterogen. Beispielsweise hängt es davon ab, wo die Leute leben. Den Fortschritt verspüren

besonders Menschen in den großen Städten. Auf dem Land ist es etwas komplizierter. Das ist etwa bei den Wahlen an dem Umstand zu sehen, wer welche Parteien und Präsidentschaftskandidaten unterstützt. Unsere aktuelle Aufgabe – und das betrifft nicht nur Tschechien, das gilt für ganz Europa – besteht darin, attraktive Rahmenbedingungen und einen entsprechenden Lebensstandard in den ländlichen Regionen zu gewährleisten. Ich bin davon überzeugt, dass Europa sich schon immer auf seine ländlichen Regionen gestützt hat. Es waren – das gilt hauptsächlich für Mitteleuropa – nicht nur die großen Zentren. Meines Erachtens müssen wir daran arbeiten, dass das Leben auf dem Land für Menschen eine angemessene Lebensqualität bietet. Wir sind nicht Amerika, wollen nicht die Devise propagieren, dass Menschen der Arbeit nachziehen müssen. Dafür wurde in Tschechien in den 1990er-Jahren geworben. Wir Politiker müssen dafür Bedingungen schaffen, dass die Arbeit auch zu den Menschen in den Regionen kommt. Eines ist uns klar: Wenn es dort keine Arbeit gibt, wird es bestimmte Konsequenzen nach sich ziehen.

In der Tschechischen Republik ist die Situation also nicht derart zugespitzt, und hiermit komme ich zu meinen einleitenden Worten. Es ist wichtig, dass wir uns dessen bewusst werden, um die Situation zu verstehen. Wir sind wirklich eine sehr liberale Gesellschaft, diese bietet den Menschen viele Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, Möglichkeiten, nach den eigenen Präferenzen zu leben. In Tschechien lassen sich die Leute nicht so leicht in ein Korsett zwingen. Die neuen elektronischen Medien sind in Abhängigkeit von ihren Eigentümern bestrebt, hin und wieder Menschen zu beeinflussen. Ich hoffe jedoch, dass



die natürliche Intelligenz und der Bildungsstand der Menschen sicherstellen, dass sie dem nicht unterliegen. In dieser Frage bin ich zuversichtlich.

Ich möchte noch etwas zur Visegrád-Gruppe sagen. Sie ist insbesondere deswegen entstanden, weil wir uns gemeinsam auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereiten wollten. Diese Aufgabe hat sie perfekt bewältigt. Anschließend machte man sich Gedanken über den Fortgang und es stellte sich heraus, dass es gut wäre weiterzumachen, und zwar auch wegen des wirtschaftlichen Austauschs. Manche Unternehmen sind eng miteinander verbunden. Darüber haben wir hier gesprochen. Meine

persönliche Sichtweise auf die Visegrád-Gruppe, oder ich kann es sogar für die Tschechische Republik sagen: Wir verstehen die Visegrád-Gruppe nicht als ein machtpolitisches Gebilde, das nur eine Plattform innerhalb der Europäischen Union oder nur ein Bestandteil von ihr wäre. Wir sehen uns als ein vollberechtigtes Mitglied der Europäischen Union genauso wie ein jeder anderer Staat, der in der Visegrád-Gruppe Mitglied ist. Die Politik gegenüber Brüssel, gegenüber der EU, gestalten wir auf der Grundlage von Entscheidungen unserer Nationalparlamente. Es stimmt, dass unser Präsident zuweilen ein wenig abweichende Meinungen vertritt, aber auch das gehört zu einer Demokratie. Die Meinungen in der

V4-Gruppe werden natürlich geachtet und sehr ernst genommen. Wir versuchen diese auch irgendwie in unseren Standpunkten widerzuspiegeln. Aber auf keinen Fall möchte ich, dass der Eindruck entsteht, dass wir uns in der Vierergruppe irgendwie absprechen, wie wir in Brüssel gemeinsam auftreten werden oder nicht auftreten werden. Wenn wir dies für angebracht halten, wenn wir auf natürliche Weise übereinstimmen, dann treten wir einheitlich auf, aber bei manchen Fragen haben wir auch unterschiedliche Meinungen. Ich glaube, dass das richtig ist. Es wäre ein großer Fehler, wenn die Länder außerhalb der V4 diese Gruppierung als einen Gegenpol wahrnehmen würden. Ich habe vor einigen Jahren sogar gehört, wir seien „Störenfriede“. Das ist fehl am Platz. Es ist das Gleiche, als ob wir bestimmte Vorbehalte dem Weimarer Dreieck gegenüber hätten. Es hat historische Wurzeln und wir respektieren seine Existenz. Ich bitte hier um die gleiche Einstellung.

Und noch eine letzte Bemerkung: Ich bin ein großer Gegner davon und warne davor, dass in den offiziellen Wortgebrauch und auch in die Praxis der Institutionalisierung die Rede von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ Eingang findet. Europa entwickelt sich unterschiedlich in verschiedenen Ländern. Das ist klar. Es gibt da nicht nur zwei, sondern mehrere Geschwindigkeiten. Die politische Integration hat die tatsächliche wirtschaftliche überholt. Wir sehen, wie zum Beispiel der alte europäische Süden hinter dem dynamischen Mitteleuropa zurückbleibt. Das ist die Realität und entsprechend ist hier Vorsicht geboten, nicht diesen Begriff zu benutzen. Wenn wir nämlich anfangen würden, den Begriff „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu verwenden, und dann die

entsprechenden Institutionen dazu schaffen, dann würden wir das Denken der Menschen völlig demontieren. Ich warne wirklich davor, den Begriff „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu benutzen. Manche neuen Politiker mit kometenhaftem Aufstieg haben angefangen, diesen Begriff zu gebrauchen. Ich glaube, es liegt an ihrer mangelhaften Erfahrung. Sie sollten sich vor Augen führen, dass es kein guter Ansatz ist.

→ **Gerald Schubert:**

Bevor Fragen aus dem Publikum kommen, möchte ich noch mit Ihnen, Herr Kühnel, kurz über die Rechtsstaatlichkeit sprechen. Wenn wir darüber sprechen, was Mitteleuropa in der Europäischen Union für eine Rolle spielen kann, dann ist das Thema Rechtsstaatlichkeit zentral, unter anderem auch deswegen, weil es in der Europäischen Union das Instrument des sogenannten Artikel 7-Verfahrens gibt, bei dem es hauptsächlich um die Rechtsstaatlichkeit geht. Es gibt in der Geschichte der EU nur zwei solche Verfahren, nämlich eines gegen Polen und eines gegen Ungarn. Das gegen Polen wurde von der Europäischen Kommission initiiert, das gegen Ungarn vom Europäischen Parlament. Wie sehen Sie diese beiden Verfahren im Gefüge der gesamteuropäischen Diskussion? Ich habe manchmal den Eindruck, zumal wenn ich mit Menschen in Polen oder Ungarn spreche, dass diese Verfahren, die oft ein bisschen schwammig sind und für die es zuweilen keine Fristen gibt, auch kontraproduktiv sein können, erst recht, wenn sie jenen in die Karten spielen, die gern mal bei heimischen Wahlkämpfen gegen Brüssel anreden. Wie sinnvoll sind diese Verfahren und wie beurteilen Sie das Thema Rechtsstaatlichkeit in diesem mitteleuropäischen Raum?

### → **Richard Nikolaus Kühnel:**

Die Europäische Union ist für alle Länder, die ihr angehören, einschließlich natürlich den mitteleuropäischen, keine Bedrohung. Präsident Rößler hat in seiner einleitenden Rede gesagt: Wir müssen schauen, dass die Europäische Union für alle attraktiv bleibt und die beste Option für jedes einzelne Land ist. Das ist etwas, was wir jetzt auch aus dem Brexit lernen. Die Europäische Union ist keine Bedrohung, sondern sie ist ein Haus, ein gemeinsames Haus, das allen, die darin sind, Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Sehen Sie, mittlerweile ist die Region Bratislava reicher als Wien. Es ist die fünftreichste Region Europas. Und wenn ich mir anschau, wie viele Unternehmen ihre Automobilindustrie in Ungarn angesiedelt haben, in der Slowakei, in der Tschechischen Republik, dann hängt das natürlich mit dem gemeinsamen Schutzrahmen und dem gemeinsamen Binnenmarkt der Europäischen Union zusammen. Europa ist ein Haus, das wir gemeinsam bauen und an dem wir gemeinsam arbeiten. Aber das Fundament dieses Hauses, das sind die Grundwerte, auf denen es errichtet worden ist. Und da muss ich jetzt schon einen Unterschied machen: Brüssel ist nicht Moskau und Brüssel ist auch nicht das alte Wien. Der EU sind alle Staaten freiwillig beigetreten, da wurde nichts erobert und nichts erheiratet, das war ein freiwilliger Beitrittsprozess, und man hat in seinem Beitrittsvertrag die Grundwerte, das Fundament Europas, mit unterschrieben. Und wenn wir dieses Fundament verlieren, wenn dieses Fundament ins Rutschen gerät, dann gerät das europäische Haus ins Rutschen.

Herr Štěch hat vorhin gesagt: Wenn Deutschland einen Schnupfen hat, dann bekommt die Tschechische Republik eine schwere Verkühlung. Heute spüren wir, wenn China ein Schnupfen droht, dann droht uns allen eine schwere Verkühlung. Das heißt, das europäische Haus braucht ein starkes Fundament, und da sind die Grundwerte essenziell, und deshalb machen wir es uns als Kommission da nicht leicht. Wir wollen hier niemanden bestrafen, wir wollen auch nicht der Oberlehrer sein, der mit dem erhobenen Zeigefinger in die Länder kommt und sagt: Du machst das nicht gut. Das Artikel 7-Verfahren ist ein gemeinsames Verfahren, das als Dialogverfahren entwickelt wurde, nicht als Oberlehrerverfahren. Die Europäische Kommission hat mit Polen über Jahre hinweg einen intensiven Dialog geführt, immer in Absprache und mit Unterstützung der anderen Mitgliedsstaaten, fast aller, um in Polen zu helfen, dass das Rechtssystem, die Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit oder die Ernennung von Richtern sich in eine Richtung entwickeln, die aus unserer Sicht den europäischen Grundwerten entspricht. Bei Ungarn ist es eine andere Situation, da ist die Initiative vom Europäischen Parlament ausgegangen. Bei Ungarn haben wir einfach eine Reihe von Themen, unter anderem die Frage der Bildungsinstitutionen, der Zivilgesellschaft, der Medienfreiheit, zu denen im Europäischen Parlament das Gefühl entstand: Wir müssen hier mit Ungarn einen Dialog eintreten.

Das Ziel ist nicht, dass wir ein Land damit „unterjochen“ – im Gegenteil. Es ist ein sensibler Prozess, um eigene Entwicklungen, den inneren gesellschaftlichen Entwicklungsprozess in diesen Ländern anzustoßen und zu begleiten. Wir wollen nicht gegen die Ungarn oder gegen

die Polen vorgehen, sondern gegen ganz spezifische Maßnahmen, die von den jeweiligen Regierungen erlassen worden sind und die aus unserer Sicht in einem Widerspruch zu den europäischen Grundwerten stehen. Und ich hoffe, dass hier Bereitschaft da ist, sowohl in Budapest wie in Warschau, mit uns gemeinsam aus dieser Situation konstruktiv herauszufinden. Und ich glaube, nach den europäischen Wahlen wird hoffentlich auch eine andere Dynamik da sein, dass beide Länder dann vielleicht bereit sind, die eine oder andere Maßnahme einzuleiten, um aus dem Verfahren wieder herauskommen. Wir haben alle kein Interesse, ewig in so einer konfrontativen Situation stecken zu bleiben.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Jetzt drängen sich im Publikum Fragen auf.

→ **Publikumsbeitrag (Dr. Rafał Dutkiewicz):**

*Ich heiße Rafał Dutkiewicz und bin der ehemalige Oberbürgermeister von Breslau. Es ist keine Frage, sondern ich möchte eine Aussage zum Wort christlich machen. 1965 wurde der Prozess der polnisch-deutschen Versöhnung eingeleitet mit den Worten: „Wir gewähren Vergebung und wir bitten um Vergebung.“ Der Verfasser dieser Worte, Kardinal Bolesław Kominek, Bischof zu Breslau, hat auf die Frage, warum wir nach Aussöhnung streben und warum diese Worte gesagt wurden, wie folgt im Jahre 1966 geantwortet. Ich zitiere: „Die Sprechweise kann nicht nationalistisch sein, sondern muss europäisch in der tiefgreifendsten Bedeutung dieses Wortes sein. Europa ist die Zukunft. Nationalismen sind von gestern. Eine Vertiefung der Diskussion darüber, eine föderative*

*Lösung für alle Völker Europas zu schaffen, unter anderem durch schrittweisen Verzicht auf nationale Souveränität in Fragen der Sicherheit, der Wirtschaft und der Außenpolitik, ist außergewöhnlich wichtig.“ Das war nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Danke.*





→ **Publikumsbeitrag (Dr. Erhard Busek):**

*Zunächst meinen herzlichen Dank an den Präsidenten des Sächsischen Landtags für die heutige Begegnung, damit nicht nur wunderschöne Erklärungen möglich sind, sondern auch Konflikte sichtbar werden. Und das ist dringend notwendig. Wir sollen nicht die Konflikte verschmieren oder vergessen, sondern sie auch aussprechen, damit wir sie lösen können. Ich versuche das in drei Richtungen zu tun.*

*Ich bin als Christ tief beeindruckt, wie christlich wir hier in vielen Aussagen gewesen sind. Sie gestatten mir die Bemerkung: Ich glaube es nur nicht. Europa ist heute in einem hohen Maße säkularisiert und gerade in den Bereichen, wo ein christlicher Bezug notwendig wäre, sind wir nicht sehr stark. Die ethische Diskussion in Europa über wirtschaftliche Fragen, soziale Fragen, wissenschaftliche Fragen angesichts des beachtlichen Fortschritts, den wir haben, finden nicht statt. Wir haben die soziale Frage der*

*Verteilung und die Tendenz, dass die, die etwas haben, geschützt werden, und die, die nichts haben, nichts dazu bekommen. Da stellt sich doch die Frage nach einem gewissen Ausgleich – nicht nach Gleichheit. Hier fehlt Gerechtigkeit. Oder nehmen wir die Kriege, vor denen wir stehen: Handelskriege, Cyberwar, Kriege der Information und dergleichen mehr. Da ist die Frage der christlichen Stimme sehr schwach. Noch dazu haben wir zunehmend mit einer Religion unsere Probleme, die immer stärker in Europa vertreten ist, nämlich mit dem Islam. Ohne das einseitig zu sehen, aber die Auseinandersetzung damit ist ebenfalls sehr schwierig. Das war mein erster Punkt.*

*Zweitens: Wir reichen mit dem Forum Mitteleuropa doch in die Nähe jener Staaten, die noch nicht Mitglied sind, denen es aber versprochen wurde. Wir haben 2003 in Thessaloniki beschlossen, alle Staaten im Balkan werden EU-Mitglieder. Einer hat es geschafft, Kroatien, und bei den anderen wird sogar gezögert, die Verhandlungen zu eröffnen. Ihnen wurde es zwar versprochen, aber es gibt noch immer kein Ergebnis, begründet mit einer Fülle von Argumenten. Ich frage Sie ganz offen: Erfüllen Apulien und Kalabrien als Urmitglieder der EU alle Bedingungen? Ich habe hier meine Bedenken, wobei ich nicht dafür bin, dass man Apulien und Kalabrien ausschließt, sondern dass man bei den anderen einen etwas gerechteren Weg einschlägt und sie hereinholt.*

*Denn wir brauchen sie, und das ist mein dritter Punkt: Wir müssen uns mit jenen Nachbarn auseinandersetzen, die noch nicht in der Europäischen Union sind. Denn was ist Europa? In vielen Diskussionen, in denen ich diese Frage aufwerfe, ist die Antwort sofort: die EU. Die EU ist nicht*



*Europa! Sie ist ein Teil davon, ein unendlich wichtiger. Aber die übrigen Teile Europas sind ebenfalls bedeutend. Und wir müssen uns sehr überprüfen, inwieweit wir mit Moldawien, Weißrussland sowie der Ukraine im Verhältnis zu Russland hier wirklich einen europäischen Geist erfüllen oder ob es nicht nur eine Ablehnung ist, weil wir uns keine Schwierigkeiten machen wollen. Herr Präsident Rößler, Sie haben mit dem Forum Mitteleuropa noch viel vor sich.*

### → **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank, das war Dr. Erhard Busek vom Institut für den Donauraum und Mitteleuropa. Ich glaube, das war eine gute Inspiration für unser Nachmittagspanel, wo es um die Außenbeziehungen der Europäischen Union gehen wird. Eine weitere Frage, bitte.



### → **Publikumsbeitrag (Dr. Peter Lizák):**

Mein Name ist Peter Lizák, ich bin Botschafter der Slowakei in Berlin. Zuerst danke ich Herrn Präsidenten Rößler für diese Initiative, die wir jetzt seit acht Jahre zusammen unternehmen. Ich hoffe, dass wir diesen Dialog weiter führen werden. Vor dem Hintergrund des Themas der Konferenz „Mitteleuropas Staaten in Europa: Gegenein-

*ander, Nebeneinander, Miteinander?“ bin ich tief davon überzeugt, dass wir das miteinander machen werden. Das hat auch die Diskussion gezeigt.*

*Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen möchte ich gern die Sicht der Slowakei mit einigen Worten beschreiben. Herr Štěch hat das Weißbuch erwähnt und die darin angeführten fünf Varianten beschrieben. Für die, die das vielleicht nicht so gut kennen: Die erste Variante war die eines „Weiter so“, die zweite Variante konzentriert sich allein auf den Binnenmarkt, die dritte Variante war die einer EU mehrerer Geschwindigkeiten, was auch von Herrn Štěch zurecht kritisiert worden ist, die vierte Variante war die eines „Weniger und Besser“ und die fünfte Variante lautete „mehr und schneller“. Das ist die, die Herr Štěch unterstützt. Wir als Slowakei sind da – glaube ich – eher bei der vierten Variante. Wir würden gerne ausgewählte Aspekte gründlich machen. Da, wo sich Europa einsetzen soll, da soll sich Europa wirklich einsetzen.*

*Meine zweite Bemerkung betrifft unsere Zusammenarbeit. Das hat Herr Parlamentspräsident Kóvér erwähnt und das ist das Lieblingsthema von mir und meinem ungarischen Kollegen Péter Györkös. Bei der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Visegrád-Ländern, also Mitteleuropa, wissen unsere deutschen Partner nicht, wie eng wir im wirtschaftlichen Bereich zusammenarbeiten, auch mit Österreich natürlich. Der größte Handelspartner Deutschlands 2018 war China mit 170 Milliarden Euro Handelsumsatz. Ich weiß nicht, wie viele Anwesende wissen, wie hoch der Handelsumsatz zwischen den Visegrád-Ländern und Deutschland 2018 war? Es waren 280 Milliarden Euro, also wesentlich mehr als*

*mit China. Das heißt, Mitteleuropa, die Visegrád-Länder, sind ein wesentlicher wirtschaftlicher Partner für Deutschland. Und das prägt natürlich unsere Zusammenarbeit.*

*Und eine dritte Bemerkung: Ich stimme dem völlig zu, was Herr Parlamentspräsident Kóvér gesagt hat: Die Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Ungarn ist sehr gut. Da lösen wir viele Fragen partnerschaftlich. Nicht teilen würde ich die Sicht, dass wir mit dem Beitritt zur EU eine gemeinsame Bedrohung gefunden haben. Wir sehen Brüssel nicht als Bedrohung, wir sind freiwillig beigetreten, wie das Herr Kühnel gesagt hat, und wir werden das weiter so sehen. Vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Die Slowakei ist das einzige Land der Visegrád-Länder, das den Euro hat. Das heißt, wir sind das am tiefsten integrierte Land von dieser Region und wir werden in dieser Richtung weiterarbeiten. Danke.*

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank, eine Dame auf der Empore hat eine Frage.

→ **Publikumsbeitrag (Maj-Britt Krone):**

*Wir sind Studenten von der Technischen Universität Chemnitz und möchten uns ganz herzlich dafür bedanken, dass wir an dieser Konferenz teilnehmen dürfen. Es ist eine große Ehre für uns. Ich höre jetzt die ganze Zeit, wie schön das ist, dass wir alle gemeinsam Europa haben und wie wichtig die Zusammenarbeit ist und wie sehr wir darauf angewiesen sind, ob nun wirtschaftlich oder kulturell. Was ich nicht verstehe ist, warum dann gegen die EU Wahlkampf gemacht wird. Weshalb führt man im eigenen Land gegen Europa Wahlkampf und ist dann innerhalb der EU doch darauf bedacht, mitbestimmen zu dür-*

*fen? Weshalb wird der Jugend von einigen ein negatives Bild von der EU in den Kopf gepflanzt? Wie soll denn der europäische Geist, mit dem die EU entstanden ist, weitergetragen werden, wenn es allerorts Skepsis gegenüber Multilateralismus gibt?*



### → **Gerald Schubert:**

Ich schlage vor, wenn es jetzt keine brennenden Fragen mehr gibt, dass wir versuchen, eine letzte Antwortrunde zu schaffen. Ich fasse die Wortmeldungen aus dem Publikum etwas zusammen. Christentum, die Rolle des Christentums, wie christlich ist das wirklich, was wir hier fordern? Über das Weißbuch haben wir schon teilweise gesprochen, aber Sie können natürlich zu den verschiedenen Modellen der weiteren Integration der Europäischen Union auch noch einmal Stellung nehmen. Die Wirtschaft kam zur Sprache und zuletzt wurde die Frage gestellt, warum eigentlich immer noch mit einer antieuropäischen Rhetorik Wahlkampf gemacht wird. Herr Präsident Sobotka, ich würde gern mit Ihnen beginnen.

### → **Wolfgang Sobotka:**

Ob es christlich-soziale Politik gibt – ich glaube, es gibt eine christlich-soziale Einstellung für jeden. Ich halte nichts davon, gerade aus der österreichischen Vergangenheit heraus, das Christliche mit der Politik zu verbinden. Ich glaube, es ist wichtig, dass es jeder für sich entscheidet, aus seiner persönlichen Einstellung heraus. Ich glaube eher, dass es aus einer gewissen Struktur, aus einer gewissen Haltung kommt. Für mich ist das Leitbild immer die Rechtsstaatlichkeit, immer die Freiheit und immer das Eigenengagement. Das sind auch zutiefst christliche Einstellungen.

Was ich zur Wirtschaft sagen muss: Natürlich sehen wir uns in einem globalen Wettstreit sowie in einem Binnenwettbewerb. Die EU ist jedoch insgesamt für alle Mitglieder ein Erfolgsprojekt. Für Österreich ist die Erweiterung der Europäischen Union ein Erfolg gewesen. Es ist für alle

Beitrittsländer nach 2004 ein Erfolg gewesen, der EU beizutreten. Es ist ein Erfolg gewesen, schon aus der Gründungsgeschichte heraus, aus den Verträgen von Rom heraus. Das kann man heute nicht ernsthaft leugnen. Man sollte auch mit diesem Narrativ aufhören, die Reichen würden reicher und die Armen ärmer. Also da empfehle ich das Buch von Martin Schröder, einem Marburger Soziologen, der sich sehr schön an den Fakten orientiert hat und sagt: Die Weltarmut ist in den letzten 40 Jahren von 50 auf 10 Prozent gesenkt worden. Natürlich kann man über Umverteilungen immer wieder reden. Klar sollte aber sein, dass die Träger von all dem der Mittelstand, der obere Mittelstand und auch die sogenannten Wohlhabenden sind,



die in der Steuerleistung wesentlich mehr erbringen. Man sollte hier nicht versuchen, neue Klassenkampfsituationen herbeizuführen.

Die Wirtschaft erfüllt für uns einen ganz wesentlichen Zweck: Wohlstand für die Leute sichern und damit die Freiheit des Einzelnen erst zu ermöglichen. Ohne Eigentum gibt es keine Freiheit, das muss jedem klar sein. Außer, du bist tibetanischer Mönch und entsagst allem. Solange man ein soziales Wesen im Gesamtheitlichen ist, ist das die Sicherheit für die Freiheit des Einzelnen. Daher halte ich wirtschaftliche Prosperität für ganz notwendig.

Noch ein paar Worte zum Wahlkampf gegen die Europäische Union. Da verstehe ich natürlich jüngere Menschen, die das absolut nicht verstehen. Als Älterer hat man da einen gewissen Pragmatismus. Ein Wiener Bürgermeister meinte einmal: Wahlkampf ist die Zeit der fokussierten Unvernunft. Ich glaube, wir schauen zu wenig, wie wir die enttäuschten Wähler, die Modernisierungsverlierer, auffangen können. Das ist besonders ein Auftrag an diejenigen, die nie auf die Nöte und die Probleme der Leute geschaut haben. Man darf sich nicht wundern, wenn sich enttäuschte und alleingelassene Menschen irgendwelchen radikalen Rändern anschließen, die mit einfachen Lösungen versuchen, den Menschen Vertrauen zu geben. Da liegt es dann auch an den traditionellen Parteien, dass sie diese Wähler verloren haben.

Die Zustimmung zur EU ist in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen, im zweistelligen Bereich, aufgrund des Chaos, das der Brexit in Großbritannien entfacht hat. Dass wir im Wahlkampf alle Facetten erleben, das ist klar.

Aber eines ist eben auch klar: Europa steht vor einer ganz großen Herausforderung, und da muss man Europa verändern. Dieses Europa zu verändern, das eint uns in aller Form, auch wenn die Standpunkte unterschiedlich sind. Da wird der ungarische Standpunkt ein etwas anderer sein als der österreichische. Wichtig ist, dass wir uns respektvoll begegnen und versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das hat Herr Kövér sehr stark zum Ausdruck gebracht, auch wenn er eher das Nationale betont. Da darf man nicht drohen, sonst kommen alle diese Schreckgespenster des 20. Jahrhundert wieder hoch. Ich glaube hier an die Demokratie, weil sich das demokratische Prinzip heute in den Familien, in den Vereinen, in den Schulen, in den Betrieben verankert hat. Das war in den 1920er und 1930er-Jahren nicht so. Und daher ist es nicht so leicht, auch durch nationale Ansprüche, jetzt wieder dieses Gespenst des Chauvinismus und des Nationalismus an die Wand zu malen.

Dass Österreich im Vergleich zu Ungarn keinen nationalen Anspruch hat, das ist auch unserer Geschichte geschuldet. Aber deswegen glaube ich, ist es noch keine Gefahr per se für Europa, wenn ein Land einen nationalen Anspruch erhebt. Das muss man auch denen sagen, die immer Visegrád als besonderes Gefährdungspotenzial apostrophieren. Mitnichten, die haben halt eine andere Meinung und eine andere Haltung und es liegt an uns, auch mit ihnen das Gemeinsame zu finden. Und niemand, auch kein Visegrád-Vertreter, hat irgendein Interesse, Europa aufzulösen. Zumindest habe ich das noch nicht erfahren. Daher sollte man auch nach dem 27. Mai wieder mit den Parteien diskutieren, die derzeit so stark gegen Europa vorgehen.

### → **Gerald Schubert:**

László Kövér, Sie haben das Wort.

### → **Dr. László Kövér:**

Solche Diskussionen – über deren Nutzen und Sinn wir uns bereits hinlänglich ausgetauscht haben – bergen eine riesige Gefahr. Und zwar die Gefahr, dass wir meinen, die Aufgabe abgehakt zu haben, obwohl in der Diskussion so viele Fragen angesprochen wurden, die wir nicht beantworten können. Eigentlich sollten wir das Gespräch erst jetzt beginnen. Ich werde mich auf die wichtigsten Punkte konzentrieren.

Herrn Busek darf ich sagen, dass ich voll und ganz damit im Einvernehmen bin, dass die Europäische Union den Ländern des Westbalkans die Aufnahme schuldet und, obwohl er das so nicht gesagt hat, dass das Spiel, das die Europäische Union spielt, das wir spielen, auch im moralischen Sinne falsch ist. Wir sollten uns der Verantwortung nicht entledigen, selbst dann nicht, wenn sich unter den EU-Mitgliedsstaaten Ungarn faktisch mit am stärksten dafür einsetzt, die Länder des Westbalkans aufzunehmen. Montenegro ist das beste Beispiel dafür, wie unehrlich es bei diesem Spiel zugeht. Montenegro hat etwa 600 000 Einwohner. Die Aufnahme Montenegros – ich überspitze jetzt – sollte höchstens eine Woche in Anspruch nehmen. Wir könnten sagen: „Los, kommt, das ist in Ordnung!“ Es wäre nicht das geringste Problem. Im Gegensatz dazu hat die äußerst mutige Brüsseler Kommission 2025 als Beitrittsjahr angegeben – bis dahin würden sie mit Sicherheit Mitglieder werden. Jedoch sagen manche Mitgliedsstaaten, dass selbst das ungewiss sei. Das ist ein Witz und demoralisiert diejenigen Gesell-

schaften, die ihre eigene Zukunft in Europa sehen. Währenddessen gibt es herausfordernde Großmächte in der Balkanregion: die Türkei könnte ich genauso nennen wie Russland, ein Land, dessen Name in einem anderen Zusammenhang ständig als Abschreckung in der europäischen Rhetorik verwendet wird. In der Balkanregion macht es aber offenbar nichts aus, dass es nach Einfluss strebt. Somit ist der Balkan auch ein Sicherheitsproblem.

Hinsichtlich der Durchsetzung von christlichen Werten in der Politik möchte ich die Frage der Religionsausübung oder des Glaubensbekenntnisses der politischen Akteure vom Schutz christlicher Werte trennen wollen. Diese werden nämlich selbst in den Ländern, die wir als säkularisierte Gesellschaften bezeichnen, von 75 bis 80 Prozent der Menschen als wichtig angesehen. Innerhalb der vier Visegrád-Staaten mag der Anteil der Gläubigen vielleicht in der Tschechischen Republik am niedrigsten sein, trotzdem wird von 80 Prozent der tschechischen Gesellschaft die Verteidigung der christlichen Kultur als wichtig angesehen. Denn wie der ehemalige ungarische Ministerpräsident József Antall sagte, sind in Europa selbst die Atheisten Christen in dem Sinne, dass sie im Zuge ihrer Sozialisierung die christlichen Normen als eine Art DNA bekommen haben und ihr tagtägliches Verhalten durch das definiert wird, was auf dem Boden der christlichen Ethik gewachsen ist. Diese Werte werden von der Migration gefährdet. Sie werden von der Art von Migration gefährdet, bei der Menschenmassen mit einer völlig anderen Kultur nach Europa kommen, die nicht gewillt sind, sich zu integrieren, obwohl man in ihrem Fall gar nicht von einer Integration sprechen sollte, sondern von einer Assimilierung. Ich meine, dass Assimilierung das erwar-

tete richtige Verhalten ist und nicht die Integration. Aber selbst zur Integration sind sie kaum gewillt. Dieser Prozess wird auf kurz oder lang die Kultur auflösen, mit deren Hilfe Europa über 2000 Jahre hinweg aufgestiegen und erfolgreich geworden ist.

Dem slowakischen Botschafter kann ich sagen, dass wir Brüssel nicht generell als Herausforderung, als Bedrohung betrachten, sondern dass wir das Gefahrenpotenzial der Brüsseler Politik ausgerechnet in der wichtigsten Frage, im Umgang mit der illegalen Migration, die die Zukunft Europas gefährdet, sehen. Die ganze Geschichte möchte ich auch nicht Herrn Juncker anhängen wollen, weil die westlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – ihre ehemaligen oder auch heute noch amtierenden Regierungen – eine größere Verantwortung tragen, als Brüssel, als die Europäische Kommission. Dieses Problem, mit dem man schlecht umgegangen ist, hat zugleich aber auch die innenpolitischen Verhältnisse beeinflusst. Wir sollten so ehrlich sein, selbst mit dem gebotenen Respekt dem Gastgeber gegenüber, dass das in Deutschland mindestens im gleichen Maße der Fall ist wie in Österreich, Italien oder anderen Ländern. Das in der Führung der Europäischen Union nicht zu erkennen, ist der perfekte Beweis der Unfähigkeit.

Herrn Kühnel sage ich, dass ich den Unterschied zwischen der Europäischen Union und der Sowjetunion sehr wohl zu schätzen weiß, umso mehr, weil ich eine persönliche Vergleichsgrundlage habe. Gerade deshalb fällt es mir so schwer, die gleiche Mentalität bei den Brüsseler Bürokraten festzustellen, wie sie einst die Politiker der Staatspartei hatten. Warum soll denn Kritik an Brüssel,

an der Europäischen Kommission gleichzeitig eine Ablehnung der Europäischen Union bedeuten? Vielen Dank an Herrn Sobotka für seine Antwort, denn er hat klargestellt, dass diese beiden nicht ein und dasselbe sind. Ist denn derjenige, der Brüssel kritisiert, von Haus aus gegen die Europäische Union? Nein! Wenn dem so wäre, dann wäre Brüssel wirklich wie Moskau. Aber ich glaube nicht, dass dem so ist. Die Einwohner Ungarns und Polens sind im EU-Vergleich weit überdurchschnittlich Anhänger der Europäischen Union. Gerade deshalb, weil für uns die Europäische Union wichtig ist, kommen wir nicht wortlos daran vorbei, dass ihre stärksten Strukturen schlecht funktionieren und sogar vom geschriebenen Text und vom Geist des Vertrages abweichen.

Und die Europäische Union weicht davon sehr wohl ab. Sie überschreitet ihre Kompetenzen und wir möchten, dass sie zur Rolle eines „Wächters der Verträge“ zurückkehrt. Wir möchten, dass sie in dieser Rolle nicht mit zweierlei Maß misst. Wenn Frankreich wegen der dauerhaften Überschreitung der Neuverschuldungskriterien einem Defizitverfahren unterzogen werden sollte, antwortet der Präsident der Brüsseler Kommission auf die Frage, warum man das nicht tue, mit: „Die Franzosen sind halt Franzosen“. Das Stimmrecht Ungarns wurde aber vorübergehend im Rat der Finanzminister ausgesetzt, weil wir die Defizitvorgaben überschritten haben. Wann hat man urplötzlich damit begonnen, das Defizitverfahren gegen Ungarn zu eröffnen? Als eine bürgerliche, eine rechte Regierung an die Macht gekommen ist. Die sozialistischen Finanzkommissare in der Europäischen Kommission haben es unserer sozialistischen Vorgängerregierung nachgesehen, über sechs Jahre hinweg kein einziges Mal die maximale Neu-

verschuldungsquote von drei Prozent gehalten zu haben. Ihr haben sie es nachgesehen, bei uns haben sie das kein halbes Jahr akzeptiert. Deshalb sage ich, dass man uns nicht helfen sollte. Dann, wenn wir sagen, Hilfe zu brauchen, wird man helfen müssen. Uns geht es damit wie dem kleinen Jungpionier. In meiner Kindheit habe ich folgenden Witz gehört: Die Lehrerin fragt, welcher Jungpionier welche gute Tat in der letzten Woche vollbracht hat. Hänschen meldet sich, er habe eine alte Frau über die Straße geführt. Daraufhin fragt die Lehrerin: „Nun, Hänschen, sei mir nicht böse, aber das ist doch Nichts! Damit willst du dich brüsten?“ – „Nun, wenn die Frau Lehrerin wüsste, wie schwer die Sache war, denn die Dame wollte ganz und gar nicht über die Straße!“ Daher führen Sie uns bitte nur dann über die Straße, wenn wir sie überqueren möchten und es selbst nicht können. Dann werden wir uns bedanken, ansonsten möchten wir Gleichbehandlung erfahren.

Ich darf die Frage stellen: Gibt es in sämtlichen EU-Mitgliedsstaaten ein Verfassungsgericht? Denn hier wurde erläutert, dass eine Änderung der Zuständigkeit des Verfassungsgerichts nach Ansicht der Europäischen Kommission eine Frage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn gewesen sei. Für diejenigen, die das nicht wissen: in etlichen Ländern ist die Einrichtung eines Verfassungsgerichts gänzlich unbekannt. In etlichen Ländern gibt es nicht einmal ein Verfassungsgericht. Was bedeutet dann die Rechtsstaatlichkeit? In einem Land dies, im anderen Land jenes. Wo haben wir dann die Möglichkeit, von einer angeblichen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit ausgehend, nach einem Konsens welcher Art auch immer zu handeln? Die Rechtsstaatlichkeit ist nach meiner Auffassung, nach unserer Auffassung kein Wert. Die Rechts-



staatlichkeit ist ein Instrument, das uns die Möglichkeit gibt, die tatsächlichen europäischen Werte durchzusetzen. Sie ist ein Instrument, die europäischen Werte in einer Diskussion, im gemeinsamen Handeln durchzusetzen, und wo es einen Konsens gibt, wo wir Einvernehmen finden können, da sollten wir in diesem Punkt handeln. Und wo es diesen nicht gibt, da sollten wir uns in Ruhe lassen. Denn entweder wird eine Staatengemeinschaft durch ein Imperium organisiert oder sie ist eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von Nationen.

Genauso wie meine Vorfahren waren auch die Vorfahren von Herrn Sobotka und von Herrn Štěch Angehörige des gleichen Imperiums. Die Führungsspitze der österreichisch-ungarischen Monarchie hat nicht verstanden, dass die Zeit der Imperien zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgelaufen ist. Die nationale Selbstbestimmung

geht sehr wohl mit dem Bedürfnis der Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker einher. Nachdem die damalige herrschende Elite der Monarchie – sowohl die Wiener Bürokratie, als auch ein erheblicher Teil der herrschenden Klasse in Ungarn – das nicht verstanden hat, ist die mitteleuropäische Staaten- oder Völkergemeinschaft in Form eines Imperiums, das Europa im Gleichgewicht gehalten hat, zerfallen. An ihrer Stelle konnte keine Staatengesellschaft welcher Art auch immer entstehen, die gleichrangige Kleinstaaten, kleine Völker zusammengefasst hätte. Die Europäische Union hat uns auch dafür eine Chance geboten, die wir ebenfalls auf der positiven Seite des Saldos für die EU verbuchen. Und die vier Visegrád-Staaten sind eine Initiative dafür, mit der Reorganisation dieser Region einen Beitrag zum effizienten Funktionieren Europas leisten zu können. Jeden, der mit uns diskutiert und streitet, möchten wir bitten, dafür Verständnis aufzubringen.

→ **Gerald Schubert:**

Vielleicht noch zwei ganz kurze Schlussworte. Ich würde sagen, zuerst Herr Štěch und dann Herr Kühnel.

→ **Milan Štěch:**

Wahrscheinlich sind wir nun alle erschöpft, das Thema ist es keineswegs. Was die ethischen Werte und Fragen angeht, die uns in Europa nach wie vor beschäftigen, so stimme ich dem zu, was Herr Busek gesagt hat. Ich denke, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam eine Sache nicht gut hinbekommen haben, was viele Bürger verärgert, die das Geschehen aufmerksam verfolgen. Es geht darum, dass wir den in Europa erwirtschafteten Reichtum über Steueroasen wieder abfließen lassen.

Wenn wir diese Mittel in Europa behalten würden, könnten wir damit etliche Sozialfragen angehen. Ich bin nicht in der Lage, den tschechischen Bürgern zu vermitteln – von denen ich verlange, dass sie zu den Europawahlen gehen –, dass der EU-Kommissionspräsident ein Land repräsentiert, das eine solche Steueroase verkörpert. Luxemburg ist eine Steueroase, und wie soll man die Bürger davon überzeugen, dass Steueroasen bekämpft werden müssen, wenn der Kommissionspräsident zu dem Zeitpunkt, als er an der Spitze der luxemburgischen Exekutive stand, diese Steueroase mitgestaltet hat. Das sind schlimme Paradoxien. Genauso ist es, wenn die liberalste Volkswirtschaft in der Welt, so zumindest hat sich die US-amerikanische Wirtschaft immer präsentiert, heute an der Spitze einen Repräsentanten hat, der einen abgefahrenen Schnellzug dadurch einholen will, dass er radikale Eingriffe in den freien Handel vornimmt. Natürlich bedeutet das für unsere liberalisierten Wirtschaften eine ernsthafte Bedrohung. Wenn die angekündigten Schritte wirklich umgesetzt werden sollten, werden wir große Probleme bekommen. Donald Trump präsentiert sich auch als ein konservativer, christlicher Politiker. Hier sind meiner Meinung nach Demut und Bedacht angebracht. Ich verstehe Amerika, ich verstehe, dass es die Verhältnisse umkehren will. Aber hier wird nicht Revolution, sondern Evolution benötigt. Erforderlich sind sukzessive Schritte.

Und nun zum Balkan. Ich war bei der Konferenz der Parlementschefs der V4 plus der Benelux-Staaten, die vor zwei Monaten in Piešťany stattgefunden hat. Von unseren Freunden aus Benelux haben wir gehört, dass sie angesichts der Entwicklungen in der Europäischen Union, der Unklarheiten bezüglich des neuen Haushaltsrahmens

und des Brexits derzeit nicht bereit sind, den EU-Beitritt von weiteren Ländern zu unterstützen. Das betrifft insbesondere den Westbalkan. Sie haben es uns geradeheraus gesagt. Ich weiß, dass die Beschlüsse aus Wien, wo eine Westbalkan-Konferenz stattgefunden hat, etwas anders lauten. Wir haben – aus politischer Sicht – insbesondere in den Zeiten der Migrationskrise gesehen, wie wichtig für uns der Westbalkan ist, welche grundsätzliche Bedeutung es hat, dass er politisch vorhersehbar und wenigstens etwas stabil ist. Ich glaube, dass es ein eminentes Interesse von uns Mitteleuropäern ist, dass wir den Menschen auf dem Balkan eine Chance geben, das zu verwirklichen, wonach sie streben, und das ist der Beitritt zur Europäischen Union. Wir sollten ihnen eine Chance geben, damit sich ihr Lebensstandard erhöhen kann. Es soll für sie eine echte Perspektive sein. Die Tschechische Republik unterstützt deswegen den Balkan. Er könnte uns dadurch deutlich näherrücken.

Zur Frage aus der Studentenschaft: Skepsis und kritische Meinungen werden auch unter jungen Menschen von jenen verbreitet, die selbst über kein anderes Programm verfügen. Wir kennen das alles aus der Vergangenheit. Wir wissen es doch. Wenn es nicht gelingt, die inneren Probleme zu lösen, wird nach einem äußeren Feind gesucht. Jetzt bietet sich Brüssel an. Meistens sind das politische Parteien oder politische Exponenten, die über kein Programm verfügen. Ihr einziges Programm ist zum Beispiel die Migration, sie haben sonst nichts, kein wirtschaftliches, kein soziales Programm, nichts auf dem Gebiet der Kultur oder der Zivilgesellschaft zu bieten. Im Gegenteil, sie treten eher gegen die Zivilgesellschaft auf. Diese Menschen nehmen die Europäische Union als Geisel. Junge Menschen

werden immer gebildeter, sie beherrschen Fremdsprachen, ich hoffe, dass sie auch in der Lage sind, alldem standzuhalten. Sie sollten es zumindest versuchen. Seriöse Politiker benennen die Mängel, sagen, was verbessert werden muss, aber sie schütten das Kind nicht mit dem Bade aus und sorgen nicht für Skepsis unter den Bürgern. Ich sehe es so: Es ist nichts Neues unter der Sonne, es ist einfach nur alte Rhetorik unter neuen Bedingungen. Wer in der Innenpolitik schwach ist, über keine Themen verfügt, sucht nach einem äußeren Feind und in diesem Fall zieht er zu Felde gegen die Europäische Union. Seien Sie bei diesen Menschen auf der Hut. Sie haben nie etwas Gutes für die Bürger, für die Menschheit gebracht. Das bestätigt sich leider immer wieder.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Kühnel, ich darf um das Schlusswort bitten.

→ **Richard Nikolaus Kühnel:**

Artikel 2 des Vertrages der Europäischen Union lautet: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Männern und Frauen auszeichnet.“ Dieser Europäische Vertrag gilt natürlich für alle mit all seinen Werten. Der kleine Hans führte die alte Dame nicht gegen ihren Willen über die Straße, sondern die alte Dame hat beschlossen, mit den anderen Mitgliedern des Seniorenclubs auf die andere



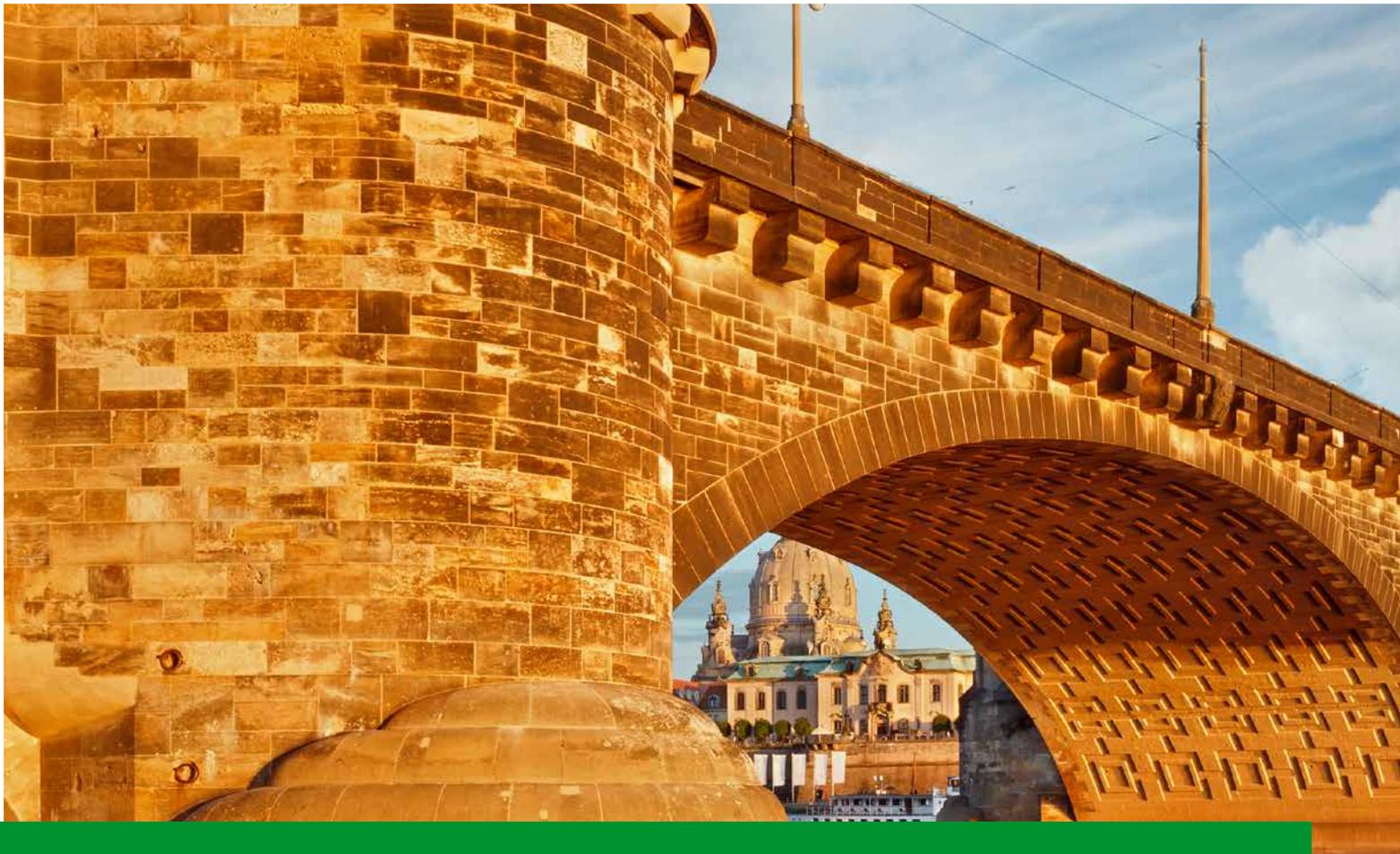
Seite der Straße gehen zu wollen. In Europa funktioniert die Kommission so, dass wir die Mitgliedsstaaten daran erinnern, was sie gemeinsam beschlossen haben. Es gibt keine europäische Politik, die von der Kommission gemacht wird. Wir machen die Vorschläge, Beschlusskraft haben die Mitgliedsstaaten, die gemeinsam beschließen, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist europaweit positiver zu Europa, auch in allen Staaten Mittel- und Osteuropas. Es gibt ganz klar eine große Zustimmung in den Bevölkerungen zur Europäischen Union, insbesondere auch in den jungen Teilen der Bevölkerung. Und das geht auch zusammen: Ich bin ein Christ in einer säkularisierten Institution. Ich bin ein begeisterter Österreicher in der Europäischen Kommission. All das geht zusammen ohne Schizophrenie. Goethe hat gesagt, was du geerbt hast, musst

du auch besitzen wollen. Wir alle haben von den Titanen der Vergangenheit die Europäische Union geerbt, aber wir müssen sie auch besitzen wollen. Die Gelegenheit dazu ist am 26. Mai. Insbesondere würde ich mir von der Jugend erhoffen, dass ihr euch dessen bewusst seid. Viele Briten sind aufgewacht, damals nach diesem Juni-Tag und haben sich gedacht: Warum haben wir nicht mitgestimmt? Ihr lasst euch nicht von einer älteren Generation sagen, was ihr anziehen sollt, welche Musik ihr hören wollt. Lasst euch nicht sagen, wie eure Zukunft aussieht. Ich würde mir erwarten, dass die Studenten der TU Chemnitz mit über 90 Prozent an der Europawahl teilnehmen.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank für dieses Schlusswort. Herzlichen Dank allen Beteiligten und auch Ihnen, meine Damen und Herren. Wir gehen jetzt in die Mittagspause.



Thema II

# Mitteleuropa und seine Nachbarn – Herausforderungen und Perspektiven



*Augustusbrücke und Altstadt in Dresden*



Impulsreferat

## „In Europa wird heute wieder Politik gemacht“

Janusz Reiter

» Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Musik war eine gute Einstimmung. Sie war – bis auf das vorletzte Lied – so harmonisch, dass ich mir dachte, ich werde wahrscheinlich auch mit der entsprechenden Harmonie über mein Thema sprechen, obwohl mein ursprünglicher Plan ein ganz anderer war. Einer der heutigen Teilnehmer, ein Freund von mir, hat mich ermutigt, es doch nicht so harmonisch zu machen. In diesem Zusammenhang muss

ich vor allem Matthias Rößler dafür danken, dass er mich eingeladen hat. Er zeigt dadurch seine Liberalität und seine Risikobereitschaft. Liberalität, weil wir vor einigen Jahren am Anfang dieser Initiative Forum Mitteleuropa Gespräche geführt hatten, in denen ich meine Zweifel über diese Initiative geäußert habe. Sie haben mir eine zweite Chance gegeben, vielen Dank dafür. Risikobereitschaft, weil Sie mich ja nicht gefragt hatten, ob ich meine Meinung

geändert habe. Es könnte also sein, dass ich jetzt hierhergekommen bin und sage: Das Ganze hat überhaupt keinen Sinn. Aber nein, meine Damen und Herren, das Ganze ergibt sehr wohl Sinn. Und ich will erklären, wie ich den Sinn verstehe, denn das ist vielleicht nicht so selbstverständlich.

Erstens: Warum hatte ich damals meine Zweifel? Ich habe damals zu Herrn Rößler gesagt: Sachsen ist ein Teil Deutschlands. Deutschland ist kein Teil Mitteleuropas. Und nun – jetzt bin ich bei meinem Thema – soll ich über Mitteleuropa und seine Nachbarn sprechen. Ich tue das in Deutschland. Ist Deutschland nun ein Nachbar Mitteleuropas oder ein Teil Mitteleuropas? Ist Sachsen ein Teil Mitteleuropas, aber Deutschland ein Nachbar? Das sind nicht nur sprachliche Übungen. Ich will gleich einige wenige Bemerkungen über die Semantik und die Begriffe machen, derer wir uns bedienen. Vorher will ich aber meine These formulieren: Wir haben es in Europa mit einer Rückkehr der Geografie und der Geschichte als zwei bestimmende Kategorien der europäischen Politik zu tun, die unser Denken und unser Handeln prägen, selbst dann, wenn wir uns dessen nicht bewusst sind. Und diese beiden Kategorien haben ihre Konsequenzen.

Nun zu den Begriffen. Ich habe vor kurzem an einem Gespräch mit einem hochrangigen ostdeutschen Politiker teilgenommen. In dem Gespräch sagte er, er sei ein Osteuropäer und Osteuropa beginne an der Elbe. Ich habe das so zur Kenntnis genommen. 20 Jahre früher hätte ich ihm bestimmt geantwortet: Also wenn Osteuropa an der Elbe beginnt, dann endet es an der Oder. Jetzt habe ich das verschwiegen, weil ich verstand, warum er das so sagte. Er meinte das irgendwie unpolitisch, doch aber politisch. Er meinte das als Ausdruck einer Sympathie mit den Völkern,

die östlich von Deutschland leben und bei denen es heute viel Frustration gibt über die Art und Weise, wie sie von den Nachbarn in Westeuropa behandelt werden. Er wollte damit sagen: Ich weiß wie das ist, denn wir fühlen uns genauso in Deutschland. Wir sind so behandelt worden oder werden so behandelt von unseren westdeutschen Nachbarn, wie ihr behandelt werdet von euren westlichen Nachbarn in der Europäischen Union.

Ich verstehe das Problem und trotzdem sage ich ganz offen (auch damals): Mitteleuropa als eine Gemeinschaft von Leidenden, als eine Opfergemeinschaft, ein solches Mitteleuropa brauchen wir nicht. Das führt uns zu nichts, das ist keine produktive Kraft. Eine Politik, die auf gemeinsamen Ressentiments aufgebaut wird, wird zu keinen Verbesserungen führen. Parallel glaube ich, dass es trotzdem wichtig für unsere Partner und Nachbarn im westlichen Teil der Europäischen Union ist, zu verstehen, woher diese Stimmung kommt. Und ich erzähle dann oft eine Geschichte, die für mich interessant ist, weil sie einen Aspekt zeigt, über den man wenig weiß. Die Geschichte handelt von zwei bekannten Männern, deren Namen ich jetzt nicht nenne. Beide waren in hohen Positionen bei großen internationalen Konzernen, gehörten zu den bestbezahlten Managern in Polen. Sie verließen diese großen Konzerne tief frustriert als Verfechter eines sogenannten Wirtschaftspatriotismus. Warum? Weil sie während ihrer Arbeit bei diesen Konzernen eines gelernt haben: Wir machen hier unsere Arbeit, aber die Entscheidungen werden woanders getroffen. Das zugrundeliegende Bedürfnis nach dem, was man auf Englisch „sense of ownership“ nennt, das wurde lange unterschätzt. Und das Bedürfnis muss man verstehen.

Es ist nicht alles eine Frage der sozialen Nöte, es ist nicht alles eine Frage des Geldes. Es ist auch nicht alles eine Frage der Qualität der Infrastruktur. Vielmehr ist es auch eine Frage der Anerkennung, eine Frage des Anerkanntseins. All diese Fragen wurden unterschätzt. Sie spielten in Europa keine Rolle, weil es die weitverbreitete Überzeugung gab, in Europa so etwas wie ein gemeinsames Ziel zu haben, auf das wir uns hinbewegen. Dieses Ziel wurde von klugen Menschen in Westeuropa formuliert und mit der Annahme versehen, die anderen würden bestimmt auch so klug sein, dieses Ziel zu akzeptieren und sich auf dieses Ziel hinzubewegen. Und nun: Wer vermag heute zu sagen, dass wir ein gemeinsames Ziel haben und uns auf dieses Ziel hinbewegen?

Ein polnischer Intellektueller schrieb vor kurzem ein Buch mit dem programmatischen Titel: „Wir waren naiv“. Ich halte das für übertrieben, aber es spiegelt die Stimmung gut wieder. Wir waren naiv in der Vorstellung, wie dieser ganze Prozess verlaufen würde. Über den Begriff Mitteleuropa habe ich gesprochen, das ist ja der Begriff, der uns hier zusammengebracht hat, und ich habe über den Begriff Osteuropa gesprochen. In den heutigen Diskussionen ist ein Begriff kaum genutzt worden: der Begriff „der Westen“. Wenn ich mich richtig erinnere, verband uns im Jahre 1989 ein Wunsch in den Ländern der friedlichen Revolutionen und auch in den Ländern, die damals schon Freiheit genossen. Das war der Wunsch, im Westen zusammenzukommen. Und der Westen war kein geografischer Begriff. Der Westen war ein politischer und ein kultureller Begriff. Und nun frage ich: Brauchen wir heute den Westen nicht mehr? Den Westen, den ich als Gemeinschaft freier und demokratischer Völker verstehe, die bestimmte Grundwerte teilen. Brauchen wir diese Art von Solidargemeinschaft nicht mehr?

Um es gleich hinzuzufügen: Diese westliche Gemeinschaft ist mehr als die Europäische Union. Ein Teil von diesem Westen, ein Teil von dem so verstandenen Europa war oder ist bis heute auch Amerika. Die Rolle, die Amerika beim Aufbau dieses Europas gespielt hat, wird unterschätzt. Was im heutigen Umgang mit diesem Präsidenten in Washington psychologisch verständlich ist, das ist politisch ein Fehler. Europa ist politisch und es gibt diesen Westen politisch ohne Amerika nicht. Nur, mit der Wende, die wir in Amerika erleben, mit der Ungewissheit, die die amerikanische Politik heute schafft, müssen wir uns fragen: Wie groß ist unser Wille, diesen Westen aufrechtzuerhalten? Wir tragen heute umso mehr die Verantwortung dafür, dass sich dieser Westen nicht auflöst und einer Welt Platz macht, in der die Regeln des Dschungels herrschen, wobei ich – wie gesagt – dabei Amerika immer noch als Teil dieses Westens verstehe.

Zu Beginn habe ich gesagt, es gibt zwei Elemente, die lange unterschätzt wurden und die heute in Europa wieder eine wachsende Rolle spielen, nämlich Geschichte und Geografie. Die Europäische Union ist in einer Art Isolation von der Welt gegründet worden, sie entstand unter einer Käseglocke. Das war eine weitgehend amerikanische Käseglocke, eine „Made in USA“. Es lebte sich gut unter dieser Käseglocke. Und wenn wir ehrlich sind, wir in Polen, aber ich glaube auch in Ungarn und in den anderen Ländern, wir wollten auch unter dieser Käseglocke leben. Nun gibt es diese Käseglocke nicht mehr. Die Welt ist näher an uns herangerückt. Wir sind heute nur ein Teil der Welt, und wir sind darüber hinaus nur ein relativ kleiner Teil der Welt, dessen Einfluss leider schwindet und nicht wächst. Und die Frage ist: Wie sind wir auf die Begegnung mit dieser Welt vorbereitet, die so ganz anders tickt als die Europäische Union und



überhaupt keine Absicht hat, so zu ticken wie die Europäische Union? Da wir uns weigerten, uns dieser Welt anzunähern, ist diese Welt zu uns gekommen. Sie kam in Form von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen von Flüchtlingen aus den Regionen, die global unsere Nachbarn sind. Das war und das ist für die EU ein Warnzeichen für die Zukunft.

**Heute müssen wir uns die Frage stellen: Wie können wir dieses wunderbare europäische Projekt bewahren in einem solchen globalen Wettbewerb? Denn wir befinden uns in einem Wettbewerb, wir befinden uns unter Druck.**

Vor einigen Jahren konnte man Fehler machen, ohne dafür einen Preis zu zahlen. Das ist heute anders. Für jeden Fehler, den wir heute machen, zahlen wir einen Preis. Das war übrigens wohl auch der Grund, warum man in der EU nach langen Diskussionen die Entscheidung getroffen hat, Griechenland

zu retten. Wenn wir Griechenland nicht gerettet hätten, sondern nur auf unserem Recht bestanden hätten, hätte das einen politischen Preis gehabt. Und die gleiche Frage muss man sich auch stellen, wenn wir heute über unsere Nachbarschaft nachdenken, über Länder, die wir aufnehmen wollen oder nicht aufnehmen wollen. Das ästhetische Prinzip, ich sage das jetzt ganz brutal, darf dabei keine entscheidende Rolle spielen. Wahrscheinlich wäre es viel schöner, ein Land wie die Schweiz oder wie Norwegen aufzunehmen. Aber die wollen irgendwie nicht. Hingegen wollen andere Länder in die EU rein. Und wir müssen die Entscheidung treffen: Können wir die aufnehmen oder nicht? Wir müssen diese Entscheidung ganz nüchtern treffen: Was gewinnen wir, wenn wir diese Länder aufnehmen und welche Risiken gehen wir ein, wenn wir diese Länder aufnehmen?

Nochmal zurück zu Mitteleuropa: Wenn ich sage, dass Geschichte wieder eine größere Rolle spielt, dann gilt das auch für Mitteleuropa. Was viele in den westlichen Ländern der Europäischen Union nicht realisierten: Unsere Länder



verbindet die gemeinsame Erfahrung des Kommunismus, unsere Länder verbindet viel mehr, aber die Geschichte ist in unseren Ländern zum Teil ganz anders verlaufen. Und diese Unterschiede prägen auch unser Denken. Nur wenn man sich daran erinnert, dann versteht man, warum Ungarn und Polen zum Beispiel heute besonders enge Freunde sind, aber in manchen Fragen, etwa jene Russland betreffend, eine andere Position einnehmen. Das hat auch mit der Geschichte zu tun.

Und nun gibt es noch ein Land, das habe ich am Anfang erwähnt, das in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielt. Das ist Deutschland. Und hier kommt eben die Zweideutigkeit der Situation ins Spiel. Ich bin in Deutschland und ich soll über Deutschland als ein Nachbarland Mitteleuropas

sprechen. Für alle unsere Länder spielt Deutschland eine ganz zentrale Rolle. Polen ist in einer fast unerträglichen Weise germanozentrisch. Polen besteht aus positiven Germanozentristen und aus negativen Germanozentristen. Es gibt jedoch viel mehr positive Germanozentristen. Wir denken, worum es auch immer geht in Europa, in erster Linie gleich an Deutschland. Das ist gar nicht so gut, muss ich sagen, deshalb war ich immer dafür, dass wir auch das „Weimarer Dreieck“ Deutschland, Frankreich, Polen pflegen, weil man so womöglich ein etwas entspannteres Verhältnis zu Deutschland bekommen hätte. Das mit dem „Weimarer Dreieck“ funktioniert leider nicht ganz so gut, wie ich es mir gewünscht hätte. Deshalb bin ich froh, dass wir außer diesem besonders wichtigen Verhältnis zu Deutschland die Zusammenarbeit in Mitteleuropa in der Visegrád-Gruppe und in Visegrád Plus haben. Das gibt den Menschen in Polen das Gefühl, dass sie nicht angewiesen sind auf ein Land. Denn dieses Gefühl, auf ein größeres Land angewiesen zu sein, das führt manchmal zu irrationalen Reaktionen. Deshalb halte ich die Kooperation in Mitteleuropa, insbesondere in der Weimarer Gruppe, für ganz wichtig.

Und nun noch einige Worte über mein Nachbarland, über Deutschland. Die Aufgabe Deutschlands in Europa ist meiner Meinung nach nicht immer, die beste Politik zu formulieren. Die Aufgabe Deutschlands ist es, Europa, das heißt die Europäische Union, zusammenzuhalten. Denn was man in Deutschland für die beste Politik hält, kann vielleicht objektiv die beste Politik sein, aber wenn die anderen das nicht so sehen, dann ist es eben nur die zweitbeste Politik. Und wenn das auf Kosten der Fähigkeit geht, Europa zusammenzuhalten, dann ist es nicht mal die zweitbeste Politik. Wenn ich mir bewusst mache, was gegenwärtig in der Welt

los ist, wie uns Europa um die Ohren fliegt und womit sich dann die deutsche Politik, die deutsche politische Elite beschäftigt, in welchem inneren Zustand sie sich befindet, dann muss ich sagen: Das ist nicht der Zustand, den ich mir wünschte. In einer Situation, in der wir unter großem Druck von außen gezwungen werden, nach außen hin zu wirken, wirkt Deutschland immer introvertierter. Das ist nichts Erfreuliches – weder für Deutschland, noch für Europa.

Manchmal frage ich meine deutschen Gesprächspartner provokant: Welche Länder imponieren den Deutschen? Da herrscht dann oft erstmal Stille. Dann sage ich: Vor einiger Zeit hätten Sie gesagt Frankreich, Amerika, vielleicht sogar Polen. Wenn man aber ehrlich ist und fragt, welche Länder Deutschland heute beeindrucken können, dann haben viele Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten. Ein Land dieser Größe, ein Land in dieser geografischen Lage, kann sich aber eine solche Haltung nicht leisten. Deutschland kann sich nicht darauf beschränken, der Welt ab und zu eine Friedensmission anzubieten. Deutschland hat Aufgaben, die viel schwieriger, die mit viel mehr Risiko verbunden sind. Diese Risikokultur fehlt in Deutschland, und das Fehlen dieser Risikokultur, das Fehlen der Fähigkeit, in Kategorien von weltpolitischer Verantwortung zu denken, das ist eine Schwäche dieses Landes. Und ich sage das als jemand, der nicht gerade den Ruf hat, antideutsch zu sein, sondern im Gegenteil, unbelehrbar germanophil. Meine Erwartungen an Deutschland sind besonders hoch. Deshalb erlaube ich mir, die Kritik auch so zu formulieren.

Und zum Schluss: Was haben wir für eine Lage in der Europäischen Union? Die Statik des europäischen Hauses ist unter Druck. Man redet, man schreibt immer wieder: Die

Welt gerät aus den Fugen. Aber zunächst einmal gerät die Europäische Union aus den Fugen. Wer, wenn nicht Deutschland, muss seinen Teil der Verantwortung dafür übernehmen? Deutschland alleine schafft es aber nicht. Es mag sein, dass viele andere Länder, die an dieser Aufgabe beteiligt sein sollten, viele Sachen falsch machen. Ja, auch wir in Polen machen es uns selbst nicht leicht. Aber wir leben heute in einem Europa, in dem wieder Politik gemacht wird. Und Politik bedeutet, dass man nicht immer das Ideale und nicht immer das Wünschenswerte nehmen muss, sondern das, was gerade da ist. Deutschland steht vor schwierigen Selbstbestimmungsentscheidungen, die gerade deshalb so schwierig sind, weil es in der deutschen Bevölkerung viel zu wenig Problembewusstsein gibt. Es ist halt nicht so, dass die deutsche Politik sich dem Druck der Öffentlichkeit verweigert, mehr zu tun. Nein, wenn es nach den Umfragen ginge, dann dürfte die deutsche Politik viel weniger tun. Sie geht indes weiter, als die Ergebnisse der Meinungsumfragen es ihr erlauben. Aber was die Meinungsumfragen heute erlauben und wozu sie ausreichend sind, das ist noch lange nicht ausreichend für Europa und die Welt.

Und das ist lange noch nicht ausreichend für das Mitteleuropa, das aus seiner Geschichte abgeleitet das Potenzial für gute Kooperation und Vertrauen hat, aber auch das Potenzial für Konflikte und Misstrauen. Von welchen dieser Potenziale wir Gebrauch machen, das ist allein unsere Entscheidung. Welche Entscheidung auch immer wir treffen, sie wird auf die ganze Europäische Union Einfluss haben. Das sollten wir uns immer wieder sagen, weil es auch gegen dieses Gefühl hilft: Von uns hängt nichts ab, wir haben keinen Einfluss. Doch, wir haben Einfluss und wir sollten gut von diesem Einfluss Gebrauch machen. Ich danke Ihnen sehr.

A photograph of Michael Kretschmer, a man with short brown hair, wearing a dark suit, white shirt, and blue patterned tie. He is standing at a wooden podium with two microphones, looking slightly to his left. The background is a bright, out-of-focus interior space.

Impulsstatement

## „Uns gemeinsam auf den Weg machen“

Michael Kretschmer

» Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Matthias Rößler, verehrte Exzellenzen, Abgeordnete, Präsidenten und Vizepräsidenten! Ich freue mich sehr, dass ich jetzt bei Ihnen sein kann und den Weg von Berlin nach Dresden noch einigermaßen in der Zeit geschafft habe. Ich habe heute Morgen im Bundesrat die Debatte zum Vertrag von Aachen sowie zu dessen Erneuerung erlebt. Mein Kollege Armin Laschet hat dabei die Beweggründe für dieses deutsch-französische Abkom-

men zitiert: „Keine anderen zwei Länder sollen eine so enge Zusammenarbeit haben wie Deutschland und Frankreich.“ Und dann habe ich Revue passieren lassen, wie das mir so ging, als ich gemeinsam mit Matthias Rößler der Bundesrepublik Deutschland beigetreten bin, jetzt vor knapp 30 Jahren.

Da war die Begeisterung für die Bundesrepublik Deutschland, für das Grundgesetz, für unsere Nationalhymne

„Einigkeit und Recht und Freiheit“. Die Begeisterung für die Europäische Union habe ich am Anfang gar nicht so sehr gespürt, auch war mir das besondere Verhältnis zu Frankreich nicht sonderlich präsent. Das hat sich bei meinem ersten Besuch bei den Abgeordneten in Paris geändert als ich erkannte, wie wirklich wichtig ihnen das ist. Das war mir so nicht klar, was da wirklich gelebt worden ist und welches unglaubliche Bedürfnis es danach gegeben hat.

Trotzdem, auch wenn sich das jetzt sehr geändert hat, habe ich innerlich immer den gleichen Wunsch wie unser Landtagspräsident gespürt, doch viel mehr über Mitteleuropa und Osteuropa zu sprechen, über eine Region, mit der uns eine gemeinsame Geschichte verbindet: die Zeit des Sozialismus, die Zeit des Aufbruchs danach, die vielen Wünsche, Sorgen, die gemeinsamen Erfolge und eben auch die gemeinsame Geschichte des Beitritts zur Europäischen Union. Deswegen freue ich mich sehr, dass Matthias Rößler mit viel Energie dieses Forum Mitteleuropa jetzt seit vielen Jahren organisiert und es auch dieses Mal geschafft hat, so viele Menschen hier zu versammeln.

Als Janusz Reiter soeben seine Rede gehalten hat, und darüber sprach, dass Deutschland viel mehr leisten müsse, habe ich geschmunzelt. Denn erstens hat er Recht. Und zweitens habe ich mich an eine Begebenheit in Polen erinnert, als ich in der Zeit des EU-Beitritts eine kleine Rede gehalten habe. Ich sagte damals: Es muss doch eigentlich so sein, dass dieses großartige Land Polen, der größte Beitrittsstaat, ein Stück weit die Bündelungsfunktion für die Interessen der nun der EU beigetretenen mitteleuropäischen Staaten übernimmt. Dann aber habe ich bei denen, mit denen ich gesprochen habe, gemerkt: Die wollen das überhaupt nicht. Sie sehen

sich gar nicht in dieser Rolle, in der ich sie als Deutscher gesehen habe. Schon deswegen ist es gut, dass wir miteinander reden, uns über die verschiedenen Erwartungen austauschen und gemeinsame Ziele formulieren.

**Wir stehen unmittelbar vor der Europawahl, die eine Entscheidung darüber ist, in welche Richtung unser gemeinsames Friedenswerk gehen wird. Wir werden daher alle miteinander nicht müde, über die Erfolge zu sprechen, die sich mit diesem vereinten Europa verbinden.**

Das ist richtig und wichtig, denn es hat unglaublich viel Mühe, Energie und Kraft gekostet, das Europäische Haus zu erbauen. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass es jetzt auch erhalten bleibt. Man kann es umbauen, man kann es renovieren, aber wir sollten es alle miteinander nicht zerstören. Ich finde, gerade in dieser Zeit gibt es viele Gründe zusammenzubleiben. Wir sehen Amerika als ein Land, das immer für Stabilität und Schutz gesorgt hat, in einer für uns sehr ungewohnten und verstörenden Verfassung. Wir erleben China als eine immer stärker werdende Weltmacht mit Ansprüchen und Wertvorstellungen, die nicht die unseren sind. Deswegen ist es richtig, dass wir als Europäische Union mit über 500 Millionen Menschen zusammenbleiben und versuchen, uns zu einigen, auch wenn es manchmal nicht einfach ist.

Ich sehe vor allen Dingen bei den jungen Leuten, bei der „Generation Erasmus“, diese Selbstverständlichkeit für die EU und für die offenen Grenzen. Und ich freue mich darüber, dass bei den Beratungen über den nächsten EU-Haushalt



genau hier ein weiterer Akzent gesetzt werden soll, indem man die Mittel für das Erasmus-Programm verdoppelt, damit noch mehr junge Menschen innerhalb der Europäischen Union unterwegs sein können, ihre Bildung, ihre Ausbildung, ihr Studium absolvieren können. Ich freue mich darüber, dass es diese Möglichkeiten gibt.

Ich sehe auch bei den Debatten, die wir hier in diesem Haus in den vergangenen Jahren gehabt haben, wie unglaublich schwierig es war, unsere Werte – sei es im Bereich des Urheberrechts oder Datenschutzes – gegenüber Großkonzernen wie Google, Microsoft, Facebook oder in Zukunft Alibaba durchzusetzen. Damit einher geht für mich die klare Erkenntnis, dass die Europäische Union mit ihren 500 Millionen Menschen die kleinste Einheit ist, die in der Lage ist,

diese Prozesse zu steuern und durchzusetzen. Auch deswegen sollten wir alles dafür tun, dass in reichlich einer Woche jene gewählt werden, die genau diesen Weg mitgehen.

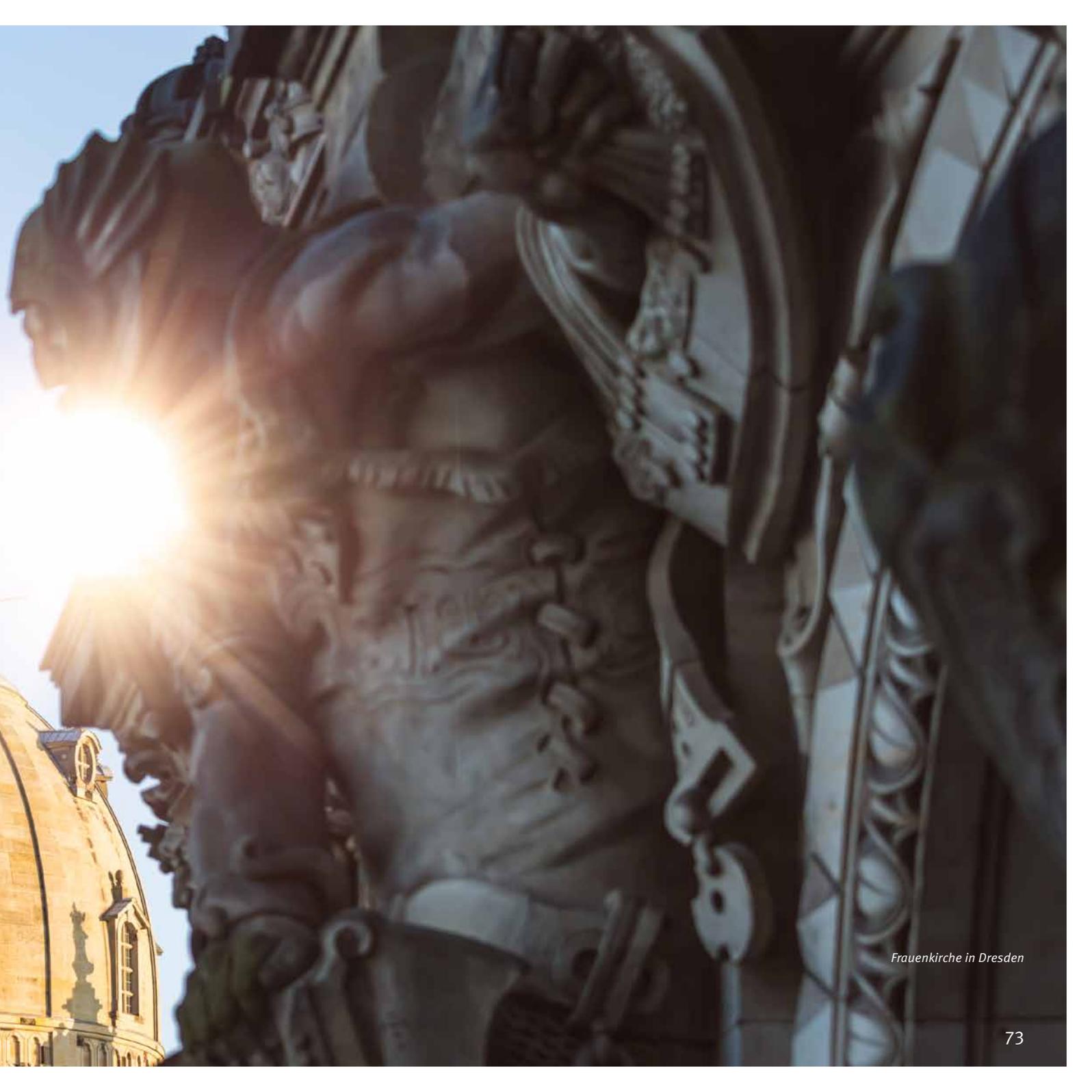
Ich habe mit dem deutsch-französischen Verhältnis begonnen: Als wir vor jetzt fast zwei Jahren die Koalitionsverhandlungen für die nächste Bundesregierung geführt haben, da gab es die Überlegung, eine neue Initiative im Bereich der Künstlichen Intelligenz mit unserem westlichen Partner Frankreich auf den Weg zu bringen. Daraufhin haben wir, wieder aus dem Wunsch heraus, doch eigentlich mehr mit unseren östlichen Partnern zusammenzuarbeiten, mit der Bundeskanzlerin gesprochen, ob es nicht denkbar wäre, das im gleichen Maße mit Polen zu verwirklichen. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, noch in diesem Jahr ein neues deutsch-polnisches Institut in Görlitz zu eröffnen, das sich um die Frage der Systemforschung kümmern wird. Ich freue mich, dass wir im Juni 2019 hier in Dresden zu einer Mittel- und Osteuropa-Konferenz einladen können, zu der die Ministerpräsidenten von Polen und Tschechien zugesagt haben und für die Wolfgang Schäuble unser Schirmherr ist. Ich sehe das in einer Reihe von Veranstaltungen, die auch mit dieser begonnen haben, und die wir weiter intensivieren sollten. Wir müssen mehr miteinander bewegen.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen und uns immer wieder der historischen Gründe bewusst sind, die dazu geführt haben, dass wir jetzt diesen europäischen Weg gehen. Die Geschichte ist uns eine Lehre. Wir sollten mit Kraft nach vorn gehen, die neuen Themen und die Zukunftschancen angehen, und zwar gemeinsam mit den Staaten Mitteleuropas im europäischen Haus. Das ist uns ein Herzensanliegen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.





# Podiumsdiskussion



*Frauenkirche in Dresden*



## Podiumsdiskussion

Janusz Reiter

Michael Kretschmer

Dr. Edit Inotai  
(Moderation)

Dr. Hans-Gert Pöttering



### → Dr. Edit Inotai (Moderatorin):

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zur Diskussion in unserem zweiten Panel. Mein Name ist Edit Inotai, ich komme aus Ungarn. Ich bin Journalistin und Wissenschaftlerin und ich war vier Jahre lang Deutschlandkorrespondentin einer ungarischen Zeitung, die leider nicht mehr existiert. Mit Dresden verbindet mich meine Familiengeschichte, die auch eine mitteleuropäische Geschichte ist. Die Familie meiner Mutter wurde nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise aus Ungarn vertrieben, d.h. ich habe eine Tante und ein paar Cousins hier in der Nähe von Dresden. Obwohl

ich nicht immer ihren sächsischen Dialekt völlig verstanden habe, ändert es doch nichts daran, dass wir eine Familie sind und zusammengehören.

Gute Nachbarschaft ist auch das Thema unseres zweiten Panels. Wir haben dazu zwei Impulsreferate gehört. Zunächst sprach Janusz Reiter, der ehemalige Botschafter von Polen in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Danach hörten wir den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer. Daneben möchte ich Ihnen noch die weiteren Podiumsteilnehmer vorstellen. Dr. Peter Lizák ist Botschafter der Slowakischen Republik



Dr. Peter Lizák



in Berlin und Dr. Hans-Gert Pöttering war Präsident des Europäischen Parlaments und ist auch ehemaliger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Meine erste Frage geht an Herrn Pöttering. Landtagspräsident Rößler hat vorhin erwähnt, dass die Europäische Union ein „Global Player“ werden sollte. Gibt es dafür wirklich eine Chance oder bleiben wir ein außenpolitischer Zwerg bis in alle Ewigkeit? Und wenn wir schon zum „Global Player“ werden, was könnte der Beitrag von Mitteleuropa sein?

→ **Dr. Hans-Gert Pöttering:**

Also zunächst, liebe Frau Inotai, freue ich mich sehr, dass

eine ungarische Persönlichkeit unser Panel leitet. Das kann auch ein Beitrag sein, uns zusammenzuführen. Und ich möchte mich bei Matthias Rößler, dem Präsidenten des Sächsischen Landtages, sehr herzlich für die Einladung bedanken. Ich bin Niedersachsen, kein Sachse, wir sind bescheiden, aber wir wollen auch unseren Beitrag leisten.

Sie fragen nach der globalen Rolle der Europäischen Union und welchen Beitrag wir in der Außenpolitik leisten können. Janusz Reiter hat eben davon gesprochen, dass Geschichte und Geografie uns in Europa wieder begegnen oder einholen. Manchmal ist es so, dass das, was im Moment noch Außenpolitik ist, plötzlich Innenpolitik wird. Ich möchte daher zunächst den Blick zurück richten. Man kann die Gegenwart nur verstehen, wenn man den Weg kennt, den wir gegangen sind. Als die EU-Beitrittsverhandlungen mit den acht Ländern Mitteleuropas begannen, war das im Kern noch Außenpolitik mit Polen, mit Estland, mit Lettland, mit Litauen, mit der Tschechischen Republik, mit der Slowakei, mit Ungarn und Slowenien. Es war noch Außenpolitik, wohl aber war es eine unglaublich erfolgreiche Politik, dass diese Länder Mitglied der Europäischen Union geworden sind. Und damit war es dann eine Art Innenpolitik, ein innenpolitischer Erfolg.

Wir sollen nicht die großen Erfolge vergessen, welche die Europäische Union hatte und hat, und es sollte uns etwas mehr Selbstbewusstsein und Mut geben, dass wir das erreicht haben, auch wenn wir heute Diskussionen mit verschiedenen EU-Ländern haben. Ich will gar keine Namen nennen. Wir sind alle Sünder, auch wir Deutschen, ich will das daher jetzt sachpolitisch gar nicht vertiefen. Aber die Situation im Jahre 2019 ist doch um ein



Vielfaches besser, als wenn wir noch in der Situation wären, als das Europäische Parlament vor 40 Jahren zum ersten Mal gewählt wurde, also 1979. Und gehen wir weitere 40 Jahre zurück, dann sind wir im Jahre 1939. Mehr muss ich hier in diesem Kreis nicht sagen. Es ist ein riesiger Erfolg, den wir erreicht haben.

Das heißt nicht, dass wir keine großen Herausforderungen im Innern, vor allem aber im Äußeren hätten. Wir sind in einer Sache Weltmacht, und zwar in der Frage der

Handelspolitik. Nie hätten wir dabei gedacht, dass diese Frage einmal im Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden so wichtig würde. Janusz Reiter hat vom Westen gesprochen. Jetzt kommt es darauf an, dass wir als Europäische Union, die Fragen der Handelspolitik betreffend, auch im Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten, gemeinsam handeln. Der amerikanische Präsident möchte lieber allein mit Paris, mit Berlin, mit Rom verhandeln, das ist sein Denken. Denn wenn wir als Europäer zersplittert sind, dann hat er es leichter, sein Konzept

„America First“ durchzusetzen. Deswegen geht es jetzt im Kern darum, dass wir in den Handelsfragen die Einheit in der Europäischen Union bewahren. Im Übrigen ist das die große Herausforderung der Zukunft, und ich wünsche mir von der deutschen Politik, dass wir hier auch dem französischen Präsidenten eine positive Antwort geben, dass wir im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen wirklichen Beitrag leisten. Wir müssen unseren amerikanischen Freunden sagen, wenn dieses Zwei-Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt schrittweise erreicht werden soll, werden wir es für eine Stärkung der europäischen Komponente in der NATO verwenden. Damit tun wir etwas für die Einheit der Europäischen Union sowie für das westliche Bündnis.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Um noch bei unseren Nachbarn zu bleiben: Herr Botschafter Lizák, nicht weit von uns, in der Ost-Ukraine, herrscht Krieg. Was kann Europa der Ukraine noch anbieten? Momentan nutzen wir vor allem die Arbeitskräfte aus der Ukraine, es gibt anderthalb Millionen Ukrainer, die in Polen arbeiten, in Ungarn sind sie auch willkommen. Wie aber können wir ein bisschen strategischer mit der Ukraine umgehen?

→ **Dr. Peter Lizák:**

Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahren in der Ukraine intensiv engagiert, aber leider 20 Jahre zu spät. Wir haben die Ukraine 20 Jahre lang vernachlässigt. In dieser Zeit hat sich das Land in eine Richtung entwickelt und es ist eine Situation entstanden, die nicht unseren Vorstellungen entspricht. Und dann kam die

Zeit, als wir das Assoziierungsabkommen abschließen sollten, was aber die damalige ukrainische Regierung plötzlich nicht mehr tun wollte, woraus leider die bekannten weiteren Entwicklungen entstanden sind. Seit dieser Zeit engagiert sich die Europäische Union viel intensiver, aber in meinen Augen noch immer nicht intensiv genug. Wir haben das Assoziierungsabkommen unterschrieben, wir haben die Möglichkeit des visafreien Verkehrs mit ukrainischen Bürgern eingerichtet, aber in meinen Augen arbeiten wir noch zu wenig systematisch mit dem Land zusammen. Das ist mein Anliegen an die künftige Kommission.

Am Montag kommt der neue ukrainische Präsident ins Amt. Wir sollten mit ihm einen intensiven Kontakt pflegen. Es ist schon seit langer Zeit unsere Überlegung, dass wir in Europa, in der Europäischen Kommission, einen Beauftragten für die Ukraine brauchen. Wenn Sie jemanden fragen: Wer ist für die Ukraine in der Europäischen Union zuständig? Nach einigen Überlegungen lautet die Antwort vielleicht: Frau Mogherini. Aber ich kann Ihnen versichern, Frau Mogherini hat zu viel zu tun, als dass die Ukraine, ein Schlüsselland für uns, Priorität für sie hätte. Das heißt, wir müssen das auch institutionell klar definieren. Die Slowakei hat diese Idee bereits vorgebracht und ich hoffe, dass das von der neuen Kommission gehört wird. Wir brauchen dafür ein politisches Schwergewicht, eine Persönlichkeit wie Herrn Pöttering, die sich Tag für Tag mit diesem Thema beschäftigt, die Druck macht, die engagiert ist. Sicher, wir haben eine Kommissionsvertretung in Kiew, die gut arbeitet, die technische Fragen klärt, es fehlt aber ein politisches Gewicht, das zeigt: Dieses Land, die Ukraine, ist für uns als EU ganz wichtig.



Noch zwei Bemerkungen, weil wir über die Nachbarn sprechen wollen. Ich unterstütze völlig, was Herr Vizekanzler Busek in der ersten Runde über die Länder des Balkans gesagt hat. Da sollte man natürlich viel mehr tun und ich habe auch eine ganz konkrete Überlegung, die unsere deutschen Gastgeber betrifft. Im Juni 2019 wird über die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien entschieden. Es gibt Stimmen unter den EU-Ländern, es besser nicht zu tun. Entschuldigung, aber wir sagen den Mazedoniern 20 Jahre lang, wenn sie die

Frage des Landesnamens lösen, wird die Europäische Union Verhandlungen eröffnen. Nun ist der neue Landesname da. Was tun wir? Wir sagen, naja, wissen Sie, es ist nicht so einfach, Verhandlungen zu eröffnen. Wo ist da die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union? Und das liegt wirklich an uns, an den Mitgliedsländern, das sollten wir nicht auf Brüssel schieben, das entscheiden allein die Mitgliedsländer. Ich muss sagen, auch mein heutiges Gastland, Deutschland, tut sich da im Bundestag nicht leicht. Dabei ist es eine konkrete Sache, die wir in einem Monat tun sollten.

Noch eine Bemerkung zu den Verhandlungen, die einst auch die Slowakei geführt hat. Noch einmal mit Blick auf das Beitrittsland Montenegro, von dem Parlamentspräsident Kóvér vorhin sprach. Es meinte, wir können so ein Land mit 600 000 Einwohnern aufnehmen, das verändere die Europäische Union nicht. Hier sage ich, wir teilen diese Meinung nicht, dass wir ein Land einfach so aufnehmen können. Das Land muss die Kriterien erfüllen, die ihm gestellt sind. Wenn wir das nämlich nicht machen, dann gefährdet das die Grundpfeiler der Europäischen Union. Ich bringe noch ein Beispiel vor: Als die Slowakei 2005/2006 über die Euro-Mitgliedschaft verhandelt hat, da wurde alles überprüft – Inflation, Verschuldung, Nachhaltigkeit. Es gab Dutzende, teils sehr schwierige Gespräche in Brüssel. Bei einem dieser Gespräche, wo wir im Vorfeld wirklich alles nochmal überprüft hatten, bis hin, ob wir gut angezogen sind, ob wir alle Krawatte tragen, haben wir zum Teil scherzhaft, zum Teil ernst gesagt: Entschuldigung, Sie fragen bei uns alles nach, während es schon ein Land im Europäischen Währungsraum gibt, das diese Kriterien gar nicht erfüllt.

Das war damals Griechenland. Dann herrschte zehn Sekunden lang Stille auf der Seite der Kommission, bis die Antwort lautete: Das ist nicht Ihre Sache, Sie sollen sich nicht um Griechenland kümmern. Wir sprechen jetzt über die Slowakei. Es ist genau das, was Herr Kóvér angesprochen hat: Es soll nicht verboten sein, dass wir diese Fragen stellen. Es soll nicht so sein, dass etwas gegeben ist und Schluss. Es geht nicht, wenn wir das so machen, es wird dann nicht funktionieren.

Ein letztes Wort: Wir sprechen über Nachbarschaft, daher bringe ich ein Land ins Gespräch, das wohl niemand im Kopf hat, die Schweiz. Die Schweiz gehört auch zur Nachbarschaft Mitteleuropas. Ich weiß nicht, wie viele das wissen, vielleicht Herr Pöttering: Mit der Schweiz haben wir eine Vereinbarung, dass die Schweiz Zugang zum EU-Binnenmarkt hat und dafür Beiträge leisten soll. Das heißt, die Schweiz soll freiwillig (wie Norwegen) dafür zahlen, das Privileg eines 500-Millionen-Marktes zu haben. Wie aber ist die Lage? Die Schweizer zahlen seit 2012 keine Beiträge, weil wir die bilateralen Verhandlungen nicht zu Ende geführt haben. Und was tut die Kommission? Sie sagt, die Schweiz sei besonders, da habe man keine Möglichkeiten, keinen Artikel 7, man könne nichts machen. Meine berechtigte Frage lautet da: Haben wir wirklich nichts? Wir könnten den Schweizer Freunden doch sagen: Wenn Sie nicht kompromissfähig sind, dann sind wir nächste Woche nicht mehr bereit, den Binnenmarkt für Sie zu öffnen. Dann werden sich die Schweizer sicher bewegen, das kann ich ihnen versichern. Das heißt, wir sollten auch ehrlich zu uns sein und unsere Möglichkeiten nutzen, um den Nachbarn in richtiger Weise zu beeinflussen. Danke.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Die Schweiz, der Balkan, ich möchte noch ein Land als Nachbar einbringen: Russland. Über Russland haben wir noch nicht gesprochen und natürlich bestimmt es unseren Raum und unsere Möglichkeiten hier in Europa. Ich würde gerne Herrn Botschafter Reiter fragen: Kann Europa noch freundliche Beziehungen mit Russland haben oder diktieren die Wirtschaftsinteressen die politischen Beziehungen?

→ **Janusz Reiter:**

Vielen Dank, ich sehe Ihre Frage als Anerkennung der Russlandkompetenz Polens. Die ist bekannt. Aber ich will vorher noch einige Sätze über die Ukraine sagen. Ich halte das für ein großes Versagen Europas. Das Problem ist nicht, dass irgendwelche Verhandlungen falsch geführt worden sind, das Problem ist in den Köpfen der Menschen entstanden, in der Weigerung der Mehrheit der Europäer, die Ukraine als Teil Europas anzuerkennen und wahrzunehmen, dass das ein Land ist, dass das legitime Recht hat, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Ich habe einst mit einem bekannten deutschen Politiker ein Gespräch darüber geführt und ihm gesagt: „Wissen Sie, die Art und Weise, wie die Ukraine in Deutschland wahrgenommen wird, erinnert mich an die Art und Weise, wie Polen nach dem Ersten Weltkrieg wahrgenommen wurde.“ Mein Gesprächspartner sprang fast auf vor Aufregung und sagte: „Wie kommen Sie darauf? Polen und die Ukraine, das sind zwei verschiedene Länder, wie können Sie sowas sagen?“ Moment, sagte ich: „Haben Sie schon davon gehört, wie Polen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland beschrieben wurde? Als Saisonstaat. Der Chef der Reichswehr, Hans von Seeckt, der die rote

Armee im Kampf gegen Polen unterstützte, sagte: Polen muss verschwinden, aus eigener Schwäche und mit unserer Hilfe.“ Mein Gesprächspartner machte große Augen. Ich wollte ihm keine Vorwürfe machen, wie kann ich ihm auch Vorwürfe machen, ich wollte ihm nur sagen: Die Wahrnehmung Europas hat politische Folgen, und die Wahrnehmung der Ukraine hatte auch politische Folgen. Das ist überhaupt keine Entlastung für die ukrainische Politik, die in der schwierigen Zeit leider nicht das nötige Verantwortungsgefühl gezeigt hat.

Und nun zu Russland: Russland ist ein Nachbar. Russland kann auch ein Partner sein, wenn beide Seiten realistisch sind. Ich glaube, wir sind in Europa insofern realistisch, dass wir nicht mehr davon träumen, mit unserer Politik Russland zu beeinflussen. Ich glaube, niemand erwartet mehr, dass man Russland auf den Weg der freiheitlichen Demokratie bringen kann – durch mehr Austausch, durch mehr Handel und so weiter und so fort. Das war eine Illusion, das haben auch schon die Amerikaner erkannt. Dann kam das Angebot des „London Reset“, das heißt sachliche Zusammenarbeit dort, wo es gemeinsame Interessen gibt. In Deutschland nannte man das „Modernisierungspartnerschaft“. Leider hat auch das nicht funktioniert, weil Russland das als eine Erlaubnis missverstanden hat, eine aggressive Machtpolitik betreiben zu können, die der Tradition des Denkens in den Kategorien von Einflusssphären entspricht. Ich glaube, wir müssen den Russen sagen: Alles, was den Maßstäben der europäischen Politik entspricht, so wie sie 1990 in der „Charta von Paris“ verfasst worden sind, alles das geht. Was nicht in die Regeln der „Charta von Paris“ passt, das geht nicht.



Aber ein Stück Realismus gehört wahrscheinlich auch dazu, insbesondere wenn man mit so selbstbewussten Partnern mit Russland zu tun hat. Jeder Student und jede Studentin in Deutschland, der oder die internationale Beziehungen studiert, lernt früher oder später, dass es so etwas wie „politics of energy infrastructure“ gibt. Das gehört zum Kanon. Dann aber heißt es: Ja, aber eine Pipeline, die Russland mit Deutschland verbindet, die ist völlig unpolitisch, die ist rein kommerziell. Da muss ich schon sagen, das kann doch nicht ernst gemeint sein. Niemand kann so naiv sein und dafür eine Ausnahme machen. Ich kritisiere dafür nicht die Russen. Sie machen, was in ihrem Interesse liegt. Aber warum wir uns

darauf einlassen und dadurch die europäische Fähigkeit zur Solidarität auf einem Gebiet, auf dem Europa viel mehr gemeinsam erreichen könnte, aufgeben, das verstehe ich nicht. Ich befürchte, das wird in Russland als Zeichen der Schwäche gesehen, und für Schwäche hat Russland kein Verständnis, Schwäche kommt in Russland nicht gut an.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Kretschmer, gibt es nur Wirtschaftspolitik mit Russland oder auch eine andere Art von Politik? Sie haben schon ein paar Mal Ihre Begeisterung für die russische Kultur und das russische Volk zum Ausdruck gebracht. Wie sehen Sie die Zukunft Russlands und die Beziehungen zwischen Mitteleuropa und Russland?

→ **Michael Kretschmer:**

Also erst einmal bin ich Janusz Reiter dafür dankbar, dass er die europäische Verantwortung für die Ukraine benannt und auf die Situation in der Ukraine hingewiesen hat. Denn als ich dieses Land Anfang der 2000er-Jahre besucht habe, war uns schon klar, dass es ein großer Unterschied ist, ob wir über den EU-Beitritt der Türkei sprechen oder über den Beitritt der Ukraine. Wenn man dieses Land betritt, wenn man sich ihm nähert, sieht man sofort: Das ist ein europäisches Land. Was einen aber damals erschreckt hat, war der innere Zustand der Ukraine, zum Beispiel die Korruption. Wer davon ausgeht, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft ist, musste sich damals wie heute die Frage stellen: Haben wir die gleichen Werte? Und damit meine ich nicht die Religion, sondern die Werte des gegenseitigen Umgangs, der Rechtsstaatlichkeit und ähnliches.

Entsprechend gab es Gründe, weshalb man damals zögerlich war. Im Nachhinein ist es dann immer leicht zu sagen: Hätten wir die Sache vor 20 Jahren anders gemacht, hätten wir heute auch eine andere Situation. Eine solche Sicht vergisst ein Stück weit die Schwierigkeiten, die der Botschafter gerade angesprochen hat, nämlich die innere Konstitution der Europäischen Union, die vielen Kompromisse, die dann auch dazu führen, dass gewisse Sachen sich falsch entwickeln können. Insofern ist der Satz sehr schön, wir sind alle Sünder, auch die Deutschen, aber das macht die Sache am Ende nicht unbedingt gut. Die Selbsterkenntnis muss dann zu Verbesserungen führen und dafür sorgen, dass wir insgesamt wieder mehr gemeinsam in der Europäischen Union schaffen.



Zu Russland ist der zentrale Satz schon gefallen: Dieses Land kann man nicht von außen beeinflussen, es hat eine Größe, es hat ein geopolitisches Selbstverständnis, die dafür sorgen, dass Russland seine eigene Agenda hat. Unsere Aufgabe muss es sein, in der Europäischen Union stark zu sein, unsere Interessen zu formulieren und dann werden wir auch eine gute Nachbarschaft mit Russland haben können.

Bei dem Thema Gaspipeline bin ich etwas anderer Meinung. Natürlich ist das auch eine politische Frage, nicht eine rein wirtschaftliche, aber ich komme zu anderen Schlüssen als Herr Reiter. Wir haben unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die Europäische Union aufgebaut, in der man damals die wichtigsten Ressourcen, die man füreinander und miteinander brauchte, Kohle und Stahl, gebündelt hat. Das wäre auch jetzt in dieser Frage der richtige Antritt. Wir sind vom russischen Gas abhängig, die Russen sind davon abhängig, dass sie es uns verkaufen. Deswegen sollten wir die Sache gemeinsam machen. Wir bauen energy terminals an der Nordsee-Küste, sodass wir uns auch aus anderen Regionen der Welt Gas liefern lassen können. Aber ich finde, dass wir in diesem Bereich mehr tun sollten.

Nun lautet die Streitfrage: Warum machen die Deutschen das mit Russland an den anderen vorbei? Man könnte den Streit aber auch so führen: Warum streiten wir jetzt darüber, dass diese Gasleitung nicht durch die Ostsee gehen kann und das Gas dann auf anderen Wegen nach Polen kommt, wenn wir uns in der Europäischen Union doch so sehr vertrauen? Das ist eine Sache, die von außen auch als Schwäche ausgelegt wird. Das sollten wir

beenden. Wir sollten Nord Stream 2 fertigbauen, das ist meine feste Überzeugung. Wir brauchen mehr wirtschaftliche Verflechtung mit unserem russischen Partner und wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht gegeneinander ausgespielt werden.

### → **Dr. Hans-Gert Pöttering:**

Ich möchte jetzt nicht noch etwas zu der Grundsatzfrage sagen, ob Nord Stream 2 vollendet werden sollte oder nicht, ich neige da eher, bei allem Respekt lieber Ministerpräsident Kretschmer, zu der Haltung von Botschafter Reiter. Aber lassen wir das mal offen. Wir Deutschen haben sicher bei dem Projekt etwas falsch gemacht, was unsere mitteleuropäischen Partner betrifft. Wir Deutschen haben da nicht hinreichend kommuniziert – mit den Polen, Esten, Letten, Litauern. Wir müssen erkennen, dass wir da psychologische Fehler gemacht haben. Das wichtigste in der Europäischen Union sind sicher die Verträge, ist das Recht, aber die Psychologie, wie wir mit einander umgehen, hat fast die gleiche Bedeutung. Und da gibt es, was die Pipeline angeht, zweifelsohne Defizite.

Jetzt geht es uns aber nicht nur um eine Rückwärtsbetrachtung, sondern darum, wie wir die Sache zukünftig machen. Ich bin dem französischen Präsidenten sehr dankbar dafür, dass er es geschafft hat, die Europäische Kommission mit ins Boot zu nehmen, damit Nord Stream 2 nicht nur ein russisch-deutsches Projekt ist, sondern zu einem europäischen Projekt gemacht wird. Es gibt einen großen Unterschied zwischen der leider gescheiterten Europäischen Verfassung und dem Vertrag von Lissabon, der sich in der Energiefrage ausdrückt bzw. in der Solida-



rität bei der Energiepolitik. Deshalb sollte man das machen, was Herr Kretschmer gerade gesagt hat. Wir sollten jetzt die technischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir in der Versorgung mit Energie nicht nur national denken, sondern wirklich europäisch. Und da geht es auch um die Solidarität mit der Ukraine. Da erwarte ich von jeder Regierung, dass die Ukraine von dieser Pipeline keine Nachteile hat. Das ist unsere Verantwortung, die wir jetzt wahrnehmen müssen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Es braucht wahrscheinlich ein bisschen Zeit für Polen und auch für die baltischen Länder, das zu

akzeptieren. Aber gehen wir etwas weiter, weil ich denke, diesen Konflikt werden wir hier nicht lösen. Sprechen wir über die Balkanländer. Ich spüre hier im Panel viel Einigkeit hinsichtlich einer europäischen Perspektive für die Balkanländer. Hier könnte Mitteleuropa wirklich einige Impulse geben. Aber was genau können wir anbieten? Das wäre meine erste Frage an Herrn Botschafter Lizák. Zudem würde ich von Ihnen gern wissen wollen, ob die Begeisterung für eine südliche Erweiterung in der Europäischen Union momentan wirklich so groß ist. Was können wir als Mitteleuropa tun, um den Westen oder die südeuropäischen Ländern davon zu überzeugen?

### → **Dr. Peter Lizák:**

Bei den Balkanstaaten sollten wir die richtige Balance finden. Es ist auf der einen Seite eine höchst politische Frage, da der Balkan ein Vorhof Europas ist. Wer sonst sollte sich um die Balkanländer kümmern, wenn nicht die europäischen Länder, wenn nicht Mitteleuropa? Auf der anderen Seite müssen wir von diesen Ländern auch verlangen, dass sie Resultate zeigen. Einige Kollegen in Brüssel scherzen manchmal, dass wir in unseren Beziehungen zu den Balkanländern ein Spiel spielen. Sie tun so, als ob sie Reformen durchführen würden, und wir tun so, als ob wir anerkennen würden, dass sie wirklich Reformen durchführen. Das heißt, wir sollten da auch konsequent sein.

Wenn Sie fragen, was wir konkret machen können: Wir teilen die Erfahrungen aus unseren Beitrittsgesprächen mit diesen Ländern. Wir haben enge Kontakte mit Montenegro, mit Nordmazedonien. Wir zeigen ihnen, was wichtig und notwendig ist, um diese Gespräche erfolgreich zu Ende zu führen. Aber nochmal: In meinen Augen ist gegenwärtig die Hauptsache, dass wir im Juni 2019 in Brüssel eine Entscheidung darüber haben, ob die Gespräche überhaupt eröffnet werden. Manche vermischen das nämlich. Die Eröffnung von Gesprächen ist nicht gleichbedeutend mit einer Mitgliedschaft. Eine Mitgliedschaft kommt vielleicht in fünf oder acht Jahren und ist mit einem Fragezeichen versehen. Das heißt, Gespräche zu führen ist die Voraussetzung, dass wir überhaupt über diese Perspektive nachdenken können.

Eine letzte Bemerkung über die politische Seite: Wir sollten wirklich klar entscheiden, ob wir diese Region in die Gemeinschaft aufnehmen. Das ist in meinen Augen sehr

gut vergleichbar mit Rumänien und Bulgarien, auch da hat man sehr großzügige Entscheidungen gefällt. Aber ist es jetzt für uns nicht die bessere Situation, Rumänien und Bulgarien drin zu haben, Einfluss ausüben zu können, als wenn sie draußen wären? Da ist, glaube ich, für uns die Antwort klar. Das heißt, auch in den Gesprächen mit den Balkanländern sollen wir konsequent, zugleich aber politisch großzügig sein. Und wenn sie dann einmal Mitglied sind, dann sollten wir ganz intensiv mit diesen Ländern arbeiten.

### → **Dr. Edit Inotai:**

Herr Pöttering, wie sehen Sie das?

### → **Dr. Hans-Gert Pöttering:**

Jede Zusammenarbeit von Staaten in der Europäischen Union, auch die der mitteleuropäischen Länder, ist eine gute Sache, wenn diese Staaten sich auch annähern und in ihrer Eigenheit auch respektieren, Verständnis füreinander bekommen. Beispielsweise haben die Polen einen ganz anderen religiösen Hintergrund als die Tschechen. Diese Zusammenarbeit muss sich einbetten in den Gesamterfolg der Europäischen Union. Sie darf nicht zu einem Separatismus führen. Mir hat mal ein Regierungschef eines dieser Länder gesagt: Mitteleuropa plus Deutschland. Ich wäre ihm fast an die Kehle gegangen. Ich habe ihn dann recht massiv kritisiert. Wir werden uns niemals von Frankreich und von Westeuropa trennen lassen, sondern wir sind in gewisser Weise auch als Deutsche eine Brücke. Und es ist beides wichtig: Polen ist wichtig, Frankreich ist wichtig, alle Länder zusammen sind wichtig. Und wir müssen auch und besonders die sogenannten „kleineren Länder“ ernst nehmen. In den Esten, den Letten, den

Litauern steckt eine solche Kraft aus der Kenntnis ihrer Geschichte und aus dem, was sie erlitten haben, auch im Verhältnis zu Russland, dass sie von uns gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Deswegen warne ich davor, bei aller Notwendigkeit den größeren Staaten eine größere Verantwortung zufallen zu lassen, die sogenannten „kleinen Länder“ geringzuschätzen. Übrigens sagt Jean-Claude Juncker immer: Es gibt keine kleinen Länder. Luxemburg ist ein Großherzogtum.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Balkanstaaten. Herr Botschafter Lizák hat mit Recht gesagt, wir waren gegenüber Bulgarien und Rumänien ein bisschen zu großzügig. Aber im Nachhinein, so würden es vielleicht die Juristen sagen, ist das geheilt worden, da sie nun Mitglieder der Europäischen Union sind. Viel schlimmer wäre es, wenn sie nicht Mitglieder der Europäischen Union wären, weil dann der Appetit des russischen Präsidenten auf diese Länder noch größer wäre.

In diesem Kontext möchte ich etwas Positives zu Rumänien sagen: In Deutschland ist das Rumänienbild verbesserungsfähig. Aber die Rumänen haben jemanden zum Präsidenten gewählt, der in doppelter Weise zu einer Minderheit gehört. Zu der ganz kleinen deutschen Minderheit, und zudem ist er auch noch Protestant, umgeben von einer orthodoxen Mehrheit. Das zeigt auch die Reife des rumänischen Volkes, dass es einen solchen Mann an die Spitze wählt, weil es von diesem Mann mit Recht glaubt, dass er vieles korrigieren kann.

Was den Balkan angeht: Es gibt in der EU keine Begeisterung dafür, diese Länder aufzunehmen, aber sie müssen

eine europäische Perspektive haben, weil das Engagement sowohl Russlands als auch Chinas in den Balkanländern groß ist. Über China haben wir heute noch gar nicht gesprochen. Es geht nicht nur um Nachbarn, sondern auch um die Rolle Chinas, genauso wie um die der Türkei, die in den Balkanländern mächtig am Wirbeln sind. Auch deswegen müssen wir dem Balkan jetzt eine Perspektive geben.

Und was Nordmazedonien angeht: Ich zolle ihnen großen Respekt, dass sie sich jetzt mit den Griechen auf diesen Namen geeinigt haben. Da müssen wir auch glaubwürdig bleiben und ihnen die Perspektive der Mitgliedschaft geben. Aber wir müssen ihnen auch sagen, ihr müsst, wenn ihr EU-Mitglied werden wollt, die Kriterien, die der Wertegemeinschaft der Europäischen Union entsprechen, nicht nur auf dem Papier erfüllen, sondern auch in der Realität. Wir müssen da konsequent sein, ebenso konsequent wie bei der europäischen Perspektive.

### → **Dr. Edit Inotai:**

Herr Ministerpräsident Kretschmer: Wie ist die Lage momentan in Deutschland? Es finden in diesem Jahr drei Regionalwahlen statt. Gibt es hier einen Appetit auf Außenpolitik, insbesondere mit Blick auf den Balkan, oder wäre das zu viel verlangt? Natürlich wird ohne Deutschland in der Europäischen Union nichts passieren, wir brauchen dafür die Unterstützung von Deutschland.

### → **Michael Kretschmer:**

Zumindest was Russland angeht haben wir hier im Freistaat Sachsen eine große Sensibilität. Es wird sehr intensiv darüber gesprochen, wie das Verhältnis ist, ob wir

## Podiumsdiskussion

nicht wieder mehr Gemeinsamkeiten haben können, ob es diese Sanktionen braucht und ob wir die nicht abbauen können. Das merkt man im Freistaat Sachsen schon sehr stark. Aber insgesamt glaube ich, haben wir in den letzten Tagen noch einmal zugelegt, was die europäische Diskussion angeht. Es ist richtig so, dass wir intensiver über die Europawahl sprechen und was sie für uns bedeutet. Da freue ich mich darüber, dass wieder mehr die Inhalte in den Mittelpunkt rücken. Die Staaten des Balkans spielen in der aktuellen Diskussion keine Rolle. Aber ich

möchte mich den Diskussionen anschließen – wir brauchen die Eröffnung dieser Gespräche, die, das kann man nochmals betonen, natürlich so offen sein müssen und in einer soliden Art geführt werden müssen, dass man nicht gleich von vornherein Zugeständnisse macht. Wir alle haben in den letzten Jahren immer wieder erlebt, wie stark der chinesische Einfluss ist, wie stark der russische Einfluss ist, wie stark auch andere Einflüsse sind. Daher sollten wir versuchen, jetzt zusammenzubleiben und uns in dieser Frage gemeinsam auf den Weg machen.

Wenngleich ich da immer kritisch sage: Es geht eben nicht, eine Entscheidung zu treffen, sich umzudrehen und dann von den Konsequenzen nichts mehr wissen zu wollen. Es sind viele Dinge, auch Kompromisse, gemacht worden, die dann am Ende schwierige Entwicklungen nach sich ziehen. Sie zu benennen und auch zu korrigieren, das muss uns in der Zukunft besser gelingen. 2015 hatten wir eine Diskussion, die darauf beruhte, dass der EU-Außengrenzschutz nicht in Ordnung war. Daraus müssen sich Konsequenzen ergeben, er muss uns gelingen. Oder nehmen Sie die Verbesserung der Inneren Sicherheit, die Nachverfolgung von Kriminalität, den Rückgang von Grenzkriminalität in den Regionen – das sind wichtige Dinge, welche die Leute ganz unmittelbar betreffen. Da kommt dann ganz zu Recht die Kritik: Warum ist es nicht möglich, diese Frage zu lösen?

### → Dr. Edit Inotai:

Wenn ich das richtig verstanden habe: Die Erweiterung der EU um die Balkanländer ist momentan nicht Priorität, weil es andere Prioritäten gibt, wie den Grenzschutz oder die Sicherheit in Europa?



→ **Michael Kretschmer:**

Die Deutschen beschwert dieser Beitritt nicht so sehr, sie diskutieren darüber wenig. Ich halte es dennoch für eine wichtige Aufgabe, auch dort voranzukommen. Ich sehe das genauso bei Nordmazedonien. Nun kann man ja auch nicht sagen, wenn man sich den Balkan anschaut, dass die Strategie, die wir die letzten zwei Jahrzehnte hatten, erfolgreich gewesen ist. Die Situation dort hat sich nicht sehr verbessert. Jetzt, so glaube ich, muss man versuchen, dort durch die Beitrittsperspektive die Kräfte zu stärken, die wirklich einmal der Korruption den Kampf ansagen, die auf Leistung setzten, die den jungen Leuten ermöglichen, dass sie ihre Zukunft in der Heimat sehen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Reiter, laufen wir nicht Gefahr, dass in den Balkanländern momentan ein Vakuum entsteht, ein sicherheitspolitisches Vakuum, das dann später gefährlich werden kann? Wirtschaftspolitik ist die eine Seite, aber der sicherheitspolitische Aspekt ist doch auch interessant, oder?

→ **Janusz Reiter:**

Wir müssen uns grundsätzlich daran gewöhnen, auch bei Fragen wie der EU-Erweiterung in machtpolitischen Kategorien zu denken. Das Wort Machtpolitik ist in Deutschland verpönt, man spricht stattdessen von moralischer Verantwortung. Im Ernst, es gibt selbstverständlich auch Machtinteressen. Warum ist es legitim, von machtpolitischen Interessen zu sprechen? Weil die ganze Welt Machtpolitik betreibt. Und wenn wir uns dem verweigern, dann sind wir selbst schuld. Wir haben auch moralisch das Recht, machtpolitische Interessen zu verfolgen, weil wir für Länder wie die Balkanländer das fairere Angebot haben.

Nun aber zu Deutschland: Ich erlaube mir, eine Frage zu beantworten, die mir nicht gestellt wurde. Gibt es in Deutschland Appetit auf mehr Außenpolitik? Nein, gibt es nicht. Es gibt null Appetit auf Außenpolitik. Und das ist ein Problem. Wer in Deutschland glaubt, dass dies das beste Rezept dafür ist, in Ruhe zu leben und von den Nachbarn keine Vorwürfe zu hören, der unterliegt einer Täuschung. Die deutsche Verweigerung in der großen Politik wird nicht als Ausdruck von Bescheidenheit, sondern als ein Ausdruck von Egoismus verstanden. Das wird zu Vorwürfen führen, dass die Deutschen sich nur um sich selbst kümmern. Liegt das im deutschen Interesse?

Machen wir uns nichts vor: Es war über Jahrzehnte hinweg keine leichte Aufgabe in Europa, ein Gleichgewicht zu sichern, das Deutschland die Akzeptanz der anderen europäischen Länder bescherte. Diese Akzeptanz ist keine Selbstverständlichkeit. Helmut Kohl wusste sehr genau zu verhindern, dass es in Europa zu einer Koalition von Ländern kommt, die sich irgendwie von Deutschland bedroht fühlen, nicht militärisch aber in ihren Interessen. Ich glaube, in Deutschland muss man sich heute wieder dessen bewusst werden, dass diese deutsche Frage wieder auf die Agenda kommen kann. Gerade auch, weil die Deutschen gar nicht verstehen, wieso und warum. Aber es geht bekanntlich nicht nur um die Eigenwahrnehmung, es geht auch um die Wahrnehmung durch die anderen. Ich glaube, Deutschland hat keinen Grund, vor mehr Engagement in der Weltpolitik Angst zu haben. Das wird nicht zu dem Verdacht führen, Deutschland betreibe eine expansionistische Politik. Auf diese Dummheit kommt so schnell keiner mehr. Aber den Verdacht, dass Deutschland sich eben nicht um den Rest der Welt

kümmert, sondern nur um sich selbst, diesen Verdacht können verschiedene Länder sehr leicht hegen. Das würde den deutschen Interessen am Ende schaden.

### → Dr. Peter Lizák:

Wenn ich noch etwas hinzufügen darf: Ich würde fast fragen, ob der polnische Kollege vielleicht schon zu lange aus Deutschland weg ist. Ich sehe in den letzten vier Jahren schon ein wenig Bewegung in dieser Hinsicht. Nehmen Sie nur die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014, als er die Deutschen ermutigte: Übernehmen wir mehr Verantwortung, seien wir mehr präsent in den internationalen Beziehungen. Ich glaube, seit dieser Rede hat sich schon einiges bewegt. Oder nehmen Sie das historische Argument des früheren Außenministers Sigmar Gabriel, der gesagt hat: Freunde, ihr habt uns 70 Jahre lang gesagt, Deutschland soll bitte zurückhaltend und international nicht aktiv sein. Für Deutschland war das bequem, die Deutschen haben sich daran gewöhnt und sie haben das auch sehr erfolgreich getan. Und jetzt wollt ihr von uns, die bisherige Richtung zu ändern und schon morgen einen anderen Weg zu gehen. Das geht nicht, das braucht eine gewisse Entwicklung. Meiner Meinung nach sollte man dafür ein wenig Verständnis zeigen, aber es ist nur legitim, dass wir diese Erwartung äußern, diesen Druck ausüben. Wir erwarten von Deutschland mit der Zeit mehr, aber eine kurzfristige Änderung kann man kaum erwarten.

Noch zwei Bemerkungen: Wir haben mit Russland keine formelle Basis, um seitens der Europäischen Union ein Gespräch zu führen. Wenn wir uns als Europäische Union, als Europäische Kommission, mit Russland treffen wollen,



muss es ein Gipfel sein, ein spezielles Ereignis. Das heißt, wir haben keinen Mechanismus, um schwierige Fragen auf einer technischen Expertenebene zu klären. In der NATO haben wir das mit dem NATO-Russland-Rat, der extrem schwierige Sicherheitsfragen behandelt. Mit der Europäischen Union können wir das nicht tun. Das ist eine Aufgabe für die nächste Kommission, wir müssen daran arbeiten, man muss mit Russland trotz aller Schwierigkeiten reden.

Was wir noch nicht erwähnt haben, was aber ganz wichtig ist: Wir haben jetzt vor ein paar Tagen zehn Jahre ost-europäische Partnerschaft gefeiert, ein ganz wichtiges

Programm der Europäischen Union gegenüber den östlichen Nachbarn. In der Summe ist da ein gemischtes Bild entstanden. Mit der Ukraine und mit Georgien haben wir Assoziierungsabkommen abgeschlossen, Armenien hat das in letzter Sekunde nicht gemacht und Moldawien steht irgendwo dazwischen. Das heißt, das Resultat dieser Partnerschaft ergibt ein gemischtes Bild, was wiederum heißt, dass wir uns als Europäische Union weiterhin bemühen sollten, diese Zusammenarbeit weiter zu pflegen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Gibt es noch Reaktionen auf diese Themen? Wenn nicht, dann bitte ich um eine schnelle letzte Runde, bevor wir in die Diskussion mit dem Publikum einsteigen. Wir haben bisher nicht über China und die USA gesprochen. Wie ist hier Ihre Einschätzung hinsichtlich einer gemeinsamen Position in der EU, um mit China oder den USA zu verhandeln? Oder geht es so weiter, dass die größten, die reichsten, die mächtigsten Länder das alleine machen?

→ **Dr. Hans-Gert Pöttering:**

Wir müssen es gemeinsam machen, und zwar alle 27 EU-Länder. Da wo es in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, da würde ich empfehlen, auch die Briten weiter dabei zu haben. China und die Vereinigten Staaten möchte ich nicht auf die gleiche Stufe stellen, denn bei aller Kritik am gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten, sind die USA eine Demokratie, sind sie Teil des Westens, und ich wünsche mir von den USA, dass sie daher weiterhin eine positive Rolle spielen. Jedoch wird es in den Handelsfragen sicher den Versuch der amerikanischen Administration geben, uns auseinander zu bringen. Das dürfen wir nicht zulassen, sonst sind wir am

Ende. Da müssen wir geschlossen bleiben. Das gilt auch in anderer Weise für China. Hier ist meine Bitte an die mitteleuropäischen Länder, dass sie alles das, was sie hinsichtlich der neuen Seidenstraße mit China bereden, auch im Rahmen der Europäischen Union abstimmen, damit wir in unserem Verhältnis zu China nicht auseinanderfallen. Auch da brauchen wir die Einheitlichkeit und die Einheit der Europäischen Union.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Aber es kommt immer die Kritik, dass Deutschland bilateral mit China verhandelt, ebenso wie Frankreich. Warum also können oder dürfen die Mitteleuropäer das nicht auch tun? Vielleicht kann Herr Reiter dazu etwas sagen.

→ **Janusz Reiter:**

Das Problem ist ein anderes. Es ist nicht so, dass Deutschland oder Frankreich mit China bilaterale Handelsabkommen schließen – sie machen Geschäfte mit China. Und unsere Länder haben die beiden Großen eben ein bisschen um diese Geschäfte beneidet. Dann sind sie auf die Idee gekommen: Wenn wir uns zusammenschließen, dann sind wir groß genug, um von den Chinesen wahrgenommen zu werden, und dann machen wir auch Geschäfte mit China.

Aber gut, ich bin mit Herrn Pöttering völlig einverstanden, dass wir die Kompetenz der Europäischen Union in der Handelspolitik nicht aufs Spiel setzen dürfen. Denn das ist der Kern der Europäischen Union. Wenn das wegschmilzt, dann bleibt nicht viel übrig. Das erfordert von allen Beteiligten viel Selbstdisziplin. Ich gebe zu, es gibt in den Ländern Ostmitteleuropas die Versuchung, sich bila-

teral auch ein paar Vorteile zu verschaffen. Aber es gibt eben auch ungünstige, wiewohl sicher gutgemeinte Äußerungen wie: Deutschland braucht die Europäische Union als Schutz gegen Trump. Das ist der Wortlaut eines deutschen Politikers. Das sollte man nicht sagen, so darf man nicht reden. Da sagen nämlich andere: Nein, warum sollen wir den Deutschen dabei helfen, sich gegen Trump zu schützen. Das ist nicht unsere Sache. Nein, wir müssen unsere gemeinsamen Interessen gegen ein Land verteidigen, das ein völlig anderes Konzept (Bilateralismus statt Multilateralismus) von der Weltpolitik hat. Das liegt nicht in unserem Interesse, nicht in deutschem Interesse, nicht im polnischen, nicht im slowakischen und so weiter.

Im chinesischen Fall haben wir es wahrscheinlich mit einem Land zu tun, das versucht, aus der zentralistischen Struktur des eigenen Staates, in dem Staat und Wirtschaft eng verflochten sind, einen strukturellen Vorteil geltend zu machen gegenüber Ländern, in denen diese Beziehungen sehr viel komplexer sind. Gegenüber China müssen wir uns hart behaupten. Gegenüber Amerika müssen wir versuchen, zu verhandeln, in der Hoffnung, dass die Amerikaner am Ende erkennen: Es geht auch um ihre Interessen. Denn auch ihre Interessen werden besser aufgehoben sein, wenn sie mit uns zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Ansonsten bin ich völlig einverstanden. Handelspolitik ist der Kern der Europäischen Union, das darf man nicht aufs Spiel setzen.

→ **Michael Kretschmer:**

Diese Bestrebungen, da eigene Wege zu gehen, halte ich für falsch. Ich sehe das ganz genauso. Wir werden gegenüber Amerika, gegenüber China, gegenüber Russ-

land nicht als einzelne Mitgliedsstaaten erfolgreich sein, sondern eben nur als Europäische Union. Das ist die Einheit, die groß genug ist, um da Positionen zu definieren und Positionen durchzusetzen. Nehmen wir beispielsweise Griechenland, das sich gegenwärtig sehr von China abhängig macht. Da ist doch immer die Frage: Welche Möglichkeiten hatten sie in der Vergangenheit? Wollten sie diese nicht nutzen oder waren diese schlichtweg nicht da? Vielleicht ist das auch ein Stück weit ein Zeugnis, das der Europapolitik und der Politik der Kommission ausgestellt worden ist. Wir haben im Bereich der Mikroelektronik gesehen, wie lange es gedauert hat, um ein Verständnis zu entwickeln, dass Mikroelektronik ein wichtiger Punkt für die gesamte Europäische Union ist, um sich von anderen Ländern unabhängig zu machen. Und wenn einige jetzt an vielen Stellen sehen, dass sich keine europäischen Lösungen finden, keine Partner, kein Verständnis für zum Teil wirklich berechtigte Anliegen vorhanden ist, dann ist es eben nur eine Frage der Zeit, bis man sich andere Partner sucht. Das wirkt in beide Richtungen, das darf man nicht außer Acht lassen. Nehmen Sie die Länder auf dem Balkan, nehmen Sie Rumänien oder Bulgarien, dort braucht es einen anderen Ansatz für die Zukunft. Da muss massiv Infrastruktur ausgebaut werden, massiv Forschung aufgebaut werden, was diese Länder allein gar nicht tun können. Nur dann können sie davon profitieren und entleeren sich nicht demografisch in Richtung Kerneuropa.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Jetzt ist die Zeit für Fragen aus dem Publikum, bitte.

→ **Publikumsbeitrag (Joachim Bleicker):**

*Vielen Dank, ich heiße Joachim Bleicker und bin deutscher Botschafter in der Slowakischen Republik. Als wahrscheinlich einziger offizieller Vertreter der deutschen Außenpolitik möchte ich etwas zu dem Thema sagen, besonders was die Rolle Deutschlands angeht. Ich glaube, es ist ein bisschen zu pointiert, dass die deutsche Rolle einer Verweigerung entspräche und nicht aktiv genug wäre. Wenn man sich anschaut, was Deutschland alles in den letzten Jahren gemacht hat, wo es sich beteiligt hat, wo es aktiv geworden ist, dann ist das nicht haltbar. Angefangen beim Minsker Abkommen, was einigen auch schon nicht gefallen hat, wo aber die deutsche Bundeskanzlerin zusammen mit dem französischen Präsidenten die Initiative ergriffen hat. Zwar ist der Prozess im Moment ein bisschen in*



*Schwierigkeiten, aber er ist noch lange nicht beendet und wir haben immer noch die Hoffnung, dass es für die Ukraine am Ende etwas bringt. Aber auch in Fragen der Abrüstung oder in Fragen von Klima und Umwelt veranstalten wir laufend Konferenzen, laden ausländische Partner ein. In der Industriepolitik besprechen wir gemeinsam mit den Partnern das weitere Vorgehen. Wir sind bei „Enhanced Forward Presence“ Führungsnation in Litauen. Wir haben Missionen weltweit, in Afrika, in Afghanistan, weshalb ich glaube, dass es ein bisschen zu einfach ist, zu sagen, Deutschland verweigert sich oder macht nicht richtig mit.*

*Wo ich meinem Kollegen Peter Lizák zustimmen muss, ist bei den Reden, die vor einigen Jahren gehalten wurden. Hier haben der Bundespräsident und die Bundeskanzlerin wirklich appelliert, auch an die deutsche Öffentlichkeit, mehr Aufmerksamkeit auf außenpolitische Themen zu richten, sich mehr zu kümmern, sich mehr zu engagieren. Wenn man sich jedoch die Umfragen anschaut, wie die Meinung in der deutschen Bevölkerung ist, so hat sich da wenig getan. Das ist in der Tat etwas frustrierend. Aber ich glaube, zumindest die Praxis der deutschen Außenpolitik ist sehr aktiv und auf Zusammenarbeit mit allen Ministerien ausgelegt, also einschließlich Verteidigung, einschließlich Entwicklungszusammenarbeit. Ob man das als risikoscheu qualifizieren kann, wie das Janusz Reiter am Anfang getan hat, da bin ich mir nicht ganz sicher. Nehmen Sie etwa den Atomausstieg oder die Entscheidung, die Grenze für Flüchtlinge 2015/2016 nicht zu schließen, also das waren nicht unbedingt Entscheidungen, die lange in alle Richtungen hin ausbalanciert wurden. Da hat man aus Verantwortungsethik und Verantwortungsbewusstsein heraus gehandelt.*

*Wo ich in jedem Fall zustimme, weil ich glaube, dass das tatsächlich die beste Beschreibung für die deutsche Außenpolitik bietet, ist unsere Aufgabe, in Europa den Zusammenhalt zu stärken. Das ist genau das Ziel, das Deutschland verfolgen muss, um sich zwischen Skylla und Charybdis richtig zu bewegen. Wir dürfen nicht als jemand gesehen werden, der dem anderen Diktate vorlegt, wir dürfen aber auch nicht einfach führungslos die Dinge treiben lassen. Stattdessen wollen wir aktiv sein,*



*wir wollen unseren Beitrag leisten, aber immer mit allen anderen zusammen und in der Tat vielleicht manchmal auch auf Kosten der theoretisch optimalen Regelung. Wir sollten lieber eine Regelung, eine Entscheidung im europäischen Rahmen finden und zusammen handeln. Das ist unser Wunsch und das ist auch die Zielvorgabe, die wir vielleicht nicht immer erreichen, aber die wir erreichen sollten. Da bin ich ganz bei Janusz Reiter.*

→ **Publikumsbeitrag (Dr. Erhard Busek):**

*Herzlichen Dank für die Erwähnungen des Balkans, woran ich anknüpfen möchte. Im Großraum von Belgrad gibt es drei neue Brücken über die Donau und die Save. Brücke Nummer eins wurde von der Europäischen Union bezahlt und die Serben haben ein bisschen an ihr mitgearbeitet. Brücke Nummer zwei wurde von den Russen mit Materialien aus Russland und einigen Ressourcen aus Serbien gebaut. Brücke Nummer drei stammt von den Chinesen, die sogar die Zahnstocher für ihre Arbeiter aus China eingeflogen haben. Das ist sehr bildhaft die Widerspiegelung der gegenwärtigen Situation auf dem Balkan.*

*Wir versäumen die globale Herausforderung. Wir Europäer sind gegenwärtig noch sieben Prozent der Weltbevölkerung, mit der Perspektive, in den nächsten 20 Jahren auf vier Prozent zu schrumpfen. Wir haben gegenwärtig noch 23 Prozent der weltwirtschaftlichen Leistungskraft, mit der Perspektive, auch hier zu schrumpfen, weil anderswo aufgeholt wird. Wir Europäer konsumieren etwa 50 Prozent der Wohltagen und des Wohlstandes dieser Welt, was natürlich dazu führt, dass wir Europäer attraktiver werden,*

*aber auf der falschen Seite. Nämlich, dass man zu uns kommen will, um es uns wegzunehmen. Was will ich mit der etwas dramatischen Darstellung sagen? Ich glaube, dass wir dringend ein Umdenken in eine globale Richtung brauchen. Die globalen Probleme klopfen an unsere Türen. Aber sind wir Europäer dafür gerüstet? Diskutieren wir sie überhaupt? Oder verlieren wir uns im Klein-Klein, weil es so schön ist und weil wir natürlich aus der Geschichte gelernt haben? Gegenwärtig kommen alle möglichen Dinge aus der historischen Mottenkiste ans Licht. Plötzlich spielt wieder eine Rolle, was mit Sicherheit ein Fehler ist. Erinnerungen an alte Imperien tauchen auf. Da ist es angezeigt, die Dinge etwas weiter zu sehen, wobei wir Europäer durchaus noch gute Chancen haben. Man müsste an die Spanier und Portugiesen erinnern, die irgendwann einmal in Lateinamerika eine Bedeutung gehabt haben. Aber außer der Sprache ist da nicht viel geblieben. Das wäre europäisch durchaus von Interesse.*

*Wir brauchen dringend einen weiteren Blick auf die globalen Wirklichkeiten. Der Balkan ist so eine Wirklichkeit und zugleich ein Testbereich. Die Türken tauchen auf, in Erinnerung an das Osmanische Reich, die Chinesen tauchen auf, wohl als Reich der Mitte, von den Russen ganz zu schweigen. Und da glaube ich, braucht es eine geänderte Strategie. Da könnte die mitteleuropäische Erfahrung doch einiges bieten – im Austausch, im Wachstum. Zudem müssen wir uns selbst entschließen, unsere Perspektiven zu weiten.*

→ **Dr. Edit Inotai:**  
Herr Sobotka bitte.



→ **Publikumsbeitrag (Wolfgang Sobotka):**

*Wir sollten uns bewusst sein: Europa ist auf dem Balkan der Hauptinvestor, während derzeit andere die Nutznießer sind. Und wenn wir nach der Europawahl nicht die Verhandlungen mit Nordmazedonien eröffnen, werden wir dort unseren Kredit verspielt haben, und zwar nachhaltig. Es ist doch perfide, wenn die Pelješac-Brücke in Kroatien zwar mit europäischem Geld bezahlt, aber von einem chinesischen Staatsunternehmen gebaut wird. Wir*

*haben doch dort, da bin ich ganz bei Botschafter Reiter, strategische und machtpolitische Interessen. Es müsste ein Zeichen sein, mit Montenegro zügig weiter zu verfahren. Die sind mindestens so weit wie andere Staaten der Europäischen Union, wenn nicht gar weiter. Und was Albanien in den einzelnen Vetting-Prozessen unternimmt, das ist nicht nur auf dem Papier passiert, sondern tatsächlich geschehen – ebenso wie in Nordmazedonien. Wie wollen wir die Problematik in Bosnien anders lösen als unter einem europäischen Mandat? Alles andere ist undenkbar und es entstünde wieder Krieg. Vielleicht nicht sofort und nicht in dem bekannten Ausmaß, aber wenn wir das an unserer Südflanke verhindern wollen, dann ist die europäische Integration des Balkans alternativlos.*

*Zur Ukraine habe ich eine etwas andere Einstellung. Das einzige, was dort hilft, ist das massive Befördern des Minsker Prozesses. Im Donbas kämpfen tagtäglich Millionen ums Überleben. Sie sind die Leidtragenden. Hier muss auch die Ukraine ein Interesse haben, den Konfliktfall zu bereinigen. Hier kann man nur auf den neuen Präsidenten setzen, der den Minsker Prozess voranbringen muss. Der Ukraine eine europäische Perspektive zu eröffnen hieße, das Sicherheitsinteresse Russlands wieder massiv herauszufordern. Und wir haben keinen Gesprächskanal zu Russland. Wir wissen nicht, wie wir mit Russland umgehen können. Jeder Besuch eines europäischen Staates wird gleich als Verlassen der europäischen Gemeinschaft gedeutet. Bei Nord Stream 2 kann ich den Ministerpräsidenten nur unterstützen. Das ist ganz entscheidend in der europäischen Dimension.*

→ **Dr. Edit Inotai:**

Dankeschön!

→ **Publikumsbeitrag (Schüler):**

*Vielen Dank, mein Name ist Johannes Eberwein und ich gehe in die elfte Klasse des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Pirna. Wir sind hier mit unserem Kurs deutsch-tschechische Beziehungen zu Gast, in dem wir uns auch mit den Beziehungen zwischen unseren Nachbarländern beschäftigen. Deshalb würde ich in meiner Frage gerne auf die*



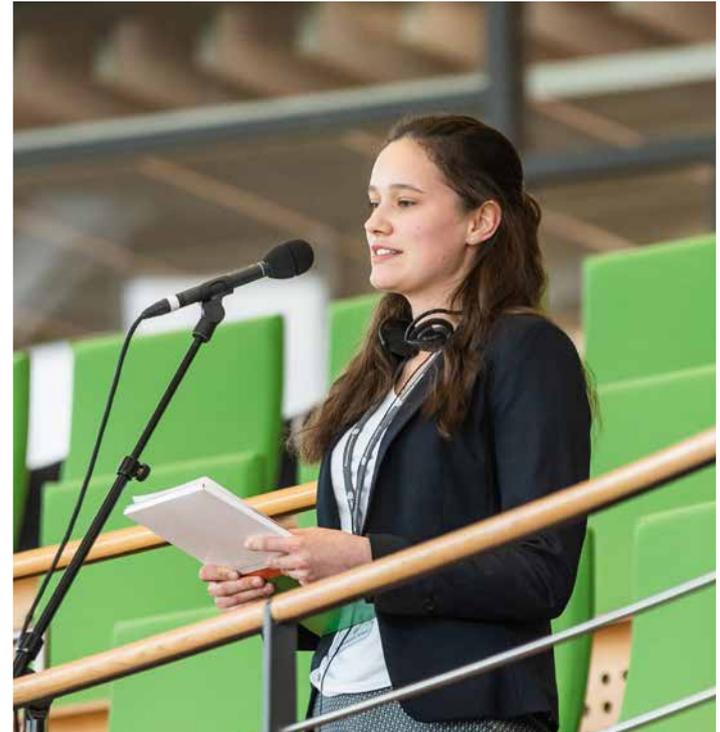
*Leitfrage dieses Forums zurückkommen: Wie schätzen Sie den Stand des mitteleuropäischen Zusammenwachsens ein und wie könnte man Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren dieses Verhältnis noch verbessern? Könnte man das einheitliche Lebensgefühl stärken und ein gemeinsames mitteleuropäisches Empfinden schaffen?*

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank.

→ **Publikumsbeitrag (Schülerin):**

*Meine Damen und Herren, ich bin auch vom Friedrich-Schiller-Gymnasium aus Pirna und mir liegt es sehr am Herzen, hier ein Thema anzusprechen, das noch gar nicht in dieser Form geäußert wurde. Laut einer aktuellen Umfrage des Politbarometers vom 10. Mai 2019 steht der Klimawandel mit 30 Prozent an Platz eins der meistdiskutierten Themen in ganz Deutschland. Damit ist Deutschland nicht allein in Europa. Wegen seiner Relevanz sollte das Thema auch ein Hauptthema in der Europäischen Union sein. Heute wurde es mit keiner Silbe erwähnt. Herr Kretschmer hat neben anderen Rednern die Rolle der Jugend angesprochen. Unsere Zukunft liegt der EU sehr am Herzen. Unsere Zukunft ist aber von der Zukunft unseres Planeten abhängig. Ich habe heute öfter gehört, dass die EU Interesse an unserer Zukunft zeigt. Dafür müssen die Politiker uns aber auch zuhören. Die Fridays for Future-Bewegung spiegelt die Meinung vieler Jugendlicher wider. Sie existiert mittlerweile in ganz Europa. Sie ist ein gelungener Versuch, Aufmerksamkeit zu erregen, und die Politiker darauf aufmerksam zu machen, was die Jugend in Europa denkt. Viele sind noch zu jung, um wählen zu gehen. Sie sind damit auf die Unterstüt-*



*zung der Politiker angewiesen, damit ihre Interessen durchgesetzt werden. Ein Schritt in die richtige Richtung sind die CO<sup>2</sup>-Richtlinien der EU, die leider nicht eingehalten werden. Quo vadis, Mitteleuropa? Wohin gehst du, Mitteleuropa, wenn du nicht einmal in der Lage bist, deine eigenen Richtlinien einzuhalten. Vielen Dank.*

→ **Dr. Edit Inotai:**

Wir haben noch eine Frage und dann gehen wir in die letzte Runde.



→ **Publikumsbeitrag (Prof. Dr. Beate Neuss):**

*Bei aller Sympathie fürs Klima komme ich doch noch einmal auf die Balkanfrage zurück. Ich sehe vollständig, dass aus geopolitischen Gründen heraus der Balkan zur Europäischen Union gehören sollte. Es gehört auch in die europäische Geschichte, in dem Sinne, dass die europäische Integration immer ein Moment der Stabilisierung von Demokratien, der Entwicklung von Marktwirtschaften, von Bürgerrechten und dergleichen war. Aber ich frage mich, beim Rückblick auf die letzten 70 Jahre europäische*

*Integration und insbesondere auf die Erweiterungsrounden, ob man nicht grundsätzlich etwas ändern müsste. Wir haben bei jeder Erweiterungsrunde die Kriterien verschärft und waren trotzdem selten mit dem Ergebnis zufrieden, vielleicht Österreich und die anderen westeuropäischen Staaten ausgenommen. Wir haben uns gefragt, ob wir Bulgarien und Rumänien noch ein Jahr länger draußen lassen sollten, die Möglichkeit hätte es gegeben. Wir kamen aber zu der Einsicht, dass bis dahin wenig geschehen würde, besonders in den kritisierten Gebieten wie Rechtsstaatlichkeit oder Korruption, und dass wir sie besser reinnehmen, weil wir dann mehr Einfluss haben. Den hatten wir dann aber doch nicht, wenn man sich die Situation in diesen Ländern ansieht.*

*Die Frage ist für mich: Können wir die Balkanstaaten tatsächlich nach dem gleichen Motto aufnehmen, wahrscheinlich wieder mit der Illusion, dass wir sie reinlassen und dann den Rest der Entwicklung irgendwie geregelt bekommen, wenn sie nur einmal drin sind? Sind wir so hart, mit all den Interessen, die es in den europäischen Staaten gibt, diese Staaten zusätzlich aufzunehmen? Bekommen wir das hin? Zumal wenn gleichzeitig gesagt wird, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten soll es nicht geben. Gibt es da eine Idee, haben wir da eine Strategie? Wie können wir sie aufnehmen, damit am Ende diese äußerst belastete Europäische Union mit all ihren divergenten Interessen nicht auseinanderfällt?*

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Wir hatten vier oder fünf Fragen zum Balkan, eine Frage zum Klimawandel und etwas zur deutschen Außenpolitik. Wer möchte anfangen?

→ **Dr. Peter Lizák:**

Vielleicht fange ich mit der letzten Frage zur Strategie an: Mein Punkt ist, dass wir viel massiver mit diesen Ländern arbeiten. Ich weiß nicht, ob Sie den Prozess kennen: Da gibt es Gespräche, und dann kommt man periodisch in Brüssel zusammen, macht eine Revision, was man erreicht hat, dann gehen die Delegationen wieder auseinander. Anschließend werden in den Ländern, in den Balkanländern, die Reformen umgesetzt. Meine Strategie wäre, und das betrifft sicher ein Land wie Montenegro, dort seitens der Europäischen Union massiv präsent zu sein, in die Ministerien Experten hineinzubringen und täglich zu schauen, wie sich die Entwicklung bewegt. Nur so kann man wirklich Einfluss nehmen. Wir müssen bei den Reformen viel massiver dabei sein.

Die zweite Frage war zum Klima, eine sehr richtige Frage, ich danke der jungen Dame, dass sie das eröffnet hat. Denn es ist eine entscheidende Frage für uns alle, egal ob wir 16 oder 50 Jahre alt sind. Wir werden uns in allen mitteleuropäischen Ländern bemühen, im Bereich Klima in eine Richtung zu gehen, in der sich die Bedingungen verbessern. Mein Appell an Sie ist: Machen Sie weiter Druck, das tut der Politik gut. Die Politik muss hören, was die jungen Leute denken, auch wenn Sie noch nicht an den Wahlen teilnehmen können. Das Klima ist eine Schlüsselfrage, mehr kann man dazu nicht sagen. Im kommenden Budget in Europa wird z. B. der Klimafrage eine viel größere Summe gewidmet, als das bisher der Fall war.

Und zum Schluss noch die Frage über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von dem jungen Mann. Ich habe immer wieder das Gefühl, wenn ich aus der Slowakei

komme, dass wir alle zusammen auf einem sehr hohen Niveau jammern. Wir haben wirklich Bedingungen, wie wir sie noch nie in der Geschichte hatten. Ich will die Probleme nicht kleinreden, aber bauen wir auf dem auf, was wir haben. Dass Sie ein Gymnasium haben, auf dem Sie zweisprachig lernen können, das war vor ein paar Jahren sicher nicht der Fall. Wir haben viele grenzüberschreitende Projekte, das heißt, ich bin da zuversichtlich, dass es weiter in eine positive Richtung geht.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Dankeschön, ich gebe das Wort an Herrn Reiter.

→ **Janusz Reiter:**

Ich habe den Vorwurf erwartet, dass ich die Rolle der deutschen Außenpolitik unterschätze und dass ich unfair sei in der Beurteilung der Rolle der deutschen Außenpolitik. Ich mache das nämlich so: Ich lobe Deutschland in Polen und ich kritisiere Deutschland in Deutschland. Manche machen das umgekehrt. Das ist meine Art, ganz einfach. Aber nun im Ernst: Selbstverständlich stimmt das alles, was Deutschland geleistet hat und was Deutschland leistet. Das Problem ist, ob das dem Tempo der Veränderungen in der Welt entspricht. Dass sich Deutschland in Europa und außerhalb von Europa engagiert, ist bekannt. Die Frage ist aber eben, ob das Tempo stimmt und ob das Instrumentarium auch dem der neuen Weltsituation entspricht. Und da habe ich leichte Zweifel, wie ich angedeutet habe.

Die Frage des Balkans ist grundsätzlicher. Zunächst glaube ich können wir uns freuen, dass so viele Menschen in die EU reinwollen, teilhaben wollen an unserem



Erfolgsmodell. Wenn man aber in der Welt fragt, wem die Europäische Union imponiert, wen sie beeindruckt, dann sind das viel weniger. Was also müssen wir tun, um uns ein bisschen mehr Respekt zu verschaffen? Und Respekt bedeutet manchmal eben Härte. Wenn man mit Ländern über Partnerschaft oder über Mitgliedschaft spricht, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben, dann muss man das berücksichtigen. Es wäre nicht gut für die EU, aber auch nicht für die Balkanländer, wenn die Europäische Union dort als eine Gruppe von Naivlingen gese-

hen würde. Das führt am Ende nur zu Frustration und Enttäuschung. Eine gewisse Härte und gleichzeitig viel Fairness im gemeinsamen Geschäft, das ist ein Gebot der Stunde, das gehört eben zu dem neuen Realismus, den wir in der Europäischen Union haben. An Idealismus haben wir gute Vorräte. Realismus müssen wir erst lernen. Das ist eine Aufgabe für alle EU-Länder, auch für Mitteleuropa, wobei ich sagen würde, die Mitteleuropäer haben da vielleicht eine etwas günstigere Ausgangsposition, ausnahmsweise.

→ **Michael Kretschmer:**

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, zunächst auf das Thema Klima. Auch ich habe mich über diese starke Wortmeldung gefreut, die uns auch vorführt, dass wir uns hier in einem politischen Mikrokosmos bewegen. Denn gerade beim Thema Klimaschutz ist in den letzten Monaten unglaublich viel passiert, man denke an den beschlossenen Kohleausstieg und die ganzen Prozesse, die damit zusammenhängen. Deswegen lautet mein konkreter Vorschlag, der eine Einladung ist: Am 22. Juni findet eine Klimaschutzkonferenz statt, die wir hier in Sachsen für sächsische Schülerinnen und Schüler veranstalten. Da kommen die Wissenschaftler, die normalerweise die Bundesregierung beraten, und sprechen mit den Schülern. Danach machen wir uns nochmal klar: Wo stehen wir? Was ist jetzt auf dem Weg? Wie dramatisch ist die Entwicklung? Was müssten wir noch tun? Und: Was wollen und was können wir konkret in Sachsen noch tun? Nachdem ich gestern bei Jugend forscht war, würde ich auch gern die Diskussion darüber führen, was wir alle, auch wir Älteren, in unserem unmittelbaren Umfeld tun können. Wo lohnt es sich zu investieren? Welche Studiengänge, welche Ausbildungsberufe können wir lernen, um am Ende bei diesem wichtigen Thema einen eigenen Beitrag zu leisten? Das erhoffe ich mir von dieser Veranstaltung. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele von Ihnen dabei sind.

Zweitens: Wie sehr sind wir in Mitteleuropa zusammengewachsen? Ich komme aus Görlitz, einer Stadt, die auf der einen Seite in Polen und auf der anderen Seite in Deutschland liegt. Das Miteinander ist hier viel normaler und selbstverständlicher geworden. Wenn ich mir jedoch

überlege, wen ich aus Zgorzelec kenne, mit wem ich regelmäßig zu tun habe, dann sind das sehr wenige Leute. Daraus schließe ich immer: Wir dürfen nicht aufhören, weiter in die gemeinsame Kommunikation, in das gemeinsame Überlegen, in gemeinsame Projekte, in Begegnungen zu investieren. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Selbst wenn wir jetzt schon viele Jahre des Erasmus-Programms hinter uns haben, also Generationen sehen, die so aufgewachsen sind, dann ist es trotzdem eine Minderheit. Möglicherweise ändert sich das über Jahrzehnte gar nicht so sehr wie wir das denken, weil die Mehrzahl der Leute eben doch in der eigenen Region lebt. Die macht ihre Erfahrungen in Europa eher im Urlaub. Deswegen: Es wird immer dann gefährlich, wenn etwas als selbstverständlich gesehen wird. Das ist es nicht, sondern man muss stetig reinvestieren. Das sehe ich als Auftrag für uns in Sachsen. Und es wäre mein Wunsch für Europa, auch zukünftig Geld in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stecken, weil das dazu beiträgt, dass Menschen sich begegnen und gemeinsame Projekte auf den Weg bringen können.

→ **Dr. Hans-Gert Pöttering:**

Ich möchte nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, wohl aber der jungen Dame etwas sagen. Als Präsident des Europäischen Parlaments hatte ich am 23. April 2009 die Chance, zusammen mit dem tschechischen Ratsvertreter die erste Klimaschutzgesetzgebung zu unterschreiben – mit 20 Prozent CO<sup>2</sup>-Reduzierung und 20 Prozent erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020. Ich habe damals vorangetrieben, dass wir bis Ende 2008 unter französischer Präsidentschaft, denn die Franzosen wollten das auch, zu einem Ergebnis



kommen. Beim Industrieausschuss habe ich mich damit sehr unbeliebt gemacht. Es hat dann später das Pariser Abkommen gegeben, die Europäische Union ist seither führend im Kampf gegen den Klimawandel. Die große Tragik ist, dass andere nicht so mitgehen, wie wir uns das wünschen, besonders unsere amerikanischen Partner nicht. Die Chinesen bewegen sich, aber sie bauen ein Kohlekraftwerk nach dem anderen. Entsprechend empfehle ich, dass wir weiterhin die Gemeinschaft sind, die Europäische Union, die den Schutz unserer Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung, zu einem Hauptanliegen macht.

Wir sind nicht das Paradies auf Erden, das sage ich den jungen Menschen, die hier anwesend sind. Wir sind nicht das Paradies auf Erden. Aber wir sind der bessere Teil dieser Welt. Gerade für meine Generation gilt das unverbrüchlich: Ich wurde im September 1945 geboren. Mein Vater ist im Februar 1945 im Krieg gefallen, ich habe ihn nie gesehen. Wenn er beerdigt ist, dann im früheren Pommern, heute in Polen. Für mich war es ein unglaubliches, ein wundersames Erlebnis, als sich am 21. Dezember 2007 in Zittau die Grenze nach Polen, nach Tschechien öffnete. Für Ihre Generation ist das selbstverständlich, aber es kann sich alles wieder ändern, wenn wir nicht engagiert sind. Und darum möchte ich Sie bitten: Seien Sie engagiert, wo auch immer. Vergessen Sie nie: Der Kern der Europäischen Union ist natürlich, unsere Interessen zu verteidigen. Dem liegt aber zugrunde, dass wir eine Wertegemeinschaft sind, die sich auf die Würde des Menschen, die Freiheit, die Demokratie, das Recht und auf Solidität gründet. Das ist mein Wunsch für Ihre Generation, denn es ist Ihr Leben im 21. Jahrhundert.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, Herr Pöttering. Das war ein wunderbares Schlusswort, mit dem die Paneldiskussion endet.





# Vitae



*Sächsischer Landtag*

### Dr. Edit Inotai

*(\*1970 in Budapest)*

studierte an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest Englische und Spanische Philologie und promovierte an der Corvinus Universität im Bereich Internationale Beziehungen. Danach berichtete sie von 2003 bis 2007 für die Tageszeitung Népszabadság aus Berlin, war von 2010 bis 2014 Leiterin des Auslandsressorts. Heute arbeitet sie als Journalistin und Senior Fellow beim Center for Euro-Atlantic Integration and Democracy (CEID), wo sie sich besonders den internationalen Beziehungen im ost- und mitteleuropäischen Raum widmet.

### Dr. László Köver

*(\*1959 in Pápa)*

studierte Jura an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest, wo er auch promovierte. Bis 1990 arbeitete er als Journalist, Wissenschaftler und Lehrer. 1988 war er Gründungsmitglied der FIDESZ, war dort zunächst im Umbruchsjahr 1989 politisch engagiert und wirkte in der Partei später in hohen Positionen (1996 bis 2000 stellv. Vorsitzender, 2000 bis 2001 Vorsitzender). Seit 1990 ist er Mitglied der Ungarischen Nationalversammlung. 2010 wurde er erstmals, 2014 sowie 2018 erneut zum Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung gewählt.

### Michael Kretschmer

*(\*1975 in Görlitz)*

studierte nach seiner Ausbildung zum Büroinformatik- und Wirtschaftsinformatiker in Dresden. Seine politische Karriere begann er 1994 als Stadtrat in Görlitz. Von 2002 bis 2017 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Von 2005 bis 2009 war er hier stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion. Von 2009 bis 2017 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 2005 bis 2017 Generalsekretär der sächsischen CDU wurde er 2017 zum Landesvorsitzenden der CDU und zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt.

### Richard Nikolaus Kühnel

*(\*1969 in Graz)*

studierte Rechts- und Politikwissenschaft. 1994 trat er in den österreichischen diplomatischen Dienst ein. Nach Stationen in Tokio und New York wechselte er zur Europäischen Kommission (EK) und begann seinen Dienst als Berater im Kabinett von Benita Ferrero-Waldner. 2008 übernahm er den Posten des Vertreters der Europäischen Kommission in Österreich. Von 2014 bis 2019 war er Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. Gegenwärtig leitet er das Direktorat „Repräsentation und Kommunikation in den Mitgliedstaaten“ bei der EK in Brüssel.

## Dr. Peter Lizák

(\*1962 in Trstená)

studierte Jura und Internationale Beziehungen. In seiner diplomatischen Karriere war er u.a. von 1998 bis 2002 Botschaftsrat in der Botschaft der Slowakischen Republik in Wien, von 2003 bis 2005 Kabinettschef des Ministers im Außenministerium der Slowakischen Republik sowie von 2008 bis 2012 Botschafter der Slowakischen Republik in Wien. Seit Mai 2015 ist er Botschafter der Slowakischen Republik in Berlin.

## Dr. Hans-Gert Pöttering

(\*1945 in Bersenbrück)

studierte Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte in Bonn. Von 1979 bis 2014 war er Mitglied des Europäischen Parlaments (für die CDU), war dort von 1999 bis 2007 Vorsitzender der EVP-Fraktion und von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Von 2010 bis 2017 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist er seit 2014 Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments.

## Janusz Reiter

(\*1952 in Kościerzyna)

studierte Germanistik in Warschau. Er war von 1990 bis 1995 polnischer Botschafter in Deutschland. 1996 gründete er das Zentrum für Internationale Beziehungen, einen Think-Tank für Außen- und Sicherheitspolitik. 2005 wurde er zum polnischen Botschafter in den USA ernannt. Ende 2007 kehrte er zurück und übernahm die Position des Sondergesandten für Klimawandel. 2010 wurde er Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, dessen Vorstandsvorsitzender er heute ist.

## Dr. Matthias Rößler

(\*1955 in Dresden)

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Assistent sowie als Entwicklungsingenieur an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

### Gerald Schubert

*(\*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete ab 2002 in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung Der Standard. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind die Außenpolitik und die bilateralen Beziehungen Deutschlands, Österreichs, Tschechiens und der Europäischen Union.

### Wolfgang Sobotka

*(\*1956 in Waidhofen a.d. Ybbs)*

studierte Geschichte und Musik in Wien. Zunächst arbeitet er als Lehrer, war Leiter einer Musikschule und politisch aktiv in der ÖVP. Nach seiner Tätigkeit als Gemeinderat in seiner Heimatstadt Waidhofen an der Ybbs wurde er dort 1996 zum Bürgermeister gewählt. 1998 wurde er Landesrat in der niederösterreichischen Landesregierung und später (2009) Stellvertreter des Landeshauptmanns. Von 2016 bis 2017 begleitete er das Amt des Bundesministers für Inneres der Bundesrepublik Österreich. Seit 2017 ist er Abgeordneter des österreichischen Nationalrats. Er wurde 2017 sowie 2019 zum Parlamentspräsidenten gewählt.

### Milan Štěch

*(\*1953 in České Budějovice)*

von 1972 bis 1990 war er in verschiedenen Positionen beim Autohersteller Škoda tätig. 1990 bis 1994 war er Vizepräsident der Gewerkschaften KOVO sowie 1994 bis 2002 Vizepräsident des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes. 2002 bis 2010 fungierte er als Präsident des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes. Seit 1996 ist er Mitglied des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik. 1996 bis 2008 Vizevorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Sozialpolitik, wurde er 2008 zum Vizepräsidenten des Senats gewählt, ein Amt, das er seit 2018 wieder begleitet. Von 2010 bis 2018 war er Präsident des Senats.

## Neuerscheinung

Das 2019 im Leipziger Universitätsverlag erschienene Buch „Mitteleuropa: Ansichten, Einsichten, Aussichten“ versammelt 23 herausragende Beiträge von Diplomaten und Politikern, Intellektuellen und Wissenschaftlern aus den Ländern Mitteleuropas, die Einblicke in mitteleuropäisches Denken respektive Denken in oder über Mitteleuropa bieten. Die Texte entspringen allesamt den internationalen Konferenzen des Forums Mitteleuropa, abgehalten in Tschechien, Polen, der Slowakei, Ungarn, Sachsen und Österreich. Einige stehen für eine spezifische Zeit an einem spezifischen Ort, andere Beiträge sind von unveränderter Aktualität. Herausgekommen ist ein interessantes Lesebuch über Mitteleuropa, das so facettenreich ist wie das Herz unseres europäischen Kontinents.

*Das Buch ist bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.*



In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

**Dr. Matthias Rößler**, Präsident des Sächsischen Landtags  
**Dr. Erhard Busek**, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.  
**Prof. Dr. Stefan Troebst**, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas  
an der Universität Leipzig  
**Prof. Dr. Beate Neuss**, Professorin für Internationale Politik an der  
TU Chemnitz  
**Prof. Dr. Gábor Erdödy**, Botschafter der Republik Ungarn a. D.  
**Jiří Gruša †**, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik  
**Magdaléna Vášáryová**, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates  
**Prof. Dr. Ludger Kühnhardt**, Direktor des Zentrums für Europäische  
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn  
**Ryszard Król**, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag  
die Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forum Mitteleuropa (Stand Dezember 2019) sind:

**Dr. Matthias Rößler**, Präsident des Sächsischen Landtags  
**Dr. Erhard Busek**, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.  
**Prof. Dr. Stefan Troebst**, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas  
an der Universität Leipzig  
**Prof. Dr. Beate Neuss**, emeritierte Professorin für Internationale Politik  
an der TU Chemnitz  
**Prof. Dr. Gábor Erdödy**, Botschafter der Republik Ungarn a. D.  
**Magdaléna Vášáryová**, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.  
**Prof. Dr. Ludger Kühnhardt**, Direktor des Zentrums für Europäische  
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn  
**Ulf Großmann**, Präsident der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen  
**Dr. Rafal Dutkiewicz**, Stadtpräsident von Wrocław a. D.  
**Dr. Jarmila Krejčíková**, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.  
**Hans Penz**, Präsident des Landtags von Niederösterreich a. D.



